

Mimmo Porcaro

Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert



Beiträge zur
kritischen
Transformations-
forschung 4

Mimmo Porcaro
Tendenzen des Sozialismus
im 21. Jahrhundert

Mimmo Porcaro, geboren 1953 in Neapel, ist ein Basisaktivist der italienischen Gewerkschaften und unabhängiger italienischer Intellektueller. Er ist Angestellter im öffentlichen Dienst. 1986 erschienen seine Studien zu den ersten Kapiteln des »Kapital« von Karl Marx (*I difficili inizi di Karl Marx*, Edizioni Dedalo, Bari, 1986) und zur Bedeutung des theoretischen Erbes von Louis Althusser. Im Jahre 2000 formulierte er in einem Buch Ansätze einer Theorie der »verbindenden Partei« (*Metamorfosi del partito politico*, Edizioni Punto Rosso, Milano, 2000) und wenig später zeigte er den neuen Charakter sozialer Bewegungen unter den Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus auf (*L'invenzione della politica. Movimenti e potere*, Edizioni Punto Rosso, Milano, 2005).

Aufgrund seiner scharfen Kritik der Europäischen Union und des Euro als Hindernis für linke Politik hat er Rifondazione Comunista verlassen. Er ist Autor vieler Artikel über das politische Agieren von sozialen Bewegungen und Parteien. Sein aktueller Schwerpunkt sind Probleme des Staates und des Sozialismus. Er war Fellow des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist Autor der Zeitschrift »LuXemburg«.

Michael Brie ist Referent für »Theorie und Geschichte des Sozialismus« am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dessen Direktor er bis 2013 war. Er gibt bei VSA: die »Beiträge zur kritischen Transformationsforschung« des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung heraus.

Mimmo Porcaro

Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert

Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 4

Übersetzt und herausgegeben durch Michael Brie

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2015, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Umschlagfoto: chribier / photocase.com
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: CPI Books GmbH, Leck
ISBN 978-3-89965-676-3

Inhalt

Vorwort von Michael Brie	7
Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert	17
1. Einleitung: Die ambivalenten Formen gesellschaftlicher Organisation	17
2. Konzentration ohne Zentralisation	23
3. Kommodifizierung ohne Markt	31
4. Von der Kritik des Marktes zur Kritik des Kapitalismus	36
5. Die Netze	44
6. Die so genannte Rückkehr des Staates	52
7. Staat und Kapital im internationalen Raum	61
8. Die schwierige Vergesellschaftung der Arbeit	71
9. Schlussfolgerungen: Polanyi versus Marx?	89
Literatur	103

Vorwort

von Michael Brie

Mimmo Porcaro ist einer der wichtigsten und produktivsten Denker der heutigen italienischen Linken. Wie nur wenige andere hat er die Krise und Transformation der italienischen Gesellschaft aktiv begleitet und das Agieren der Linken kritisch reflektiert. Lange war er in der Partei Rifondazione Comunista aktiv und hat sich für eine Erneuerung der radikalen Linken eingesetzt. Über viele Jahre war Mimmo Porcaro im italienischen Justizwesen tätig und hat während der Regierungsbeteiligung von Rifondazione Comunista zwischen 2006 und 2008 diese aktiv begleitet. Vor Kurzem hat er die Partei verlassen, da er es im Unterschied zur Mehrheit dieser Partei nicht mehr für möglich hält, auf dem Boden der Europäischen Union linke Politik zu verwirklichen.

Die politischen Erfahrungen und intellektuellen Diskussionen der italienischen Linken hat Mimmo Porcaro in einer Reihe von Aufsätzen verarbeitet, von denen einige auch auf Deutsch erschienen sind. Dazu gehören Überlegungen zu einer »verbindenden Partei« (Porcaro 2003; Porcaro 2005) und zu einer Reorientierung der Linken auf den Kampf um den Staat (Porcaro 2013). Während eines Forschungsaufenthalts im Jahr 2012 am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat er die hier vorgelegte Studie verfasst.

Diese Studie zielt auf nicht weniger ab als auf eine Neubegründung von Kommunismus und Sozialismus. Dabei stehen nicht ethische Wahlurteile oder politische Annahmen im Vordergrund, sondern endlich wird wieder der Versuch gewagt, Kommunismus als eine Bewegung zu verstehen, die aus dem Widerspruch zwischen den gesellschaftlichen Formen der Produktion und den immer noch privaten Formen der Aneignung des Reichtums erwächst und auf eine neue, sozialistische Gestalt von Wirtschaft und Gesellschaft hinwirkt. Dies entspricht dem Ansatz von Karl Marx. Porcaro schreibt: »Kommunismus ist in meinem Verständ-

nis eine *politische Bewegung*, die darauf abzielt, die kooperative Zusammenarbeit so weit wie möglich auszudehnen. Sozialismus ist ein *gesellschaftliches System*, das diese Kooperation in jenen Formen realisiert, die historisch konkret möglich sind. Als ein solches System realisiert Sozialismus diese kooperative solidarische Zusammenarbeit in bestimmten Sektoren mehr als in anderen und immer als Kombination verschiedener Produktionsweisen. Sozialismus ist keine ›Phase‹, die der Errichtung eines ›integralen‹ Kommunismus vorhergeht. Er kann deshalb auch keine großen Opfer und die Einschränkungen von Freiheit im Namen einer strahlenden Zukunft legitimieren, sondern muss sich als konkrete historische Realisierung des Kommunismus erweisen, und diese ist zwangsläufig nie perfekt. Sozialismus ist deshalb auch keineswegs die *moderate* Form des (radikalen) Kommunismus, sondern ein Projekt, das die kommunistische Perspektive um so radikaler macht, je realistischer es diese Perspektive macht.« (S. 22 in diesem Buch)

Mimmo Porcaro stellt in seinem Text einem linear-geschichtsphilosophischen Ansatz die konkrete Analyse je konkreter Tendenzen gegenüber. Jede Tendenz geht mit Gegentendenzen schwanger und nur durch die Aufdeckung des je spezifischen Zusammentreffens dieser Tendenzen in einem je konkreten Augenblick kann eine gleichermaßen radikale wie realistische linke Politik begründet werden. Anstelle von abstrakten Wunschvorstellungen will er sozialistische Politik auf der realen Analyse der realen Gesellschaft gründen, einer Analyse, die sich Widersprüchen, Ambivalenzen, Inkonsistenzen und Brüchen stellt. Die Stärke des von Porcaro verfolgten Ansatzes ist es vor diesem Hintergrund, in kritischer Auseinandersetzung mit dem marxistischen Paradigma der Begründung sozialistischer Transformation und durch dessen schöpferische Weiterentwicklung linke Politik wieder auf den Veränderungen in den ökonomischen Strukturen der heutigen Gesellschaften, im Vergesellschaftungsprozess der Wirtschaft und in der Vorherrschaft des Finanzkapitals, zu gründen.

Das von Porcaro vorgelegte Konzept geht davon aus, dass auch heute die kapitalistisch organisierte Lohnarbeit eine prä-

gende Dynamik besitzt, die sozialistische Politik berücksichtigen muss, natürlich im Zusammenhang mit Veränderungen im Bereich der Reproduktionsarbeit und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Vor allem im Bereich der Lohnarbeit werde über die realen Machtverhältnisse in der Gesellschaft und den Charakter von Vergesellschaftung entschieden. Porcaros Fragestellung erscheint so einerseits geradezu »traditionalistisch« und erweist sich andererseits genau dadurch als innovativ, weil er die klassischen Fragen erstens nach dem vorherrschenden Typ von Vergesellschaftung, zweitens nach der Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, drittens nach dem Verhältnis von ökonomischer und gesamtgesellschaftlicher Reproduktion und schließlich viertens nach dem Verhältnis von ökonomischen Klassenkämpfen und gesamtgesellschaftlichen Kämpfen für eine Transformation über den Kapitalismus hinaus stellt und dabei zu neuen Antworten kommt.

Die Hinwendung vieler linker Ansätze zur Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse oder den Krisenprozessen im Bereich von Gesundheit, Bildung oder Pflege darf, dies wird beim Lesen des vorliegenden Buches deutlich, nicht dazu führen, dass nicht mehr die Strukturen der Vergesellschaftung, die oligopolistische Kontrolle der Wirtschaft und die Strukturen der gesamten gesellschaftlichen Reproduktion analysiert werden. Porcaro wendet sich gegen diese Abkehr von den klassischen Feldern und sieht in der *Verbindung* zwischen diesen *und* den neuen Kämpfen den eigentlichen Ausgangspunkt zeitgemäßer sozialistischer Politik. Zurückgehend auf die Ursprünge kommt er damit zugleich weiter voran als viele besonders »modern« erscheinende Ansätze, mit denen er sich auseinandersetzt, vor allem denen der Theoretiker der Multitude (Toni Negri und Michael Hardt).

Wer dieses Buch liest, muss sich der Mühe unterziehen, den Zusammenhang, die Logik der Darstellung zu verfolgen, denn in diesen liegt der eigentliche Gewinn der vorliegenden Arbeit. Nicht die einzelne Erkenntnis ist neu, neu ist vor allem die Gesamtsicht, die gewonnen wird, die *Suchrichtung*, die Porcaro einschlägt. Wie schon zu Zeiten von Antonio Gramsci scheint die besondere Situation Italiens und der italienischen Linken ein fruchtbarer Bo-

den zu sein, einen solchen Suchprozess zu beginnen: Die Verschränkung von höchster Modernität und Rückschrittlichkeit, von Großkonzernen und extremer Fragmentierung, von Militanz und Ohnmacht, von Postmoderne und Vormoderne in Italien fordert dazu heraus, sich der Komplexität zu stellen, Durchbruchstellen in der Verbindung des Ungleichzeitigen, des Ungleichartigen zu suchen.

Vielleicht ist dies die wichtigste Lehre des Buches von Mimmo Porcaro: Wenn ein völlig verflachter evolutionistischer Marxismus zu unterstellen schien, dass sich aus der Entwicklung der Produktivkräfte unter kapitalistischen Verhältnissen jene Vergesellschaftungsformen bilden, die den Sozialismus vorwegnehmen, dass sich geradezu zwangsläufig das Subjekt, die Arbeiterklasse, formiert, das dann den Sozialismus herbeiführt, und wenn neuere Theorien der internetbasierten Vergesellschaftung annehmen, dass die freie assoziierte Arbeit im Schoße der alten Gesellschaft sich in genau jenen Formen bildet, die Sozialismus oder Kommunismus ausmachen, dass also das Subjekt der neuen Gesellschaft, die Multitude, schon da ist und sich nicht erst selbst erschaffen muss, so weist Porcaro nach, dass dies nichts anderes als mehr oder minder schöne Illusionen sind. Nichts ergibt sich nur von alleine und spontan, es bedarf der bewussten, der zielstrebigen, der konzertierten politischen Aktion. Dies aber ist nun praktisch Originalton von Marx und fast aller ernst zu nehmenden Theoretiker des Sozialismus im 19. und 20. Jahrhundert. Subjekte der Transformation müssen sich selbst erst herstellen, indem die vorhandenen Akteure sich auf neue Weise verbinden und dadurch verändern.

Die Bedingungen einer grundlegenden Transformation müssen eingreifend erst hergestellt werden, indem heutige Ansätze in andere strukturelle Zusammenhänge gebracht und umgewälzt werden. Die neue Gesellschaft entsteht im Prozess der Transformation aus der alten nur durch deren radikale Veränderung und die Selbstveränderung der gegen den Kapitalismus sich wendenden Akteure.

Einige wenige Punkte seien herausgegriffen, in denen deutlich wird, wie Porcaro sich dieser Dialektik stellt. Erstens entwickelt

er ausführlich Vorstellungen eines neuen Typs von wirtschaftlicher Koordination jenseits von Vorstellungen der Verstaatlichung und eines reinen Markts sowie auch – noch aktueller – jenseits der Idee, alles könnte einfach sich selbst organisierenden Netzwerken überlassen werden. Er macht deutlich, dass sich ohne das ständige und stets erneuerte Eingreifen auch in Netzen immer wieder extreme Hierarchien, Formen der Ausbeutung und Unterdrückung und krisenhafte Ungleichgewichte reproduzieren werden.

Es gibt keine einfache Lösung für die komplexen Probleme einer komplexen Gesellschaft, sondern nur die Möglichkeit, offene und solidarische Lernprozesse zu organisieren. Er schreibt: »Genauso wie der Markt (oder besser: einige Aspekte des Marktes) zu einem sinnvollen Instrument der solidarischen Kooperation werden kann, vor allem dann, wenn er durch die autonome Aktivität gesellschaftlicher Planung eingesetzt wird, so kann das Internet vor allem dann zu einer dezentralen Demokratie und Vergesellschaftung von unten beitragen, wenn es das Instrument einer bewussten *politischen* Aktivität ist.« (S. 52) Es werden ausgehend von der heutigen Wirtschaftsstruktur Konturen einer neuen, einer sozialistischen Wirtschaftsregulation sichtbar gemacht.

Zweitens entwickelt Porcaro eine Position jenseits der Abkehr sozialistischer Politik vom Staat, wie sie u.a. John Holloway vertritt (Holloway 2010), und auch jenseits der sozialreformistischen Vorstellung, es ginge nur darum, sich des Staates in einer etwas veränderten Weise zu bedienen. Er greift jene Erfahrungen auf, die durch die Ergänzung der klassischen Top-Down-Formen von Staatlichkeit in Gestalt vielfältiger Abstimmungsformen von Governance entstanden sind, zeigt aber, dass sie heute vor allem ein oligarchisches Bündnis von Großkonzernen und Staat fundieren (siehe dazu auch Dellheim 2014). Dies sei eine enorme Herausforderung für sozialistische Politik. Ohne den Staat kann eine Wiederaneignung der gesellschaftlichen Ressourcen keinen Erfolg haben. Er fordert deshalb die radikale Veränderung von Staatlichkeit. Seine Schlussfolgerung ist: »Der Aufbau von *sozialistischer Governance* wird wahrscheinlich dadurch geschehen, dass der

Moment der Vorbereitung und Prüfung von Gesetzen vom Moment der Entscheidung über ihre Einführung getrennt wird. Die Vorbereitung und Prüfung eines Gesetzes muss in ständiger Beratung mit den gesellschaftlichen Akteuren erfolgen, während die formale Beschlussfassung – wie auch die praktische Umsetzung der Regulierung – bei den öffentlichen Akteuren liegen muss, um eine Delegation von öffentlichen Funktionen hin zu privaten Akteuren zu verhindern, die zu einer fortschreitenden ›Feudalisierung‹ führt.« (S. 61) Er stellt dar, dass nur Zusammenschlüsse in der Größenordnung von ganzen Kontinenten in der Lage sind, ein hinreichendes Maß an Vergesellschaftung und ihrer demokratischen Gestaltung zu sichern. Aber die EU habe sich als Sackgasse erwiesen: »Die Schaffung eines kontinentalen europäischen Staates, der für eine erneuerte sozialistische Bewegung nützlich wäre, müsste wahrscheinlich aus der Zerstörung der gegenwärtigen Europäischen Union hervorgehen.« (S. 71)

Welches aber ist drittens die Konfliktlinie, an der sich solche populären Bündnisse bilden können, wo kristallisieren sich die Widersprüche des Kapitalismus in einer Weise, die transformatorische Potenziale so freisetzt, dass politisches Eingreifen möglich wird? Überzeugend weist Porcaro ausgehend von seiner Analyse der Fragmentierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters nach, dass dies heute nicht vor allem das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit auf betrieblicher Ebene ist. Forderungen nach einer grundlegend anderen Vergesellschaftung würden hier zurzeit kaum entstehen.

Anders sei es, wenn es um Geld und öffentliche Schulden gehe. Die Privatisierung der Gewinne und die Sozialisierung der Verluste des Finanzmarktkapitalismus machen den Widerspruch zwischen der privaten Form der Aneignung und dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion in besonders offensichtlicher Form erfahrbar.

Dieser Widerspruch würde aber durch die Einzelnen nicht so sehr als Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern als Bürgerinnen und Bürger erfahrbar: »Vom Standpunkt sozialistischer Politik in den Ländern des kapitalistischen Westens scheinen also die Widersprüche (und Möglichkeiten), die sich in der Sphäre des öf-

fentlichen und staatlichen Handelns entwickeln, *in dieser konkreten historischen Situation* wichtiger zu sein als jene, die sich auf der Ebene der Industrie entwickeln.« (S. 91) Dabei werden auch Gedanken von Karl Polanyi aufgegriffen (siehe auch Bura-woy 2015; Brie 2015).

Mimmo Porcaro entwickelt in diesem Zusammenhang Ansätze einer umfassenden Transformation des gesamten Wirtschaftssystems. Er skizziert, wie Planung, kooperative Vernetzung und Elemente von Marktkoordination verbunden werden können. Vor dem Hintergrund des Scheiterns des Staatssozialismus und der Erfahrungen heutiger kapitalistischer Wirtschaftssteuerung werden neue Horizonte eröffnet, wie ein sozialistisches Wirtschaftssystem aussehen könnte (siehe auch Bischoff/Hüning/Lieber 2005; Steinitz/Walter 2014).

Es sind dies alles Fragen, die bisher nur in wenigen Zusammenhängen der Linken ernsthaft diskutiert werden. Aber ohne solche Vorstellungen bleibt der Anspruch »Eine andere Welt ist möglich!« leer. Dies führt Porcaro zum Konzept sozialistischer Staatlichkeit, beruhend auf zwei Säulen: den formalen Apparaten des Staates im engeren Sinne und den Apparaten der freien Vereinigungen und Assoziationen der Bürgerinnen und Bürger und Arbeiterinnen und Arbeiter, die, wie er schreibt, den Staat von außen kontrollieren und seine Entwicklung stimulieren können.

Porcaros Analyse geht viertens auf die Veränderung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters im Bereich der Erwerbsarbeit ein. Er konstatiert die Doppeltendenz von Zentralisation unter dem Kommando des Kapitals bei gleichzeitiger Fragmentierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters. Autonome Kooperation und Klassensolidarität werden erschwert. Die Arbeiterinnen und Arbeiter »sind unfähig, sich ihre kollektive Macht als Akteur einer umfassenden gesellschaftlichen Kooperation vorzustellen, weil die gesellschaftliche Arbeit heute als fragmentierte Arbeit erscheint« (S. 79). Damit wird eine allgemeine Erfahrung der Arbeiterbewegung nur noch dringlicher: Die sozialistische Kooperation der Arbeiterinnen und Arbeiter entsteht nicht spontan, sondern muss bewusst geschaffen werden.

Ausgehend von dieser Analyse geht Porcaro auf das Problem der bewussten Arbeit an einem *popularen Bündnis* ein.¹ Die Spaltungen im gesellschaftlichen Gesamtarbeiter müssten von unten wie von oben durch eine bewusste Transformationsstrategie überwunden werden. Porcaro schlussfolgert: Das populare Bündnis »ist (...) weder eine »reine« Klassenfront noch ein populistisches Bündnis. Im Unterschied zu diesem verteidigt es nicht einen Teil des Volkes gegen einen anderen, es verherrlicht nicht die spontanen Qualitäten des Volkes, sondern regt es zur Selbsttransformation und Selbstbildung an. Es vertraut sich nicht einem Führer an, sondern entwickelt autonome Institutionen und strukturierte Parteien. Und es kämpft nicht nur gegen einige Sektoren des Kapitalismus (die »Spekulanten«, die »Parasiten«), sondern gegen das Ganze der kapitalistischen Ordnung.« (S. 88) Die Konsequenz ist: »Das populare Bündnis erscheint ... nicht unmittelbar als Transformation der kapitalistischen Verhältnisse *von innen heraus*, sondern als *Einkreisung des Kapitalismus von außen*, als Forderung, die Macht der Kapitalisten zu beschränken und das Privateigentum an den Produktionsmitteln zurückzudrängen.« (S. 96)

Eine sozialistische Transformationsstrategie muss nach Porcaros Ansicht zunächst außerhalb der unmittelbaren kapitalistischen Produktion autonome populare Institutionen schaffen. Auf der Basis von freiwilliger Arbeit, Reproduktionsarbeit, Arbeit in sozialen Diensten, bei der politischen Mobilisierung sollen durch Experimentieren und Lernen, so das Konzept, jene Fähigkeiten, Bedürfnisse und Zielvorstellungen erworben werden, »die in der Zukunft genutzt werden können, um einerseits die

¹ Der Begriff des *Popularen* hat im italienischen Sprachraum eine eigene Bedeutung, in der die Differenz zu den Herrschenden, die Gründung im Lebensalltag der einfachen Leute, die Selbstermächtigung und vor allem die Solidarität der »kleinen Leute« mit ihresgleichen viel stärker mitschwingt als im deutschen Wort *Volk*. Vielleicht macht der Bezug auf die Losung des Frühherbstes 1989 in der DDR – »Wir sind das Volk« – in Differenz zur späteren Losung »Wir sind ein Volk« diese Differenz klarer. Die Schnelligkeit des Übergangs zwischen beiden Losungen zeigt auch die Schwächen solidarischer Kooperation unter den Bürgerinnen und Bürgern der DDR.

Arbeit in den Unternehmen zu transformieren und andererseits die freiwillige und freie Arbeit gesellschaftlich effektiv zu machen, die durch eine allgemeine Reduktion der Zeit der Erwerbsarbeit gefördert werden wird« (S. 100). Die Schlussfolgerung ist: Die Voraussetzungen des Sozialismus entstehen sicherlich im Schoße des Kapitalismus, aber zu Bedingungen des Sozialismus werden sie nur durch die bewusste Aktion bewusster sozialistischer Akteure. Die vorliegende Arbeit von Mimmo Porcaro kann wesentlich dazu beitragen, das Bewusstsein für diese Aufgabe zu schärfen.

Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert

1. Einleitung: Die ambivalenten Formen gesellschaftlicher Organisation

Der wissenschaftliche Sozialismus unterscheidet sich nach Marx und Engels bekanntermaßen dadurch vom utopischen Sozialismus, dass er nicht nur in ethisch begründeten Forderungen und dem Wunsch nach Gerechtigkeit begründet ist, sondern in den ambivalenten *Formen gesellschaftlicher Organisation* im Kapitalismus. Diese Formen werden zwar vom Kapitalismus hervorgebracht, geraten aber zu ihm in Widerspruch, bestimmen dessen Krise und bilden die Basis seiner Überwindung. Marx fasst diese Überlegungen zusammen, indem er sagt, dass die *gesellschaftliche Form* der Produktion in Widerspruch zur *privaten Form* der Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums tritt, dass die vom Kapitalismus entwickelten *Produktivkräfte* in Widerspruch zu den bürgerlichen Produktionsverhältnissen geraten und dass nur die gesellschaftlichen Verhältnisse eines kommunistischen Typs eine freie Entwicklung der Produktivkräfte gestatten.²

Die Geschichte des Kapitalismus hat diese These bis zu einem bestimmten Punkt bestätigt. Die schnelle Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivität wurde durch Organisationsweisen begleitet (Monopole, Aktiengesellschaften, staatliche Intervention), die sich deutlich vom Regime des Privateigentums und der

² Diese Positionen sind zum einen in der 1845/47 von Karl Marx und Friedrich Engels verfassten, zu ihren Lebzeiten aber nie veröffentlichten Schrift »Die deutsche Ideologie« (Marx/Engels 1974) und zum anderen in dem von Friedrich Engels in enger Kooperation mit Karl Marx 1876/78 geschriebenen »Anti-Dühring« (Engels 1884) zusammengefasst. Besonders die aus dem »Anti-Dühring« entnommenen knappen Darstellungen in Friedrich Engels' Schrift »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« (Engels 1891) haben diese Positionen popularisiert (Anm. d. Übers.).

Konkurrenz unterschieden. Dies machte sozialistische Lösungen möglich. Der Zusammenbruch des Staatssozialismus scheint aber der Marx'schen Vision zu widersprechen, ist doch der Sozialismus nach Auffassung vieler genau deshalb verschwunden, weil er sich als unfähig erwies, produktive Entwicklung und technologische Innovation zu befördern. Nach dem schicksalhaften Jahr 1989 schien es so, als seien die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nun doch jene Form, die am besten für die Entwicklung der modernen Produktion geeignet ist. Die bestehenden Rudimente von Sozialismus basieren nach dieser Auffassung auf ethisch-politischen Forderungen nach einer egalitäreren Verteilung des Reichtums, auf dem Bedürfnis nach Verteidigung des *Wohlfahrtsstaats* oder der Umwelt, aber nicht auf der Suche nach gesellschaftlichen Formen innerhalb des Kapitalismus, die seine Überwindung befördern können. Dies ist auch der Grund dafür, dass viele Projekte eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts (mit bestimmten Ausnahmen in Lateinamerika) als bloße Korrektive zum Kapitalismus erscheinen und nicht als Theorien, die eine völlig neue Weise von Produktion und gesellschaftlicher Organisation begründen.

Die große Krise des Kapitalismus, die sich 2007 bis 2009 auf dramatische Weise Geltung verschaffte und keineswegs vorbei ist, verpflichtet uns, die Frage nach einer sozialistischen Produktionsweise neu zu stellen – oder doch zumindest nach einer Produktionsweise, die sozialistisch orientiert ist. Damit stellt sich aber auch die Frage nach den gesellschaftlichen Formen, die selbst heute die Gestaltung einer solchen Produktionsweise befördern könnten.³

Das ist eine wichtige und komplizierte Frage. Sie verlangt die Auseinandersetzung mit den Texten von Marx und Engels, die keine systematische Darstellung der Frage hinterlassen haben und deren diesbezügliche Thesen nicht ohne Mehrdeutigkeiten sind. Darüber hinaus bedarf es der theoretischen Analyse des Begriffs von Kapital und eines Studiums der konkreten Funkti-

³ Siehe zu dieser Frage auch das Buch von Dieter Klein, »Das Morgen tanzt im Heute« (2013) (Anm. d. Übers.).

onsweise des gegenwärtigen Kapitalismus. Die Bedeutung eines solchen Studiums hat zugenommen. Die Idee des Widerspruchs zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen hat zweifelsohne die sozialistische Perspektive gestärkt, indem sie diese aus den objektiven Dynamiken der modernen Produktion begründet hat. Doch zugleich war sie *einer der theoretischen und ideologischen Gründe für den autoritären Charakter des Staatssozialismus und für seinen letztlichen Zusammenbruch*. In den Sozialismen der Zweiten und Dritten Internationale⁴ wurde der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen immer als Widerspruch zwischen dem technischen und sozial neutralen »Inhalt« und ihnen äußerlichen vergänglichen Produktionsverhältnissen angesehen. Der Inhalt wurde mit dem Wachstum der *Arbeitsproduktivität* und der *planmäßigen Organisation der Produktion* großer Unternehmen, die Form wurde nur mit dem *Privateigentum* an den Produktionsmitteln identifiziert. Die Vorstellung war, dass es durch die Beseitigung des Privateigentums möglich werden würde, die Widersprüche innerhalb der Produktionseinheiten und zwischen ihnen zu beseitigen oder zumindest abzuschwächen. Durch die Lösung des Problems der Produktionsverhältnisse mittels Überführung der Produktionsmittel in kollektives Eigentum sollte das Management der Produktion auf das einfache Problem der *technischen* Kombination physischer Quantitäten (Rohstoffe, Maschinerie, Arbeit und Bedürfnisse) reduziert werden können.

In der Konsequenz wurden *die widersprüchlichen gesellschaftlichen Verhältnisse*, die durch die fortlaufende technische Diffe-

⁴ 1864 wurde in London unter maßgeblicher Mitwirkung britischer Gewerkschaften die Internationale Arbeiterassoziation (IAA) gegründet, die später auch als I. Internationale bezeichnet wurde. Die Inauguraladresse wurde von Karl Marx verfasst. Die IAA löste sich zehn Jahre später auf. 1889 entstand die II. Internationale, aus der die bis heute bestehende Sozialistische Internationale sozialdemokratischer Parteien hervorging. 1919 gründeten die Bolschewiki die III., die Kommunistische Internationale. Sie wurde während des Zweiten Weltkrieges, 1943, aufgelöst (Anm. d. Übers.).

renzung der Produktion und die unvermeidlichen *Konflikte* zwischen den verschiedenen Subjekten der Produktion entstehen, als Krankheit des Systems angesehen und nicht als *physiologischer* Ausdruck seiner Funktionsweise. Man unterschied nicht zwischen dem durch die Komplexität der modernen Gesellschaften bedingten Charakter dieser Konflikte und ihrer antagonistischen Form im Kapitalismus, erkannte nicht, dass diese Konflikte im Sozialismus nicht einfach verschwinden können, sondern dass ihnen eine andere Form gegeben werden muss. Anstatt den wesenseigenen Widersprüchen des Sozialismus eine sichtbare und *pluralistische* Form zu geben, wurde Sozialismus als rigide vereinheitlichte *organische Gesellschaft* gestaltet, die schrittweise in eine Mischung aus ökonomischer Ineffizienz und bürokratischer Unterdrückung hinüberwuchs. Um eine andere Art von Sozialismus zu begründen, ist es deshalb unter anderem notwendig, sich von einer primitiven Version des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu distanzieren und zu begreifen, dass auch die Produktivkräfte *soziale Verhältnisse* sind, dass sie die technologische Organisation von Klassenverhältnissen darstellen, und dass eine effiziente und ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung ohne eine pluralistische und öffentliche Vermittlung sozialer Konflikte, die aus der Natur der produktiven Kräfte selbst erwachsen, unmöglich ist.

In diesem Buch werden aber nicht die staatssozialistischen Erfahrungen analysiert, sondern vielmehr Grundzüge einer Beschreibung der ambivalenten Formen der produktiven und sozialen Organisation des gegenwärtigen Kapitalismus, insbesondere des *westlichen* Kapitalismus, geliefert. In dieser Beschreibung werde ich den Begriff der *Vergesellschaftung der Produktion* benutzen (von Marx auch als *gesellschaftliche Produktion* oder als *gesellschaftliche Form* der Produktion definiert). Und ich werde ihn im Sinne jener drei Bedeutungen benutzen, die Marx diesem Begriff gibt (Marx 1890). Die erste Bedeutung ist die einer wachsenden *wechselseitigen Abhängigkeit* zwischen den verschiedenen Produktionseinheiten; die zweite ist die einer bewussten und planmäßigen Integration des Produktionsprozesses (was Marx mit der *vertikalen Integration* der Produktion innerhalb von im-

mer größeren Unternehmen identifiziert); und in seiner dritten Bedeutung des Begriffs der Vergesellschaftung geht es um die *wachsende Abhängigkeit* der kapitalistischen Produktion von Ressourcen, *die nicht durch das Kapital erzeugt wurden*, sondern durch die Natur, die Arbeit und die Gesellschaft: Energie und Rohstoffe, die gesellschaftliche Kooperation der Arbeit, das wissenschaftlich-technische Wissen, den Kredit (und, wie später klar wurde, die unbezahlte Arbeit der häuslichen Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse).

Beim Studium der gegenwärtigen Entwicklung dieser ambivalenten Formen sozialer Organisation im Kapitalismus habe ich nicht die Absicht, zu einer Philosophie der Geschichte zurückzukehren, die behauptet, die Notwendigkeit des Sozialismus als zwangläufiges Ergebnis der wachsenden Vergesellschaftung der Produktion begreifen zu können. Und ich beabsichtige auch nicht, die sozialistische Perspektive deshalb zu negieren oder abzuschwächen, weil sich diese Vergesellschaftung abschwächen könnte. Es gibt keinen technologischen Determinismus in der historischen Abfolge von Produktionsweisen: Beginnend mit einem bestimmten Niveau der Entwicklung der gesellschaftlichen Kooperation der Arbeit und der Nutzung der Wissenschaft in der kapitalistischen Produktion ist Sozialismus *immer möglich*. Die Realisierung dieser Möglichkeit hängt aber von dem *Zusammentreffen* zwischen einer tiefen *globalen Krise* und solchen *sozialen und politischen Subjekten* ab, die in der Lage sind, diese Krise progressiv zu nutzen – und nichts garantiert, dass ein solches Zusammentreffen stattfindet. Die kapitalistische Vergesellschaftung der Produktion ist nicht das unpersönliche *Subjekt* der Gestaltung des Sozialismus, sondern das *Objekt* einer langen Arbeit von Transformation. Das Studium der kapitalistischen Formen der Vergesellschaftung dient also nicht dazu, die Zukunft vorherzubestimmen, sondern zu verstehen, erstens, welche gegenwärtigen, *historisch besonderen* Formen der Vergesellschaftung existieren, zweitens, wie sie die Bildung sozialer und politischer Subjekte beeinflussen, drittens, welche von ihnen sich im Verlauf der Krise in besonders klarer Weise manifestieren und mehr als andere zum unmittelbaren Gegenstand des politischen Kampfes

werden können, und schließlich viertens, welche spezifischen Probleme heute zum Objekt sozialer Planung werden können und welche besonderen Eigenschaften diese annehmen kann.

Im Weiteren werde ich deshalb Betrachtungen über die industrielle Organisation anstellen, über die Funktionsweise des Marktes und von Netzwerken, über die gegenwärtige Funktion des Staates (einschließlich des Bezugs auf geopolitische Veränderungen) sowie über die aktuelle Form der Kooperation der Arbeit. Ich werde mich nicht direkt jenen Fragen zuwenden, die mit der Ökologie verbunden sind, und auch nicht der unbezahlten Reproduktionsarbeit, die vor allem von Frauen geleistet wird. Ich verfare nicht deshalb so, weil diese Fragen unwichtig sind, sondern weil sie in den letzten Jahrzehnten Gegenstand ungezählter Veröffentlichungen waren, und auch deshalb, weil aufgrund des aktuellen Rückgangs von Arbeiterkämpfen alles, was mit der industriellen Organisation verbunden ist, fast vollständig aus linken Diskussionen verschwunden ist.

Und schließlich muss ich darauf aufmerksam machen, wie ich die Termini »Kommunismus« und »Sozialismus« im Weiteren verwende. Kommunismus ist in meinem Verständnis eine *politische Bewegung*, die darauf abzielt, die kooperative Zusammenarbeit so weit wie möglich auszudehnen. Sozialismus ist ein *gesellschaftliches System*, das diese Kooperation in jenen Formen realisiert, die historisch konkret möglich sind. Als ein solches System realisiert Sozialismus diese kooperative solidarische Zusammenarbeit in bestimmten Sektoren mehr als in anderen und immer als Kombination verschiedener Produktionsweisen. Sozialismus ist keine »Phase«, die der Errichtung eines »integralen« Kommunismus vorhergeht. Er kann deshalb auch keine großen Opfer und die Einschränkungen von Freiheit im Namen einer strahlenden Zukunft legitimieren, sondern muss sich als konkrete historische Realisierung des Kommunismus erweisen, und diese ist zwangsläufig nie perfekt. Sozialismus ist deshalb auch keineswegs die *moderate* Form des (radikalen) Kommunismus, sondern ein Projekt, das die kommunistische Perspektive umso radikaler macht, je realistischer es diese Perspektive macht. Auf der anderen Seite muss eine kommunistische Bewegung, um glaubwürdig

zu sein, zu jedem Zeitpunkt konkrete und realisierbare sozialistische Projekte vorschlagen. Auf jeden Fall muss sich eine kommunistische Bewegung, welche Selbstbezeichnung sie auch gerade wählen mag, unbedingt für die konkrete und realistische Gestaltung von Sozialismus einsetzen und Widerstand leisten gegen die unvermeidliche Tendenz jedes sozialen System zu degenerieren, eingeschlossen solcher Tendenzen im Sozialismus selbst.

2. Konzentration ohne Zentralisation

Einer hartnäckigen marxistischen Überzeugung folgend, besteht die Entwicklung im Kapitalismus in der Steigerung von *Konzentration* und *Zentralisation* des Kapitals. Es würde die Größe der einzelnen Unternehmen zunehmen (Konzentration) und zugleich würden kleinere Unternehmen durch größere Kapitalunternehmen geschluckt werden (Zentralisation). Konzentration schließt die Konkurrenz zwischen Kapitalunternehmen ein; Zentralisation dagegen reduziert diesen Wettbewerb und führt zu einer wachsenden *vertikalen Integration* der Produktionsprozesse, d.h. zur funktionalen Verbindung aller Phasen eines spezifischen Produktionsprozesses in einem einzigen Unternehmen (Monopol) oder in einer kleinen Gruppe von Großunternehmen (Oligopol). Es wurde angenommen, dass die Zentralisation nicht nur zum dominanten Phänomen und zur Bedingung einer wachsenden Konzentration wird, sondern auch zum Ausgangspunkt einer planmäßigen Organisation der Produktion (Marx 1890).

Diese Konzeption wurde von Anfang an einer Kritik unterzogen (Bernstein 1991). In jüngerer Zeit wurde angenommen, dass sie durch die neue Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen vollständig und endgültig widerlegt ist – geschuldet gleichzeitig dem Übergang von der standardisierten Massenproduktion zur flexiblen Produktion diversifizierter Produkte (Piore/Sabel 1986; Kumar 1995) und der wachsenden Bedeutung technologischer Innovation, die nach Annahme einiger Analytiker das für sie günstigste Umfeld genau in diesen kleinen und mittleren Unternehmen findet (Grandinetti/Rullani 1996).

In Wirklichkeit kann die Geschichte der kapitalistischen Unternehmen in keiner Weise als lineare Evolution verstanden werden. Die Beziehung zwischen großen und kleineren Unternehmen erscheint in jeder Phase anders und nie in eindeutiger Weise. In der jetzigen Phase kann diese Beziehung als *Konzentration ohne Zentralisation* (Garibaldo/Telljohann 2007; Harrison 1994) beschrieben werden: Das Kapital einzelner Oligopole wächst, aber gleichzeitig wächst auch die Konkurrenz. Zugleich gibt es eine Umkehr der Tendenz, kleinere Unternehmen in größere zu übernehmen, sodass die Konzentration des Kapitals in großen Unternehmen *nicht mehr länger mit der vertikalen Integration des gesamten Produktionsprozesses korrespondiert*. Auch wenn diese Definition unscharf ist, da die Bewegung hin zur Zentralisation nicht verschwunden ist, so ist es doch wahr, dass im gleichen Atemzug, wie die finanzielle Konzentration von Unternehmen wächst, ihre technische Integration abnimmt (Bellofiore/Garibaldo/Halevi 2011; Brecher/Costello 1994). Die Integration wird nicht der Hierarchie (d.h. dem direkten Kommando der Firmenzentralen großer Unternehmen), sondern den Mechanismen des *Marktes* und des *Netzes* anvertraut. Das bedeutet aber in keiner Weise, dass die Macht der großen Unternehmen verschwunden oder dass die asymmetrischen Beziehungen zwischen großen und kleinen Unternehmen durch egalitäre Beziehungen auf der Basis des (Markt-)Austauschs und der Kommunikation (via Internet) ersetzt worden wären: Die Macht großer Unternehmen hat einen *Formenwandel durchlaufen*. Sie wird nun nicht mehr allein durch den gewohnten Mechanismus der Hierarchie, sondern auch durch eine bestimmte Nutzung von Märkten und der Netze ausgeübt. Die Großunternehmen verändern das Wirken der Märkte und Netze zu ihren Gunsten.

Die Dynamiken der Großunternehmen bilden immer noch den Grund für eine Konzentration ohne Zentralisation; und die gegenwärtige Organisation der Produktion resultiert aus der Art und Weise, in der diese Unternehmen versucht haben, auf den generellen *Rückgang der industriellen Profite* seit den 1970er Jahren zu reagieren. Dieser Rückgang war aus Überproduktion, verschärftem Wettbewerb der Unternehmen und der gewachsenen

Macht der Arbeiterinnen und Arbeiter erwachsen (Arrighi 2007; Gallino 2005; Gallino 2011; Chesnais 1994). Die großen Unternehmen fanden drei vornehmliche Antworten auf diesen Rückgang der Profite: Finanzialisierung, Fragmentierung des Produktionsprozesses und *Globalisierung*.

Finanzialisierung

Finanzialisierung besteht nicht nur in der Zunahme der finanziellen und spekulativen Aktivitäten von Unternehmen. Es ist wahr, dass ein wachsender Teil des Kapitals von Großunternehmen in solche Aktivitäten involviert ist; und es ist bekannt, dass *General Motors* oder *General Electric*, um zwei Beispiele zu nennen, vor der großen Krise einen größeren Teil ihrer Profite aus Konsumentenkrediten und Spekulationen als aus dem Verkauf ihrer Produkte erzielten. Die wichtigsten Transformationen bestehen aber in der Veränderung der *Ziele* der Firmen und dem Wandel in der Natur ihres *Eigentums*. Das klassische Erfolgskriterium eines kapitalistischen Unternehmens war früher der *industrielle Profit*, der sich aus der Differenz zwischen den Produktionskosten der Waren und dem Verkaufspreis bestimmt. Dieses Erfolgskriterium wurde schrittweise durch das Kriterium *des Wachstums des Börsenwerts* des Unternehmens abgelöst. Auch weiterhin ist die maximale Kapitalverwertung das allgemeine Ziel eines kapitalistischen Unternehmens, aber diese Verwertung wird nicht mehr nur durch die Steigerung der Produktivität angestrebt. Sie wird vor allem durch spekulative Aktivitäten erzielt, wobei die Produktivität des Unternehmens *nur einer* der Faktoren ist, die das Wachstum des Börsenwerts bestimmen. Dies zeigt sich im Anstieg von Unternehmenszusammenschlüssen und Unternehmensübernahmen, die sich nicht aus den Rationalitätserwägungen des Produktionsprozesses ergeben, sondern nur durch die Notwendigkeit bedingt sind, die Dynamiken der Börse, den börsennotierten Wert des Unternehmens, zu beeinflussen (Gallino 2005).

Dieser Übergang vom Kriterium des Profits hin zum Kriterium des Wachstums des börsennotierten Werts des Unternehmens, des *Shareholder-Value*, wird dadurch begleitet und zum großen Teil auch hervorgebracht, dass so genannte *institutionelle Invest-*

toren (Pensionsfonds, Investmentfonds, Private-Equity-Fonds usw.) das Eigentum von Großunternehmen ganz oder zum Teil übernehmen. Da das Kapital der einzelnen Unternehmen nicht länger ausreicht, um die finanziellen Ressourcen für produktive oder spekulative Investitionen bereitzustellen, müssen die Unternehmen auf externe Quellen zurückgreifen und Teile ihres Eigentums an institutionelle Investoren verkaufen. Diese sind in vielen Unternehmen die größten Anteilseigentümer geworden und in der Lage, schnell aus Unternehmen auszusteigen, die nicht so profitabel sind. Deshalb haben sie kein besonderes Interesse an langfristigen Projekten industrieller Entwicklung, sondern nur am schnellen Wachstum des Wertes ihrer eigenen Anteile.⁵ Und da das Wachstum spekulativer Aktivitäten (scheinbar) die Kapitalverwertung von den Grenzen und Schwierigkeiten der Produktion befreit und gigantische Gewinne ermöglicht, schwanken die Gewinnziele institutioneller Investoren im Allgemeinen zwischen 15 und 25%, während sich die »normalen« Gewinnziele industrieller Aktivitäten zwischen 5 und 10% bewegen und fast niemals das Maximum erreichen. All dies zwingt die Unternehmen dazu, kurzfristig hohe Profite zu realisieren und deshalb kurzfristige Ziele zu präferieren. Dies verändert die Hierarchien in den Firmen selbst: Während in der produktivistischen Periode des Kapitalismus der industrielle Profit das Ziel war und der technische Manager im Zentrum der Führungsstruktur stand, so ist dieser jetzt durch jenen Manager verdrängt worden, der für die Finanzpolitik des Unternehmens verantwortlich ist (den »Strategen«). Dessen Tendenz, vor allem auf den *Shareholder-Value* zu achten, ist nicht nur seiner Unterordnung unter die Anteilseigentümer geschuldet, sondern auch der Art und Weise seiner Bezahlung, d.h. seinen *Aktioptionen*. Das Herz des Unternehmens wird jetzt durch die *Finanzholding* gebildet, die die verschiedenen Unternehmen einer großen Industriegruppe und jene kleinen autonomen Unternehmen dominiert, die sich um diese herum bewegen.

⁵ Siehe dazu u.a. Windolf 2005 und Bischoff 2014 (Anm. d. Übers.).

Die Finanzialisierung des kapitalistischen Unternehmens erwächst also nicht nur aus exogenen Mechanismen (Fall der Industrieprofite und wachsende Möglichkeiten spekulativer Gewinne), sondern auch aus der Struktur der Unternehmen selbst. Auch wenn viele Firmen einen strikt produktivistischen Charakter bewahren, kann man nicht länger von einem absoluten Gegensatz zwischen Finanzkapital und produktivem Kapital sprechen, da Kultur und typische Organisationsform der Finanzunternehmen mittlerweile auf alle großen Industrieunternehmen ausstrahlen.

Es ist sehr wichtig festzustellen, dass die Finanzialisierung von Unternehmen die Ursache eines grundlegenden Wandels von börsennotierten Unternehmen ist. Entsprechend einer verbreiteten Theorie, weitgehend Marx entsprechend, stellt die Entstehung von Aktiengesellschaften eine Form der Vergesellschaftung der Produktion da, da sie einerseits das Eigentum auf verschiedene Akteure verteilt und andererseits das Eigentum und die Kontrolle der Firma voneinander trennt. Das Management wird Verwaltern und Managern anvertraut, die, da sie keine Kapitaleigentümer sind, sich fast ausschließlich wie technische Funktionäre der Produktion verhalten (Berle/Gardiner 1932). Aus diesem Grund definiert Marx Aktiengesellschaften als »Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte« Produktionsweise, wenn auch in negativer Form – durch eine weitere Zuspitzung des Gegensatzes zwischen dem »Charakter des Reichtums als gesellschaftlicher und als Privatreichum« (Marx 1973, 456). Die Erfindung von institutionellen Investoren kehrt diese Tendenz aber um. Auf der einen Seite wird die Macht jener, die Geld sparen, d.h. der kleinen Anteilseigentümer, angesichts der Macht der Manager der Investmentfonds irrelevant. Diese Manager verfügen in völliger Freiheit über das Geld anderer Leute. Dem Wachstum des Werts des aktiennotierten Kapitals, d.h. des Werts des durch die Fonds angelegten Kapitals, steht in keiner Weise ein entsprechendes Wachstum des angelegten Kapitals jedes einzelnen Sparers gegenüber. Auf der anderen Seite intervenieren die Eigentümer der Firma, die großen Finanzinvestoren, aufgrund des Prinzips beschränkter Haftung, von Minderheitskontrollrechten und der Transformation der Manager des Unter-

nehmens in Anteilseigentümer mit Aktienoptionen *direkt* in das technische Management. Sie verzerren die produktive Logik zugunsten der Finanzlogik.

Wir beobachten heute also eine doppelte »Rache des großen Privateigentums« an den kleinen Aktienbesitzern und den technischen Managern: Mittels der Investmentfonds wird weit verstreutes Aktienkapital in konzentriertes Eigentum überführt und das Eigentum übernimmt wieder die Kontrolle über den technischen Prozess der Produktion und fragmentiert ihn mit dem Ziel, den börsennotierten Wert der Unternehmen kurzfristig in die Höhe zu treiben (Rossi 2008; Gallino 2005; Gallino 2009). Anstelle einer Verteilung der Eigentumsrechte auf immer mehr Akteure und der gleichzeitigen Zentralisation der Produktion beobachten wir einerseits die Konzentration von Eigentum und andererseits die Schwächung der technischen Integration der Produktion. *Auch wenn die heutige Form von Aktiengesellschaften die objektive wechselseitige Abhängigkeit zwischen den verschiedenen Faktoren der Produktion nicht überwinden oder beseitigen kann, so führt sie doch nicht dazu, die Eigentumsfunktion zugunsten der technischen Vergesellschaftung der Produktion in den Hintergrund treten zu lassen, sondern macht diese Vergesellschaftung abhängig von den Finanzstrategien der Großrentner.* Mehr noch als in der Vergangenheit scheint die Vergesellschaftung – und ist es teilweise auch – das Resultat der Aktivität des Kapitals und nicht der Arbeit.

Fragmentierung des Produktionszyklus

Die Fragmentierung des Produktionszyklus besteht entweder in der Aufteilung großer Oligopole in unterschiedliche Unternehmen, die formal unabhängig, in der Realität aber im Besitz derselben Finanzholding sind, oder in der Beauftragung *externer und unabhängiger* Unternehmen mit Aktivitäten, die vorher innerhalb des Oligopols ausgeführt wurden – d.h. im *Outsourcing*. Dies entspricht den unmittelbaren Interessen der Shareholder (oder zumindest der Finanzfonds) wie dem generellen Bedürfnis, die Produktionskosten zu senken. Die schnelle Verlagerung von Investitionen von weniger produktiven zu produktiveren Sek-

toren ein und desselben Unternehmens, die dadurch notwendig wird, dass hohe Gewinne in kurzen Zeitabschnitten erzielt werden sollen, ist sicherlich einfacher, wenn jeder der Sektoren des Unternehmens in eine juristisch selbständige Gesellschaft verwandelt wird, die verkauft oder verkleinert werden kann, ohne dass dies einen unmittelbaren Einfluss auf die weniger profitablen Sektoren hat (Gallino 2005; Gallino 2011). Außerdem erlaubt das fortlaufende Outsourcing, das unternehmerische Risiko auf Satellitenfirmen und deren Arbeiterinnen und Arbeiter zu verlagern: Die Marktfluktuationen erfassen zuerst die Satellitenfirmen; die Arbeiterinnen und Arbeiter, die diese ausgelagerten Arbeiten leisten, haben weniger Verhandlungsmacht; und die Transformation vieler Angestellter des Großunternehmens in Lohnabhängige von Gesellschaften, die formal autonom sind, verlagert die Sozialkosten weg von den Großunternehmen und hin zu den Satellitenfirmen. Die Einheit von technischer Struktur und juristischem Eigentum, typisch für die großen »fordistischen« Unternehmen, ist folglich aufgelöst; und das, was vorher in einem integrierten Produktionszyklus vereint war, stellt sich jetzt als Zulieferkette verschiedener Unternehmen dar, deren technische und finanzielle Solidität und Arbeitsverhältnisse sich in dem Maße verschlechtern, wie sie vom Zentrum des Unternehmensnetzwerkes entfernt sind (Garibaldo 2009). Diese Fragmentierung entspricht teilweise bestimmten technischen Erfordernissen. Es kann auch sein, dass die Satellitenfirmen nicht einfach darauf beschränkt sind, dasjenige zu niedrigeren Kosten zu leisten, was das Großunternehmen vorher zu höheren Kosten tat. Teilweise stellen sie Leistungen bereit, die das Großunternehmen nicht bereitstellen kann (spezielle Fertigungen, technologische Experimente usw.). Aber der Druck zur Kostensenkung und zur Mobilität der Investitionen sorgt dafür, dass das Wachstum der Satellitenfirmen in der Mehrheit der Fälle nicht zu einer Pluralisierung und »Demokratisierung« des Kapitalismus führt, sondern zu einer wachsenden Fragilität der Unternehmen und zu verschärfter Ausbeutung der Lohnabhängigen. Zudem kann das Großunternehmen dank der Fragmentierung die verschiedenen kleineren abhängigen Unternehmen und Satellitenfirmen *gegeneinander ausspielen*: Dies führt zu ei-

ner weiteren Kostenreduktion, die zumindest teilweise die *sinkenden Skalenerträge* kompensiert, die infolge der Fragmentierung des Produktionszyklus unvermeidlich sind.⁶

Globalisierung

Die Globalisierung des Kapitals, d.h. die Zunahme von ausländischen Direktinvestitionen, reagiert auf den Fall der Profitrate durch den Export des überschüssigen Kapitals und die Verschärfung der Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Unternehmen dank einer Art wechselseitiger Invasion (Chesnais 1994). Diese reproduziert in extremer Weise eine Fragmentierung des Produktionszyklus, indem Standortunterschiede (und damit Unterschiede des Arbeitsmarkts) genutzt werden, um die Produktionskosten weiter zu senken und die verschiedenen Unternehmen in eine wechselseitige Konkurrenz miteinander zu verwickeln (Harvey 2011).

Dank der Globalisierung sind die Oligopole nicht nur in der Lage, die Konkurrenz zwischen den von ihnen abhängigen Firmen, sondern auch den Wettbewerb zwischen Staaten auszunutzen, die dazu getrieben werden, optimale Bedingungen für oligopolistische Investitionen anzubieten, die Steuerlast zu reduzieren, die Umweltschutzstandards zu senken und vor allem alles das zu schwächen, was die Lohnarbeit schützt (Stopford/Strange/Henley 1991). Begreift man Globalisierung als Antwort von Großunternehmen auf den Fall der Profitrate, so erscheint sie nicht mehr einfach als das Resultat wachsender kommerzieller und finanzmarktbezogener Austauschprozesse oder als Beginn einer harmonischen Integration der Produktionsprozesse in der ganzen Welt, sondern als Verlagerung der Konkurrenz zwischen verschiedenen Oligopolen auf die globale Ebene und als Verschiebung der Differenz zwischen finanzieller Zentralisierung und Fragmentierung der Produktion *innerhalb der Oligo-*

⁶ Zumindest historisch galt verbreitet, dass schon die einfache Steigerung der Produktionsmenge zu sinkenden Produktionsaufwendungen je hergestellter Produkteinheit führt – zu einem zunehmenden Skalenertrag (Anm. d. Übers.).

pole hin zu einer geografischen Differenz zwischen Hauptländern (wo die Finanzholdings situiert sind) und peripheren Ländern (in denen die fragmentierten Produktionsprozesse stattfinden). Die Globalisierung des Kapitals stellt folglich weder eine homogene Diffusion des Kapitalismus in alle Teile der Welt noch eine unumkehrbare Integration der globalen Produktion dar: Sie ist eher eine Auslagerung von Teilen des Produktionsprozesses ausgehend von den aktuellen Profitinteressen der Oligopole. Und so wie ein einzelnes Unternehmensholding Investitionen von einem seiner produktiven Segmente zu einem anderen verlagern kann, so kann auch ein Hauptland Investitionen in peripheren Ländern aufgeben und den Prozess der Globalisierung zumindest teilweise umkehren.

3. Kommodifizierung ohne Markt

Die eben beschriebenen Transformationen sind oft als Rache des Marktes und der Konkurrenz an den Monopolen und ihrer hierarchischen Koordination der Produktion bezeichnet worden: Die Konflikte zwischen den Firmen haben zugenommen, die Zahl der kleinen und mittleren Unternehmen ist gestiegen, und die Großunternehmen ihrerseits sind selbst zur Ware geworden, immer bedroht durch die Gefahr feindlicher Übernahme. In Wirklichkeit wird die heutige Ökonomie aber nicht durch unpersonliche Märkte beherrscht, sondern weiterhin durch Großunternehmen, deren Verhältnisse zueinander *keine* Marktverhältnisse sind. Und wenn es wahr ist, dass die Macht der Großunternehmen auch durch eine verschärfte Kommodifizierung von Arbeit, Natur und Commons ausgeübt wird, dann ist es gleichzeitig aber nicht richtig, dass der Ausweitung der Warenform eine Ausweitung kommerzieller Konkurrenz entspricht. Mit anderen Worten: Der gegenwärtige Kapitalismus kann nicht mit dem Markt identifiziert werden – und in der Konsequenz kann Sozialismus weder mit der simplen Korrektur von Marktversagen noch mit der vollständigen Überwindung der Märkte selbst gleichgesetzt werden.

Grundsätzlich gibt es zwei Theorien, die den Kapitalismus als Marktsystem beschreiben – die neoklassische Theorie des *allgemeinen Gleichgewichts* und die Theorie der *komparativen Vorteile*. Die Theorie des allgemeinen Gleichgewichts nimmt an, dass sich auf dem Markt unabhängige Akteure treffen, die in keiner wechselseitigen Abhängigkeit zueinander stehen. Wenn diese Akteure über alle notwendigen Informationen verfügen und die Preise nicht durch steigende Produktion beeinflussen können, dann haben wir die Situation eines perfekten Wettbewerbs. Das freie Spiel von Angebot und Nachfrage erzeugt unter diesen Bedingungen ein Preissystem, in dem sich Angebot und Nachfrage ausgleichen und das Wirtschaftssystem ein Gleichgewicht erreicht (Walras 1874; Pareto 1909). Die Theorie komparativer Vorteile wird auf internationale Märkte angewandt und behauptet, dass der Welthandel zu einer positiven Situation für alle daran beteiligten Nationen führt. Jede von ihnen würde genau die Güter exportieren, bei denen ihr produktiver Vorteil im Verhältnis zu Wettbewerbern am höchsten ist, und jene Güter importieren, bei denen die Vorteile am geringsten sind. So würden sie ein funktionales und faires Gleichgewicht erreichen (Ricardo 1979). Die Theorie des allgemeinen Gleichgewichts behauptet, dass der perfekte Wettbewerb die ökonomischen Ressourcen effizienter verteilt, als es eine Planwirtschaft tun könnte (Hayek 1948), und die Theorie komparativer Vorteile geht davon aus, dass die Ausweitung des Weltmarkts – heute der Globalisierung – *in jedem Falle* besser ist als Protektionismus. Beiden Theorien widerspricht die gegenwärtige Entwicklung der großen kapitalistischen Unternehmen und des Weltmarkts.

Wettbewerb der Großunternehmen: Krieg untereinander versus Marktwettbewerb

Zunächst einmal müssen wir begreifen, dass die Verhältnisse zwischen den großen oligopolistischen Unternehmen keine Beziehungen zwischen unabhängigen Akteuren darstellen, die nichts miteinander zu tun haben. Jeder von ihnen kennt ganz im Gegenteil seine Rivalen und ihre Strategien sehr gut, versucht sie zu antizipieren und auch außerhalb des tatsächlichen Marktwettbewerbs

zu bekämpfen. Das bedeutet, dass der Wettbewerb zwischen den oligopolistischen Unternehmen nicht nur im Moment des Verkaufs ihrer Produkte auftritt, sondern vor allem *davor*, durch Industriespionage, Abwerbung qualifizierten Personals, durch den Versuch, Bündnisse mit Staatsapparaten oder mit anderen Unternehmen herzustellen, oder schließlich durch die Übernahme des Konkurrenten. Auch wenn die gewöhnlichen Mechanismen des »Preiswettbewerbs« weiterwirken, werden sie durch die »politischen« Mechanismen absorbiert, die weit mehr auf der umfassenden Macht des Unternehmens als politisch-finanzieller Akteur als auf ihrer produktiven Effizienz basieren. Das Verschwinden eines Unternehmens vom Markt tritt nicht länger einfach infolge des Umstands auf, dass die Konsumenten die Güter anderer Produzenten bevorzugen, sondern resultiert aus der Niederlage im Machtkampf mit anderen Unternehmen, die ihm seine finanziellen, technologischen und politischen Mittel raubten, um weiter zu bestehen. *Der Marktwettbewerb ist in diesem Falle durch einen zerstörerischen Wettbewerb ersetzt.* In diesem Wettbewerb signalisiert der Preis nicht so sehr das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach einem bestimmten Gut, sondern die Machtverhältnisse zwischen den Unternehmen.

Der Finanzmarkt und das Zwielficht der Preise

Die Entwicklung von Aktien- und Finanzmärkten führt zur Bildung von Preisen, die sich im wachsenden Maße von ihrer vorgeblichen Funktion des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage entfernen. Die Transformation von Aktien in Wertpapiere, die frei gehandelt werden, und die Schaffung von internationalen Börsen lösen die Beziehung zwischen den Aktienwerten und der technischen und ökonomischen Entwicklung des Unternehmens auf. Die Aktienwerte resultieren nun vor allem aus den Finanzstrategien des Unternehmens selbst und den besonderen Dynamiken der Börse. Aktienmärkte sind *antizipatorische* Märkte. Sie geben nicht die aktuelle Relation zwischen Angebot und Nachfrage der Konsumenten wieder, sondern wetten auf die zukünftige Finanzentwicklung des Unternehmens (Cassidy 2009). Zudem ist der Finanzmarkt ein *mimetischer* Markt. Die einzelnen

Investoren folgen dem Herdentrieb: Wenn ein bestimmter Investor eine bestimmte Menge von Aktien oder Anleihen erwirbt, dann tut er dies nicht, weil er auf den Erfolg einer konkreten wirtschaftlichen Tätigkeit hofft, sondern weil er annimmt, dass andere Investoren das Gleiche tun werden und weitere Aktien oder Anleihen erwerben, sodass deren Preis ganz unabhängig von der realen wirtschaftlichen Aktivität der Unternehmen steigt (Orléan 2003). Hinzu kommt, dass auf den Finanzmärkten oft mit »strukturierten Finanzprodukten« gehandelt wird. Diese enthalten verschiedene Finanzinstrumente mit unterschiedlich hohen Risiken, gemischt in einer Weise, die es im wachsenden Maße schwer macht, die reale Aktivität hinter einer solchen Ausgabe von Wertpapieren zu erkennen. Der Finanz»markt« unterscheidet sich deshalb völlig von jenem Markt, von dem die neoklassische Wirtschaftswissenschaft ausgeht. Er erfüllt nämlich nicht die fundamentale Voraussetzung der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts, nach der die Akteure über die Möglichkeit verfügen, ein exaktes Wissen über die *Qualität* der Güter zu gewinnen, die Gegenstand des Austauschs sind. Mit anderen Worten: Der wichtigste Markt, jener Markt, auf welchem die größte Menge von Werten ausgetauscht wird, jener Markt, der anstelle zentraler Planung die Verteilung des sozialen Reichtums hin zu den vielversprechendsten und nützlichsten Wirtschaftsaktivitäten sichern soll, hat jeden Bezug zur Realwirtschaft verloren und damit jede Fähigkeit, die rationale Nutzung der Ressourcen zu ermöglichen. Preise, die auf solchen Märkten gebildet werden, geben die interne Dynamik der Welt der Finanzen wieder und beziehen sich nur indirekt und in verzerrter Weise auf die Welt der Produktion.

Es kommt eine weitere allgemeine Eigenschaft von Preisen hinzu, die auf Finanzmärkten immer deutlicher wird und mit der unvermeidlichen Unsicherheit über den Wert komplexer Produkte zusammenhängt. Insoweit der Preis ein Effekt des Kauf- oder Verkaufsverhaltens von Investoren ist, sollten die Preise die Synthese aller verfügbaren Informationen über die Nützlichkeit eines Gutes darstellen. In Wirklichkeit aber ist in einer Welt, in der Informationen nur asymmetrisch verfügbar, schwer zu be-

kommen und teuer sind, die numerische Simplizität des Preises ein negativer Anreiz für die Investoren, sich weitere Informationen zu beschaffen. Wenn also der Preis eines Finanzprodukts steigt oder sinkt, werden viele Investoren kaufen oder verkaufen, auch wenn sie keinerlei Informationen über den realen Wert haben. Schritt für Schritt wird der Preis immer weniger das Resultat wirklicher Information, sondern Effekt eines uninformierten Nachahmeverhaltens sein (Grossman/Stiglitz 1980). So verliert er die Funktion eines rationalen Indikators, die die Neoklassik ihm zuschreibt.

Das Ende komparativer Vorteile

Die Entwicklung des Welthandels scheint sich schlichtweg aus der Liberalisierung des Austauschs zu ergeben und die Globalisierung der Unternehmen folglich als eine bloße Anpassung derselben an diesen von ihnen unabhängigen Prozess. Aber die Daten des Welthandels zeigen eine Realität, die viele nicht zur Kenntnis nehmen: Ein großer Teil des Handels erfolgt zwischen den Großunternehmen und sehr oft vollzieht er sich *innerhalb ein und desselben oligopolistischen Unternehmens*, d.h. er findet zwischen unterschiedlichen Firmen statt, die von ein und derselben Finanzholding abhängig sind (Rossi 2008; Chesnais 1994). Das hat zwei wichtige Konsequenzen. Einerseits gibt es einen sehr großen Anteil des Welthandels, der sich nicht nach den Prinzipien perfekten Wettbewerbs vollzieht, sondern auf *Pseudomärkten* stattfindet, wo der Preis durch die strategischen Beziehungen zwischen komplementären Großunternehmen oder, wie im Fall des Austauschs innerhalb eines Unternehmens, durch die hierarchische Beziehung zwischen dem Hauptunternehmen und seinen Zweigunternehmen bestimmt wird. Andererseits hört der internationale Handel oft auf, eine Beziehung zwischen Ländern zu sein, die sich auf bestimmte Produkte spezialisieren, und wird zu einem Handel innerhalb von großen multinationalen Unternehmen der kapitalistischen Zentren. Die Theorie komparativer Vorteile gilt nicht mehr, wenn es nicht mehr die Waren sind, die zirkulieren, sondern das Kapital (Ruffolo 2008): Das Wachstum der Direktinvestitionen großer multinationaler Unternehmen stellt sicher,

dass ein größerer Teil des Exports peripherer Länder in die Zentren nichts anderes darstellt als eine Phase des Produktionsprozesses der Unternehmen dieser Zentren selbst.

4. Von der Kritik des Marktes zur Kritik des Kapitalismus

Wie wir sahen, stellt der Markt nicht den wesentlichen Mechanismus der Koordination in der kapitalistischen Wirtschaft dar. Der »traditionelle« Markt kann nur auf kleine und mittlere Unternehmen angewandt werden, und auch dies nur auf jenen Teil, auf dem traditionelle Massengüter gehandelt werden, und auf den Kleinhandel. Die Beziehungen zwischen den Großunternehmen und die Ressourcenverteilung auf den Finanz»märkten« werden durch Pseudomärkte innerhalb der Großunternehmen, zerstörerischen Wettbewerb, durch nachahmendes und uniformes Verhalten reguliert. Diese Eigenschaften einer kapitalistischen Gesellschaft werden durch zumindest drei wichtige Theorien anerkannt: die Theorien des *Marktversagens*, der *sozialen Einbettung des Marktes* und des *Markts als einer Metamorphose des Kapitals*. Alle diese Theorien fragen unter anderem danach, ob es möglich und hilfreich ist, Marktmechanismen wiederherzustellen, oder ob sie durch andere Koordinationsmechanismen ersetzt werden sollen.

Marktversagen

Die neoklassische allgemeine Gleichgewichtstheorie erkennt seit einiger Zeit die Differenz zwischen Modell und Realität an. Aber sie besteht darauf, dass diese Dissonanz nicht dadurch bedingt ist, dass das theoretische Modell nicht adäquat ist, sondern dass die Wirklichkeit nicht hinreichend nach den Modellvorgaben geformt sei: Wenn es keinen perfekten Wettbewerb gibt, wenn der Preis nicht länger der rationale Indikator für den gesellschaftlichen Nutzen eines Gutes ist, dann liegt dies daran, dass es reale Phänomene gibt, die den freien Markt behindern und folglich beseitigt werden müssen und auch beseitigt werden können. Die Theorie des *Marktversagens* (Cassidy 2009; Palermo 2011) geht

davon aus, dass alle Hindernisse gegenüber dem freien Wettbewerb dadurch entstehen, dass der Markt selbst sie nicht beseitigen kann und sie deshalb durch das Handeln öffentlicher Institutionen eliminiert werden müssen: Der Staat könne und müsse nur in solchen Fällen intervenieren und auch dies nur mit dem Zweck, den Gesetzen des Marktes Geltung zu verschaffen. Es muss betont werden, dass es genau dieser »theoretische Raum« ist, in dem die Ideologie der liberalen Linken beheimatet ist.⁷ Für sie ist die Markttrationalität ein unbestreitbares Prinzip, und die Politik hat die Aufgabe, die optimale Funktionsweise der Märkte zu sichern. Wenn wir aber auch nur einige der Fälle von Marktversagen näher betrachten wie die Existenz von Informationsasymmetrien oder die Rolle von Monopolen und Oligopolen, dann wird klar, dass diese nicht einfach durch eine indirekte staatliche Intervention beseitigt werden können. Zudem widersprechen sie dauerhaft jenen Annahmen, die dem Modell des perfekten Wettbewerbs zugrunde liegen. Vor allem das Auftreten von Monopolen und Oligopolen ist kein Zufall, sondern resultiert aus der Logik der *Skaleneffekte*, infolge derer in vielen Bereichen der Wirtschaft die Effizienz mit der Betriebsgröße steigt. Außerdem muss beachtet werden, welchen enormen Einfluss Großunternehmen auf die politischen Apparate haben, die deshalb die Macht solcher Unternehmen nur in sehr eingeschränktem Maße begrenzen können. Darüber hinaus gilt: Selbst wenn eine indirekte staatliche Intervention die Voraussetzungen des Wettbewerbs scheinbar wiederherstellt, ist sie darauf beschränkt, die formalen Bedingungen zu schaffen, die den Erwerb eines Oligopols durch ein anderes ermöglichen. Das bedeutet, ein Mechanismus, den man Markt nennen könnte, funktioniert nur in dem Augenblick, in dem eine Firma übernommen wird, und auch nur als politisch-ökonomischer Kampf zwischen dem Oligopol und seinen möglichen Käufern. Sobald die Firma aufgekauft ist, entsteht eine neue oligopolistische Situation *gegen den Markt*.

⁷ Der Begriff der liberalen Linken bezieht sich auf Positionen, wie sie u.a. von Tony Blair, Gerhard Schröder oder Romano Prodi vertreten wurden (Anm. d. Übers.).

Gesellschaftliche Einbettung des Marktes

Aber selbst wenn wir annehmen würden, dass die Möglichkeit bestünde, den perfekten Wettbewerb durchzusetzen, so besteht der eigentliche Fehler der neoklassischen Theorie darin, davon auszugehen, dass die Marktmechanismen rein ökonomisch und unabhängig von allen politischen und sozialen Verhältnissen seien. Dabei ist in den letzten Jahrzehnten gezeigt worden, dass auch der einfachste Akt des Austauschs auf komplexen sozialen, kulturellen und symbolischen Beziehungen basiert, deren Beseitigung das Wirken der Märkte unmöglich machen würde (Hann/Hart 2011; Orléan 2003; Polanyi 1978; Polanyi 1979). Neben der Theorie des Marktversagens gibt es eine Theorie der *gesellschaftlichen Einbettung des Marktes*, nach der der Markt bei der Koordination der gesellschaftlichen Produktion eine Rolle spielen kann, aber niemals alleine.

Die radikalsten Versionen dieser Theorie wurden wahrscheinlich durch das Werk von Karl Polanyi inspiriert. Seiner Auffassung nach basiert eine Gesellschaft und damit auch der Markt auf drei fundamentalen Faktoren, die keine Waren darstellen, da sie nicht für den Austausch produziert werden: Arbeitskraft, Boden und Geld. Indem der »sich selbst regulierende Markt« diese drei Faktoren künstlich in Waren verwandelt, zerstört er die Gesellschaft und sich selbst (Polanyi 1978). Polanyis Lösung, die sozialistischen Positionen nahekommmt, besteht darin, die Warenform der Arbeitskraft, des Bodens und des Geldes zu beseitigen und den kommerziellen Austausch nur als einen von mehreren Wegen zu betrachten, durch die gesellschaftliche Beziehungen aufgebaut werden.

Diese Theorie ist direkt oder indirekt mit vielen Theorien der Commons verbunden, die heute die am meisten verbreitete ideologische Basis der radikalen Linken darstellen. Diesen Theorien zufolge hängt das Funktionieren einer Gesellschaft von den diversen und vielfältigen *Common Goods* (den gemeinschaftlichen Gütern) ab – bereitgestellt durch die Natur (die natürliche Umwelt) oder durch die Gesellschaft geschaffen (Arbeitskraft und vor allem Wissen), Güter, die der Kapitalismus in Waren zu verwandeln sucht und die demgegenüber die Gesellschaft verteidigt.

gen und erhalten muss. Insofern und insoweit der Markt die gemeinschaftlichen Güter nicht in Waren verwandelt, könne der Markt weiter als ein effizientes ökonomisches Instrument wirken, auch wenn lokale, räumlich begrenzte Märkte, die durch die Gesellschaft leichter kontrolliert werden können, gegenüber räumlich ausgedehnten und globalen Märkten, die eher durch das Kapital kontrolliert werden können, präferiert werden sollten. Eine gemäßigte Version dieser Theorien beschränkt sich darauf, die Rolle nichtkommerzieller sozialer Beziehungen (vor allem Netzwerke zwischen Unternehmen, die auf der gemeinsamen Nutzung von Wissen basieren) als einen Produktionsfaktor zu betrachten, der direkt in die kapitalistischen Wirtschaftsaktivitäten integriert werden muss, um sie in Übereinstimmung mit der wachsenden Bedeutung der Wissenschaft in der Produktion zu bringen (Grandinetti/Rullani 1996).

Die Theorie der gesellschaftlichen Integration der Märkte stellt zweifelsohne einen Schritt vorwärts bei Verständnis und Kritik der »Marktgesellschaft« dar: Im Unterschied zur Theorie des Marktversagens hilft sie uns zu verstehen, dass der Markt niemals als bloßer Wirtschaftsmechanismus funktionieren kann und nur dann in der Lage ist, eine positive verbindende Rolle zu spielen, wenn er wieder unter die Kontrolle der Gesellschaft gebracht wurde. Aber diese Theorie leidet unter zumindest zwei Einschränkungen: Einerseits tendiert sie dazu, den Kapitalismus nur als eine Form von Markt (und damit der Zirkulation von Waren) und nicht als eine Form der Produktion zu betrachten; andererseits scheint sie manchmal zu glauben, dass – vorausgesetzt, die Märkte sind in die Gesellschaft reintegriert – das Gesetz von Angebot und Nachfrage auf jene Weise funktionieren würde, wie es die neoklassische Schule erwartet (Godelier 1973).

Der Markt als Metamorphose des Kapitals

Anders als die Theorien vom Marktversagen und im Unterschied zu vielen Theorien der gesellschaftlichen Einbettung des Markts identifiziert Karl Marx' Ansatz den Kapitalismus nicht mit dem Markt, d.h. mit der Zirkulation von Waren, sondern betrachtet ihn als eine bestimmte Form sozialer Verhältnisse in der *Produkt-*

tion (Marx 1890; Marx 1983). Die wichtigsten Implikationen dieser theoretischen Position sind die beiden folgenden:

1) Die umfassende Entwicklung der Warenzirkulation setzt die vollständige Entwicklung der kapitalistischen Produktion voraus, da nur auf der Basis der kapitalistischen Produktion alle Produkte der Arbeit in Waren verwandelt werden. Wie Marx klarmachte, ist es nicht die Zirkulation der Waren, die den Kapitalismus hervorbringt, sondern es ist der Kapitalismus, der die Warenform verallgemeinert. Und tatsächlich verschwindet die Sphäre selbständiger Produktion nur, wenn alle Arbeit in Lohnarbeit verwandelt ist (d.h. in Arbeit für andere, in Arbeit im Dienste des Kapitals wurde). Nur dann ist der Zugang zu den Existenzbedingungen nur noch vermittelt über Märkte möglich.⁸ Die Warenzirkulation stellt keinen einfachen Austauschprozess dar, sondern ist jener Ort, wo die Verwandlung der Waren in Wert, d.h. in Geld, erfolgt. In der Warenzirkulation entfaltet sich der Widerspruch zwischen der *substanziellen Abhängigkeit* aller einzelnen Arbeiterinnen und Arbeiter voneinander (dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit) und der *formellen Unabhängigkeit* der Arbeiterinnen und Arbeiter (dem privaten Charakter der Arbeit). So wie jede private Arbeit nicht unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist, sondern sich erst als solche *erweisen* muss, so drückt auch jede Ware als Produkt privater Arbeit nicht unmittelbar in sich selbst ihren Wert aus, sondern kann dies nur, wenn sie dies *in etwas anderem*, im *Geld*, tut, in das sie sich verwandeln muss, um ihre gesellschaftliche Nützlichkeit zu beweisen. Dies hat zwei wesentliche Konsequenzen: a) Die Trennung zwi-

⁸ Es sei angemerkt, dass auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern nur ein Teil der Arbeit in Lohnarbeit verwandelt wird, wie im Weiteren deutlich wird. Ein anderer Teil wird als Reproduktionsarbeit in Haushalten geleistet (Jochimsen 2003; Madörin 2006; Chorus 2012; Winker 2015) oder als ehrenamtliche Arbeit bzw. in Peer-to-Peer-Netzwerken. Hinzu kommen viele Formen von Arbeit, die modernisierte Formen von Sklaverei oder Leibeigenschaft darstellen (Zeuske 2013, 654ff.). Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit stellen eine widersprüchliche und sich gemeinsam entwickelnde Einheit dar (Anm. d. Übers.).

schen Waren und Geld bedeutet, dass die Verwandlung von Waren in Geld erfolgen kann oder aber auch nicht. Die Sphäre der Zirkulation enthält also unmittelbar die formelle Möglichkeit einer Krise, wenn Waren in großer Menge nicht mehr abgesetzt werden können. b) Wenn es nur Geld ist, das unmittelbar den Wert repräsentiert, dann ist es auch nur Geld, das unmittelbar gegen jede andere Ware ausgetauscht werden kann. Und deshalb ist Geld – und es ist kein Zufall, dass die neoklassische Wirtschaftslehre das Geld völlig aus ihrem Modell vom allgemeinen Gleichgewicht ausklammert – nicht einfach nur ein Austauschmittel, sondern *wird zum wichtigsten Ziel der Produktion*, da es der allgemeine Repräsentant der gesellschaftlichen Arbeit und die allgemeine Form von Reichtum im Kapitalismus ist.

2) Die Zirkulation der Waren bildet zudem nicht nur die Sphäre der Metamorphose der Waren, sondern auch die Sphäre der Metamorphose des Kapitals. In der Zirkulation der Waren wird das Kapital in Geldkapital transformiert, es realisiert den erzeugten Mehrwert und beginnt den Produktionszyklus von neuem auf stets erweiterter Stufenleiter. Insofern es sich um die Metamorphose des Kapitals handelt, ist die wichtigste Funktion der Warenzirkulation, d.h. des Marktes, nicht die rationale Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen, sondern die Realisierung einer *Geldmenge, die größer ist als jene, die vorgeschossen wurde*, und sei es auf Kosten der rationalen Verteilung der Ressourcen. Alle Widersprüche der kapitalistischen Produktion (der Fall der Profitrate, die Überproduktion, die Unterkonsumtion) wirken sich somit auf die Zirkulationssphäre aus und erzeugen das Marktungleichgewicht. Die Schwierigkeiten der Zirkulation und vor allem die Krisen, die sich in der Zirkulation zeigen, sind folglich kein Resultat des Marktversagens (das es auch gibt) oder einer unzureichenden Einbettung des Markts in gesellschaftliche Verhältnisse, sondern ergeben sich aus dessen Einbettung in spezifisch *kapitalistische* Verhältnisse und durch das »normale« Wirken der kapitalistischen Akkumulation. Man kann diese Schwierigkeiten nicht dadurch überwinden, dass man die Konkurrenz perfektioniert, sondern nur dadurch, dass man die Dynamik des Kapitals und jener Verhältnisse verändert, die es hervorbringen. Es reicht

nicht aus, die Märkte zurück unter die Kontrolle der Gesellschaft zu bringen, wenn die Gesellschaft weiter auf kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnissen und vor allem auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und auf Lohnarbeit basiert.

Rekonstruktion des Marktes?

Wie wir gesehen haben, gelten auch dann, wenn die heutigen Gesellschaften als »Marktgesellschaften« angesehen werden, die Prinzipien perfekter Märkte in Wirklichkeit gar nicht – zum einen, weil perfekte Märkte sowieso unmöglich sind, und zum anderen, weil der Markt wie die Warenzirkulation Gegenstand der Dynamiken des Kapitalismus und damit der Unvermeidbarkeit von Monopolen, Oligopolen und Krisen sind. Man könnte nun annehmen, dass, sobald die kapitalistische Produktionsweise überwunden und ihre Tendenzen zum Ungleichgewicht beseitigt sind, eine neue Form des Marktes zum *wichtigsten Mittel* der Koordination der Produktion werden könnte. Diese Idee ist weniger absurd, als es scheint. Selbst der Begründer der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts, Léon Walras, ging davon aus, dass sein theoretisches Modell mit vielen Unternehmen oder auch nur mit einem einzigen Unternehmer (zum Beispiel dem Planungsministerium) funktionieren könne, solange nur der einzelne Unternehmer in der Lage wäre, seine eigene Aktivität ausgehend von einer Vorhersage über die Nachfrage- und Angebotsbewegungen auf der Basis einer Entsprechung zwischen Kostpreisen und Verkaufspreisen zu vollziehen (Walras 1874). Führende Theoretiker der sozialistischen Planung dachten jedoch, dass sie das Problem der Effizienz sozialistischer Systeme durch ein Modell lösen könnten, das dem der neoklassischen Wirtschaftslehre analog ist (Lange/Tyler 1964). Das allgemeine Gleichgewichtsmodell zieht aber nur die *physischen* Verhältnisse zwischen Ressourcen und produzierten Gütern in Betracht und nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Produzenten und die Existenz von Geld (was seinerseits das Resultat eines speziellen gesellschaftlichen Verhältnisses ist). Diese Idee spiegelte sich in einer besonderen Orientierung der sowjetischen Kultur wider, die annahm, dass in dem Augenblick, in dem die kapitalistischen

gesellschaftlichen Verhältnisse beseitigt sind und Geld zu einem reinen Instrument der Kalkulation geworden ist, die Frage der gesellschaftlichen Produktion zu einem ausschließlich *technischen* Problem würde: der Suche nach einem Gleichgewicht zwischen den Gütern, die von der Gesellschaft gebraucht werden, und jenen, die das kollektivistische System bereitstellt (Boffito 1979). Dies stellt sicherlich einen der (vielen) Gründe dar, die zum Zusammenbruch der sowjetischen Planwirtschaft führten – nämlich der Umstand, dass nicht begriffen wurde, dass sich auch im Sozialismus hinter den quantitativen Verhältnissen zwischen den Gütern die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen verschiedenen Subjekten des Systems (sozialistische, genossenschaftliche oder private Unternehmen, Arbeiterinnen und Arbeiter, Gewerkschaften, Staats- und Parteiapparate ...) verstecken. Deshalb muss die rationale Verteilung der Ressourcen nicht nur die Quantitäten und Qualitäten der Produktionsfaktoren und der Produkte in Betracht ziehen, sondern auch die verschiedenen Strategien der unterschiedlichen gesellschaftlichen Subjekte.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine sozialistische Wirtschaft der Planung nicht solche Kriterien zugrundelegen kann, die denen des Marktes gleich sind, noch kann sie sich einreden, dass es darauf ankommt, den »wahren« Markt zwischen den großen industriellen Gruppen herzustellen. Sie hat vor allem die Produktion und die Nutzung der wichtigsten Ressourcen zu planen, muss den harten verborgenen politischen Konflikt zwischen den Oligopolen in ein transparentes politisch-ökonomisches Verhältnis verwandeln, ihn zum Gegenstand öffentlicher Diskussion machen und dann die Formen traditioneller Märkte nur in jenen Sektoren rekonstruieren, wo es die funktionalen Aufgaben notwendig und möglich machen, ohne dass es zu einer Restauration des Kapitalismus kommt.

5. Die Netze

Viele Forscher betrachten das Netz als einen Mechanismus der Koordination gesellschaftlicher Arbeit, der sich gleichermaßen von der typischen Hierarchie einer traditionellen Fabrik (aber auch von der »großen Fabrik«, die der Staatssozialismus darstellte) und vom einfachen Markt (Grandinetti/Rullani 1996; Callieri 1998; Grazzini 2008) unterscheidet. Entsprechend diesen Theorien entwickeln sich im Internet Verhältnisse, die vor allem auf freier und freiwilliger Kooperation basieren (im Unterschied zur erzwungenen und »mechanischen« Kooperation in der traditionellen Fabrik). Sie würden auf Teilhabe, Vertrauen und Reziprozität beruhen (im Unterschied zu der nur gelegentlichen und rein utilitaristischen Natur des Warenaustauschs). Das anhaltende Wachstum des Netzes verdankt sich zwei miteinander verbundenen Prozessen. Zum einen findet eine *Transformation des Unternehmens* statt, das sich, sei es – um auf die Instabilität und Variabilität des Marktes zu reagieren oder um das beste wissenschaftliche Wissen hervorzubringen und zu nutzen – eine flexible Struktur geben muss und sich folglich in ein *Netzwerkunternehmen* transformiert. Dieses Unternehmen funktioniert dann als Netzwerkkoordination verschiedener autonomer Unternehmen. Zum anderen findet eine intensive Entwicklung von Informationstechnologien statt, die, indem sie das Potenzial der *freien Kommunikation*, wie es für das Internet charakteristisch ist, bis aufs Äußerste entfaltet, es dem Internet erlaubt, in alle gesellschaftlichen Sphären einzudringen (Produktion, Konsumtion, wissenschaftliche Forschung, Unterhaltung, Politik). Folgt man den Apologeten des Netzes, dann wird das Netz so zum *wichtigsten Mittel gesellschaftlicher Verbindung*. Und da es auf einem Gut basiert, das allen zugänglich ist (Information), tendiere es dazu, horizontale gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die gemeinsam geteilt werden und gerecht sind und aus denen heraus eine gesellschaftliche Ordnung geboren wird, die aus der Selbstorganisation des Netzes selbst entspringt (Formenti 2011). All dies wird oft als ein Prozess dargestellt, der gleichermaßen die Ordnung überwindet, wie sie durch den Staat bzw. wie sie durch

den Markt produziert wird (und dies ist einer der Gründe, warum die Ideologie des Netzes manche der radikalen Linken verführt): In Wirklichkeit ist aber die Vorstellung eines selbstorganisierten Gleichgewichts, das aus dem freien Spiel einer Myriade von individuellen Komponenten erwächst, dem Geist der neoklassischen Wirtschaftslehre viel näher als einer Idee politischer Governance einer Gesellschaft, die das bewusste und organisierte Handeln sozialer und politischer Gruppen verlangt.

Wissenschaft und Netzwerk

Die Produktion und die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse sind nicht völlig kompatibel mit dem Marktmechanismus. Die wissenschaftliche Produktion ist tatsächlich auf freie Kooperation und Gleichgültigkeit gegenüber dem unmittelbaren Nutzen von Erkenntnissen angewiesen. Zudem kann die Anwendung von Wissen nicht als einfache Nutzung eines Produkts, das auf dem Markt erworben wird, erscheinen. Dem »Produkt Wissen« fehlt eine wesentliche Eigenschaft, über das ein Produkt verfügen muss, um in sachlicher Gestalt ausgetauscht zu werden – es müsste über eine *genau definierte Qualität verfügen, die alle kennen*. In den meisten Fällen kann die Qualität des »Produkts Wissen« nur ausgehend von einer *konstanten Beziehung zwischen dem Produzenten und dem Nutzer* bestimmt werden (durch die Ausarbeitung von Projekten, durch die Prüfung, Modifikation und das Erlernen von Möglichkeiten, das Produkt zu nutzen): Dieses Produkt ist insofern in gewisser Hinsicht eine soziale Konstruktion, die von kommunikativer Interaktion und wechselseitigem Vertrauen zwischen den Partnern abhängt. Der endgültige Preis des Produkts ist in diesem Falle das Resultat eines gesellschaftlichen Verhältnisses und kann nicht im Warenaustausch bestimmt werden.

Es kann nicht geleugnet werden, dass sich Unternehmen oft externen Netzen zuwenden, um Wissen zu erlangen und mit ihm zu experimentieren. Dies geschieht, weil wissenschaftliche Erkenntnisse keine vorherbestimmbare Ressource wie Rohstoffe und Energie sind. Deshalb sind die Resultate groß angelegter geplanter Forschung wie die sektoraler Experimente gleichermaßen

unsicher: Es kann deshalb für ein Unternehmen bequemer sein, einen Teil des Prozesses der Wissensproduktion auszugliedern, um nicht die gesamte produktive Struktur dem Risiko der Unsicherheit auszusetzen (Cassidy 2009). Das führt zu einer Tendenz, sich auf kleine externe Unternehmen zu verlassen, Gruppen eigener *Wissensarbeiterinnen und Wissensarbeiter* anzuregen, autonome (Spin-off-)Unternehmen zu gründen und auch Wissen zu nutzen, das spontan in den globalen Kommunikationsnetzen erzeugt wurde; vor allem aber, wie wir sehen werden, die staatlich geförderte wissenschaftliche Forschung auszubeuten.

Die Auswirkungen der wachsenden Rolle der Wissenschaft in der Produktion schwächen sicherlich die Ideologie des Profits und des Marktes. Sie lassen eine Planung dieses strategischen Sektors gesellschaftlicher Arbeit auf sozialistische Weise vernünftig und legitim erscheinen und verlangen zugleich, dass die Planung Management-Tools nutzt, die nicht rein etatistisch und hierarchisch sind. Aber weder die relative Unabhängigkeit der Wissenschaft vom Markt noch die relative Unabhängigkeit der Wissensproduzentinnen und -produzenten von den Konzernen kann zu einer Ausbreitung von Formen der Kooperation führen, die aus sich heraus in der Lage sind, den Kapitalismus zu überwinden (wie dies der radikale Flügel der *Internetkultur* gerne annehmen möchte) oder in die Schaffung eines neuen systemischen Gleichgewichts zu münden (wie die Theoretiker des *Internetkapitalismus* zu unterstellen neigen).

Wenn das Netz wirklich das neue universelle *Medium* und die neue Basis des Gleichgewichts wäre, dann müssten wir zumindest drei Grundtendenzen beobachten können: Wissensarbeit würde immer unabhängiger vom Kapital werden; die Produktion würde in einer immer demokratischeren und dezentraleren Weise organisiert werden; und Gesellschaft und Wirtschaft würden zu einem größeren Gleichgewicht neigen. Stattdessen beobachten wir zwei genau entgegengesetzte Prozesse: Der größere Teil der Wissensarbeiterinnen und -arbeiter (wie wir deutlicher im nächsten Abschnitt sehen werden) ist einer wachsenden Dequalifizierung und gestiegenen Abhängigkeit von den Strategien der Großkonzerne ausgesetzt; die Konzentration des Kapitals ist nicht zurückgegan-

gen, sondern hat zugenommen; die Ausweitung des Netzes beseitigt die Grundgesetze des Kapitalismus und seine Tendenz hin zum Ungleichgewicht nicht, und dieser ist deshalb außerstande, der *Krise* vorzubeugen oder sinnvolle Lösungen für sie zu entwickeln. Und all dies verdankt sich gleichermaßen der Fähigkeit des Kapitalismus, das Netz zu »erobern« und es in sein eigenes Instrument zu verwandeln, sowie dem Umstand, dass das *Funktionieren des Netzes selbst*, mit oder ohne Kapitalismus, Ungleichgewichte und *neue Hierarchien* erzeugt.

Die Hierarchie der Netzwerke von Unternehmen

Der »interne« Markt ist, wie wir gesehen haben, einerseits ein besonderes Verhältnis, das auf einem spezifischen Preissystem basiert, das zwischen dem Finanzholding und jenen Unternehmen errichtet wird, die durch die Holding direkt oder indirekt besessen werden. Das Netzwerk von Unternehmen ist andererseits ein Verhältnis zwischen Akteuren, die *formell autonom* sind, und bei dem paradoxerweise *die Unterordnung der kleineren Unternehmen gerade aufgrund ihrer formellen Autonomie erreicht wird*. Die Autonomie der kleinen Unternehmen bedingt, dass der Großkonzern nicht direkt eigenes Kapital in sie investiert und folglich auch nicht direkt die Kosten und Risiken der Produktion in diesen Unternehmen übernimmt (Chesnais 1994). Das bedeutet, dass das kleine Unternehmen selbst dann, wenn es vom technischen Standpunkt weitgehend unabhängig vom Großkonzern ist, also über besonderes Spezialwissen verfügt, trotzdem unter der finanziellen Abhängigkeit leidet, die es dazu zwingt, die Produktionsziele zu akzeptieren, die das Großunternehmen setzt. Selbst im Falle einer hochqualifizierten wissenschaftlichen Produktion erfordert die Aktivität des kleineren Unternehmens die Nutzung von Patenten, die Eigentum des Großkonzerns sind, der deshalb keine strategische industrielle Autonomie gewährt. Die Abhängigkeit ist noch größer, wenn das kleinere Unternehmen darauf reduziert wird, in geringerem Umfang das zu produzieren, was es vorher als Teil des Großunternehmens erzeugt hat. Und wenn die Autonomie kleiner Unternehmen gegenüber Großkonzernen sich darauf beschränkt, die *Art und Weise* zu wählen, mit

der sie die vorgegebenen Ziele erreichen, so verschwindet diese Freiheit völlig, wenn das kleinere Unternehmen auch keine technische Autonomie besetzt: In diesem Falle bestimmt der Großkonzern auch die *Arbeitsweise* der kleineren Firma, die Ansiedlung der Produktion, die Organisation der Arbeit im Betrieb. Dies zeigte sich am Beispiel der schwierigen Erfahrungen, die kleine Familienfirmen gemacht haben, aus denen das Netzwerk von Unternehmen der italienischen Holding Benetton besteht. Dabei wurde Benetton lange als ein besonders positives Modell angesehen (Perazza 2001). Bis auf seltene Fälle sind die Netzwerke von Unternehmen in Wirklichkeit nichts anderes als eine neue Form der Herrschaft der Oligopole über die gesellschaftliche Produktion. Und diese Herrschaft hängt von dem Umstand ab, dass auch dort, wo die Produktion hochtechnologisch ist und die kleinere Firma über eine relative technologische Autonomie verfügt, die Vorherrschaft des Großkonzerns gerade und vor allem im Feld der Hochtechnologien durch die fortdauernde Bedeutung der *Firmengröße* gesichert wird (Romano/Lucarelli 2012). Die strukturelle Zentralität des Großkonzerns in der Hightech-Produktion zeigt sich darin, dass die technologische Innovation selbst, obwohl sie durch entsprechende kooperative Netzwerke von autonomen *Wissensarbeitern* generiert wird (den so genannten Peer-to-Peer-Netzen), in bestimmter Weise doch genau durch den Großkonzern ausgeführt wird, da er das Eigentum an den Resultaten der *Peer-to-Peer-Forschung* behält, und er es ist und nicht die autonomen Wissensarbeiterinnen und Wissensarbeiter, der über die finanziellen und organisatorischen Mittel der Sozialisierung dieser Resultate über den ganzen Produktionsprozess hinweg verfügt (Bauwens 2003; Bauwens 2005).

Die oligopolistische Ordnung des Internets

Das klarste Zeichen für die Unterordnung der Netzwerke unter die Kapitalverwertung ist der Umstand, dass wir heute ausgerechnet in den *Unternehmen im Bereich der Informationstechnologien* wie in vielen anderen Bereichen der Hochtechnologien, also gerade dort, wo die herausragende Bedeutung von Wissen und Kommunikation zur größten Dezentralisierung führen müsste,

das höchste Maß an Konzentration des Kapitals sehen und oft auch (wie Google und Microsoft zeigen) sogar das höchste Maß an Zentralisation (Formenti 2011; Chesnais 1994; Grazzini 2008; Cassidy 2009). Hier wirken die Tendenzen zur Konzentration von mindestens drei Seiten her. Erstens vom Standpunkt der *Produktionskosten*: Die sehr hohen Kosten für Forschung und Entwicklung befördern die Bildung großer und sehr großer Unternehmen. Zweitens vom Standpunkt des *Wettbewerbs*: Die Bedeutung von Patenten und des besonderen Wissens, das durch jede einzelne Firma entwickelt wird, verstärkt die Tendenz des gegenwärtigen Kapitalismus, Wettbewerb durch die direkte Übernahme eines potenziellen Wettbewerbers zu ersetzen. Drittens vom Standpunkt der *Stückzahlen* des Endprodukts: Die schnelle Überalterung von Produkten im Bereich der Informationstechnologien zwingt die Firmen, die Produktions- und Verkaufszeiten bis aufs Äußerste zu beschleunigen, um die hohen Anfangsinvestitionen zu amortisieren, bevor ein neues Modell das alte ersetzt. Nur große Produktionsfirmen können dieses Ziel erreichen. Die starke Konzentration (und oft auch Zentralisation) von Kapital in den führenden Sektoren des technologischen Kapitalismus ist deshalb kein Überbleibsel des »alten« Kapitalismus, sondern ergibt sich im hohen Maße aus der Verschränkung der Logik des Kapitalismus und der inneren Logik der Produktion von Gütern mit hohem Wissensgehalt.

Es muss zudem angemerkt werden, dass entgegen einer weit verbreiteten Meinung die Logik von Netzwerken *selbst*, auch ohne die Vorherrschaft des Kapitalismus, aus sich heraus, *spontane* Phänomene der Konzentration hervorbringt (Grazzini 2008; Barabási 2002). Selbst wenn man annimmt, dass in der Startphase alle Knoten eines Netzes die gleiche Zahl von Verknüpfungen haben, so gilt, dass in dem Augenblick, wo ein Knoten die Zahl seiner Verknüpfungen auch nur etwas erhöht und dafür sorgt, dass sich mehr Nutzer mit ihm verbinden, dies schon ausreicht, um die »Vernetzungsdichte« größerer Knoten überproportional zu erhöhen. Aus diesem und ähnlichen Gründen bestehen alle Netze aus wenigen großen *Hubs*, die über Millionen von Verknüpfungen verfügen. Sie sind von kleineren Knoten umgeben,

die ihrerseits Hunderte oder Dutzende Verknüpfungen haben. Wenn es wahr ist, dass Netze Ordnung durch spontane Selbstorganisation und nicht dank der Intervention einer externen Autorität hervorbringen, dann ist es aber genauso wahr, dass diese spontane Ordnung keine dezentrale und »demokratische«, sondern eine »oligopolistische« Ordnung ist.

Auch wenn man anerkennt, dass das Internet zur Grundform gesellschaftlicher Verbindung geworden ist oder wird, so besitzt diese Verbindung nicht jenen libertären und emanzipatorischen Charakter, der ihr oft zugeschrieben wird. Betrachtet man sie unter dem Gesichtspunkt der Wissensaktivität, so erzeugt sie stattdessen die Form eines selektiven und konformistischen Wissens, da der Nutzer dazu verführt wird, sich fast ausschließlich auf die am stärksten verlinkten Seiten zu beziehen und andere, die weniger besucht werden, auszuschließen. Und dies geschieht nicht auf der Basis einer Evaluation des effektiven Informationswerts, sondern durch die Nachahmung des Verhaltens anderer, ganz analog zu der Logik, die auch auf den Finanzmärkten wirkt.

Man kann auch nicht sagen, dass das Internet, wenn auch mit diesen Defekten, in irgendeiner Hinsicht eine *globale* und *universale* Verbindung darstellt, die trotzdem das enorme Ziel erreichen würde, die ganze Menschheit zu verbinden. Der nichtuniverselle Charakter des Internets ist nicht nur der *digitalen Spaltung* geschuldet, d.h. der Tatsache, dass Milliarden Menschen noch ausgeschlossen sind. Es ist durchaus anzunehmen, dass auch diese früher oder später in irgendeiner Weise »vernetzt« werden. Die Wahrheit ist vielmehr, dass aufgrund der Existenz von relativ geschlossenen Räumen, die keinen leichten Eintritt oder Austritt erlauben, die aktuelle Geographie des Internets nicht als *Kugel* erscheint, sondern als eine Summe von *Kontinenten*. Ein großer Kontinent wird durch die bekanntesten *Hubs* (Google, Facebook etc.) gebildet; dann gibt es weitere, weniger zugängliche Kontinente und einige fast unerreichbare Inseln (Barabási 2002). Neuere technologische und politische Transformationen haben zudem dazu geführt, dass auch die interne Kommunikation auf dem zentralen Kontinent erschwert wurde. Die neuen informationstechnologischen »Wunder« wie das iPad beziehen sich auf

Sprachen, die nicht mit denen des größeren Netzes identisch sind, und schaffen, nicht zuletzt aus kommerziellen Gründen, *ummauerte Gärten*, bewohnt von Nutzern, die relativ autonome »Völker« bilden (Formenti 2011), gut bewacht und geschützt. Noch wichtiger ist, dass die Konzessionen der Obama-Administration an die Großkonzerne dazu tendieren, die Netzneutralität zu zerstören, d.h. die Abwesenheit einer Kontrolle über den übermittelten Inhalt. Dies öffnet zusätzlich zu der schon vorhandenen generellen konformistischen Tendenz des Internets den Weg zu einer bewussten Auslese und Zensur.

Und schließlich müssen wir festhalten, dass die Ersetzung von kommerziellem Austausch und politischem Kommando durch persönliche Beziehungen, wie sie für das Internet typisch sind, nicht *aus sich heraus* notwendigerweise neue horizontale und demokratische Beziehungen schafft. In Wirklichkeit können persönliche Beziehungen hierarchisch sein; und diese Hierarchie entsteht im Bereich des Internets genau im Verhältnis zur Information. Die Information im Internet ist keineswegs an sich unmittelbar transparent und allen zugänglich (Boltanski/Chiapello 2003): Sie ist etwas, was durch die bewusste *Auslese* unter einer Unzahl von Rohdaten *erobert* werden muss. Wahre Information ist der Effekt eines Prozesses der Reduktion von Unsicherheit, die nur durch jene erreicht werden kann, die schon über ein solides Wissenskapital verfügen, während die anderen Gefangene eines Übermaßes von Daten sind, die nicht durchgearbeitet sind. Auch Information ist also in bestimmter Hinsicht ein knappes Gut, das heute zum Gegenstand einer monopolistischen Aneignung werden kann.

Die Inadäquatheiten des Internets

Kommunikation und das Internet sind folglich wichtige Prozesse einer nichtwarenförmigen gesellschaftlichen Verbindung, die aber ihrerseits nicht notwendigerweise eine demokratische Vergesellschaftung des Wissens und – da die Kontrolle über Wissen die Kontrolle über die Wirtschaft erlaubt – der Produktion darstellt. Für jene, die *schon* über ein autonomes Projekt von Forschung und sozialem Handeln verfügen, ist das Internet ohne

Zweifel ein enormer Fundus an Wissen und ein exzeptionelles Mittel der Herstellung von Beziehungen. Für soziale Gruppen, die sich *schon* in einem Verhältnis wirklicher Gleichheit befinden, ist das Internet sicherlich ein Mittel, um Verhältnisse aufzubauen, die in der Lage sind, gleichermaßen den wirtschaftlichen Utilitarismus und hierarchische politische Kommandostrukturen zu überwinden. In Situationen, in denen die Teilung der Arbeit und die Multiplizierung der Produktionseinheiten das Ergebnis von funktionalen Erfordernissen darstellen und nicht aus den Kontrollbestrebungen der Großkonzerne erwachsen, kann das Internet tatsächlich ein Instrument der Vergesellschaftung »von unten« sein. Unglücklicherweise aber schafft das Internet allein keine Subjekte, die zu autonomer Planung fähig wären; es etabliert keine Gleichheit zwischen sozialen Gruppen und Unternehmen und hebt die Gesetze des kapitalistischen Wettbewerbs nicht auf. Wenn das Internet sich mit dem Kapitalismus verbindet, dann *fügt* es zu jenen Machtdifferenzen, die der Kapitalismus hervorbringt, vielmehr noch jene *hinzu*, die das Internet selbst schafft. Genauso wie der Markt (oder besser: einige Aspekte des Marktes) zu einem sinnvollen Instrument der solidarischen Kooperation werden kann, vor allem dann, wenn er durch die autonome Aktivität gesellschaftlicher Planung eingesetzt wird, so kann das Internet vor allem dann zu einer dezentralen Demokratie und Vergesellschaftung von unten beitragen, wenn es das Instrument einer bewussten *politischen* Aktivität ist.

6. Die so genannte Rückkehr des Staates

Nach dem Ausbruch der großen Krise sprachen viele von der »Rückkehr des Staates« (Grewal 2010), als ob in den vorhergehenden Jahrzehnten der Markt und das Internet völlig den Staat ersetzt und ihrerseits die Koordination der wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten gesichert hätten. Die Idee des Verschwindens oder der Schwächung des Staates kann in Wirklichkeit nur auf der Basis eines sehr engen Staatsverständnisses gerechtfertigt werden, eines Verständnisses, das den Staat mit *öffentlichen* Institutionen

identifiziert, die auf dem Gebiet eines *nationalen Territoriums* und mittels *gesetzlichen Zwangs* agieren. Tatsächlich aber, wie auch die entwickelteren marxistischen Theorien zeigen (Gramsci 1991; Althusser 1977; Poulantzas 1978), ist der Staat eine viel komplexere Struktur. Er ist die Totalität der öffentlichen und privaten – einschließlich der zivilgesellschaftlichen – Assoziationen, die auf den nationalen, supranationalen und regionalen Ebenen agieren, um die geordnete Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse zu sichern. Sie tun dies durch die Aufstellung von Normen, die einen öffentlichen und mit Zwangsandrohung verbundenen Charakter oder aber einen privaten Charakter haben, als Vertragsbeziehungen, aber letztlich immer garantiert durch öffentliche Normen. In Perioden der wirtschaftlichen Entwicklung, wenn mehr Ressourcen zur Verfügung stehen und es weniger Notwendigkeiten gibt, auf Macht zurückzugreifen, um Konflikte zu lösen, scheinen die privaten und gesellschaftlichen Institutionen wie auch die extranationalen Räume und vertragsbasierten und konsensualen Normen zu überwiegen.

In Krisenperioden kehrt sich dies um. Das bedeutet aber nicht, dass der Staat abwesend war und nun zurückkehrt, denn die öffentliche, territoriale und mit dem Gewaltmonopol verbundene Dimension des Staates *war immer anwesend*. Sie wird gebraucht, um a) den Klassenkampf zu unterdrücken oder zu neutralisieren, b) den gesellschaftlichen Reichtum (verkörpert durch Steuern) so zu verwenden, dass er funktional für die Kapitalakkumulation ist, c) in konkreten Räumen Infrastruktur und öffentliche Güter (vor allem Wissenschaft) bereitzustellen, die für die Entwicklung des Kapitals notwendig sind, d) das öffentliche Geldsystem zu managen und das private Geld zu garantieren, und e) innerhalb von geopolitischen Konflikten zu agieren, um jene Konzerne zu schützen, deren Entscheidungszentren innerhalb des Staatsgebiets liegen.

Kein Staat, kein Liberalismus

Die Tatsache, dass der Staat auch in der Phase von Globalisierung und Triumph der liberalen Ideologie eine wichtige Rolle gespielt hat, zeigt sich an mindestens drei Beispielen:

- 1) Die Öffnung der Binnenmärkte und die Schaffung eines »globalen« Marktes waren das Resultat einer Serie von politischen Entscheidungen, oft begleitet durch *militärische* Operationen. Das Maß der Öffnung der Märkte und der Abhängigkeit von den globalen Finanzmärkten war weitgehend proportional zu den *Machtunterschieden* verschiedener Staaten.
- 2) Ungeachtet des Rückzugs des Wohlfahrtsstaats haben die sozialen Netze, wie sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgebaut worden waren, eine Anpassung an die Globalisierung ermöglicht, die nicht übermäßig traumatisch war. Sie haben, zumindest bis zum Ausbruch der großen Krise, einen Massenkonsens im Hinblick auf das westliche kapitalistische System garantiert. Und als dieses System Risse bekam, wurde es Aufgabe des repressiven Staatsapparats, die Ordnung zu sichern, wobei er abwechselnd auf die Anwendung von Gewalt und die Nutzung verfeinerter Kontrolltechnologien zurückgreifen konnte.
- 3) Die Akkumulation von wissenschaftlichem und technologischem Wissen, die es dem Kapitalismus erlaubt hat, neue Sektoren zu finden, in denen wieder Profite geschöpft werden können, um so der Tendenz des Falls der Profitrate zu begegnen, war in hohem Maße das Resultat öffentlicher Investitionen und von Forschungsaktivitäten, die staatlich koordiniert und geplant wurden. Es sei noch einmal betont, dass es das Wesen wissenschaftlicher Forschung unmöglich macht, sie rein durch private Konzerne zu managen. Letztere sind vor allem an *angewandter* Forschung interessiert (und realisieren diese oft dank öffentlicher Subventionen). Das bedeutet aber, dass jene Forschung, die wirklich *neue* Produkte und Produktionsweisen schafft und bei dieser Grundlagenforschung auch Risiken eingeht, fast ganz vom Staat übernommen wird. Dies ist nicht einfach ein Problem von Marktversagen, und der Staat beschränkt seine Rolle in diesem Falle auch nicht darauf, die Bedingungen für andere, d.h. für die privaten Unternehmen, zu schaffen, damit diese ihre innovative und dynamische Funktion ausüben können. Hier ist es *der Staat selbst, der zum »Schumpeterschen« Unternehmer wird*. Er nimmt direkt das Risiko

von Innovation und Schaffung neuer Entwicklungspfade auf sich (Mazzucato 2013). Kapitalismus hat folglich nur selten in die Produktion der strategischen gesellschaftlichen Ressourcen von wissenschaftlicher Grundlagenforschung eingegriffen. Er hat sich auf die entgeltfreie Aneignung der Resultate der Forschung beschränkt, auf die oligopolistische Ausbeutung der Patente angewandter Forschung und gleichzeitig auf die Reduktion des eigenen steuerlichen Beitrags dafür und damit der öffentlichen Ressourcen, die notwendig sind, Wissenschaft zu entwickeln.

Die große Krise und die Vergesellschaftung des Geldes

Selbst also in der Epoche des triumphierenden Liberalismus und der Ideologie vom »Ende des Staates« hat der Staat eine sehr wichtige Rolle gespielt. Aber die große Krise hat seine Bedeutung noch einmal erhöht und gezeigt, dass nur der Staat dem Kapitalismus helfen kann, die »Verluste zu sozialisieren«, das heißt, die Arbeiterinnen und Arbeiter zu zwingen, die Kosten der Krise zu übernehmen. Und nur der Staat kann das »fundamentale Medium« der kapitalistischen Gesellschaft, das *Geld*, managen.

Wenn wirtschaftliche Aktivitäten ohne Hindernisse ablaufen, dann scheint Geld kein Problem zu sein: Es erscheint dann nur als ein technisches Instrument, das die Zirkulation von Waren und Kapital »schmiert«. Die Produzenten und Konsumenten kommen leicht an Bankkredite, und die Finanzmittel, die von privaten Akteuren geschaffen werden, werden wirklich wie Geld behandelt. Aber wenn es zur Krise kommt, dann wird die Grundfunktion von Geld aufgedeckt (Théret 2007): Geld ist kein schlichtes Instrument, sondern Ausdruck eines partikularen gesellschaftlichen Verhältnisses des Kapitalismus, d.h. der *wechselseitigen Unabhängigkeit* der Produzenten, für die der Besitz von Geld, und Geld hierbei verstanden als gesellschaftlich anerkanntes Tauschmittel, der einzige Weg ist, Verhältnisse zu anderen Akteuren herzustellen. Die gegenwärtige Krise kann unter ihrem finanziellen Aspekt auch als Krise des *privaten Geldes* beschrieben werden, eine Krise, in der das *öffentliche Geld* als die »Stütze« des Austauschsystems zurückkehrt. Das Finanzsystem,

das 2007 in die Krise geriet, war in Wirklichkeit eine gigantische Fabrik privaten Geldes. Der Monetarismus präsentierte sich als Theorie, die darauf aus war, die Bereitstellung von öffentlichem Geld zu begrenzen. Es wurde als die eigentliche Ursache von Inflation und damit der Entwertung von Finanzkapital angesehen. Tatsächlich aber hat der Monetarismus, abgesehen davon, dass er eine expansive Geldpolitik wie im Falle der US-Notenbank Fed unter Alan Greenspan nicht wirklich behindert hat, eine Ausweitung der Masse des privaten Geldes erlaubt (Securities, Junk-Bonds, die Finanzialisierung aller Arten von Schulden usw.), die zu einer ungeheuren Aufblähung der Finanztitel führte. Der eigentliche Grund für diese Explosion von Finanztiteln ist nicht einfach ein Übermaß an *Deregulierung* oder die Gier der Spekulanten. Er ist eher darin zu suchen, dass kein Einzelkapital heute *allein* die wachsenden Kosten für Forschung, Produktion und Vermarktung immer neuer Produkte tragen kann. Jedes Einzelkapital muss überall auf *gesellschaftlichen Reichtum* zurückgreifen, der die Form von staatlichen Krediten, Bankkrediten oder Investmentfonds annehmen kann.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat der staatliche Kredit, direkt oder indirekt, beträchtliche Ausmaße angenommen und zu einer tiefen Abhängigkeit des privaten Kapitals von öffentlichen Ressourcen geführt. Angesichts der Krise in den 1970er Jahren hatte der Kapitalismus die Wahl zwischen einer wachsenden Abhängigkeit vom Staat und der Suche nach völlig neuen Wegen. Und da ersteres zum Sozialismus geführt hätte, hat der Kapitalismus einen neuen Weg gewählt. Einerseits hat er seine eigene Macht über den Staat erhöht, um sich kollektive Ressourcen anzueignen, ohne dabei die eigene Abhängigkeit von öffentlichen Institutionen (und damit potenziell von den Bürgerinnen und Bürgern) zu erhöhen. Andererseits konnte er durch die Finanzialisierung vom anormalen Wachsen des privaten Geldes profitieren. Der Kapitalismus hat zugleich den Staat und die Emission von Geld privatisiert. Auf diese Weise hat er der wachsenden, großteils durch die Reduktion des Steueraufkommens verursachten staatlichen Verschuldung das Schwindel erregende Wachstum privater Verschuldung hinzugefügt, die die öffentliche Verschul-

dung bei Weitem übersteigt (Gallino 2009; Gallino 2011). Die daraus resultierende Krise kann folglich auch als Krise der Vergesellschaftung angesehen werden: Indem der Kapitalismus die *öffentliche Form* der Vergesellschaftung von Geld zurückwies, hat er die *private Form* gewählt. Aber wenn Vergesellschaftung private Form annimmt, d.h. wenn Geld ausschließlich nach den Regeln der Kapitalverwertung erzeugt und verwaltet wird, dann kann dies nur zu enormen Spekulationsblasen führen. Und wenn die größten dieser Blasen platzen, dann kann der Kapitalismus gar nichts anderes tun, *als direkt zum Staat zurückzukehren*. Nur der Staat kann Geld emittieren, das gesellschaftlichen Wert hat, und nur der Staat verfügt über jene Autorität, die notwendig ist, um den Reichtum der Bürgerinnen und Bürger (und damit der Arbeiterinnen und Arbeiter) abzuschöpfen, um so einen verheerenden Zusammenbruch des ganzen Systems zu vermeiden.

Wenn aber die Flucht vor dem Staat im ausgehenden 20. Jahrhundert in gewisser Hinsicht eine Flucht vor dem Sozialismus war, dann war die Rückkehr des Staates am Beginn des 21. Jahrhunderts keine Rückkehr zum Sozialismus. Der Staat war, wie wir sahen, in der Zwischenzeit durchgreifend privatisiert worden. Er erscheint heute nicht länger als das widersprüchliche Resultat eines Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit, sondern als ein Instrument im ausschließlichen Dienst des Kapitals. Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass die Krise des Kapitals, d.h. die Krise privater Verschuldung, heute als Krise der öffentlichen Verschuldung präsentiert wird und einen weiteren Transfer von Ressourcen autorisiert, die dem Kapital zugutekommen.

Dies widerspricht in keiner Weise dem Umstand, dass der Staat – selbst im kapitalistischen Westen – der direkte oder indirekte *Eigentümer* eines größeren Teils des Produktionsapparats und zumindest der *entscheidende Garant* für das Überleben des Wirtschaftssystems geworden ist (Musacchio/Lazzarini 2012). All dies verdeutlicht wieder einmal und in Formen, die durch die Krise zugespitzt werden, dass das Überleben des privaten Eigentumsregimes nur durch die (staatlich garantierte) Privatisierung gesellschaftlichen Reichtums erfolgen kann. Wenn aber das Überleben der privaten Konzerne nur durch die Nutzung von

gesellschaftlichem Reichtum gesichert werden kann, dann liefert dies eine neue Rechtfertigung für das Ziel, das Eigentum dieser Unternehmen direkt in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die Idee des Sozialismus als Lösung des Widerspruchs zwischen der gesellschaftlichen Form der Produktion und der privaten Form der Aneignung kehrt so zurück.

Auf jeden Fall könnte eine sozialistische politische Koalition, würde sie die Regierung erobern und wäre sie in der Lage, diese mit hinreichender Autonomie zu nutzen, vor dem Hintergrund der neuen Rolle des Staates zumindest in den stärkeren Ländern eine beträchtliche Chance haben, einige der grundlegenden Wirtschaftsmechanismen des Kapitalismus zu verändern. Hierfür aber kann eine solche Regierungsübernahme heute noch weniger als in der Vergangenheit darauf beschränkt werden, die kapitalistische Staatsmaschine zu erben und in der gegebenen Form zu nutzen. Eine sozialistische Koalition müsste die Arbeitsweise des Staates radikal verändern.

Sozialismus im Gegensatz zur Governance

In seiner jetzigen Form ist der Staat von seinem inneren Wesen her auf die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus orientiert. Auch wenn einige Teile des Sozialstaats noch eine »soziale« und universelle Form haben, so sind die meisten staatlichen Institutionen direkt durch die Privatisierung erfasst. Die Politikerinnen und Politiker kommen in ihrer großen Mehrheit nicht mehr aus den Maschinen der einstigen Volksparteien, sondern aus dem Staatsapparat, aus den supranationalen Organisationen, von privaten Universitäten und Unternehmen und verdanken ihre politische Karriere dem Geld der Lobby. Das Parlament als Zentrum der Willensbildung, das ausgehend vom Volkswillen Gesetze verabschiedet, ist mittlerweile durch Staatsapparate ersetzt, die, eng verbunden mit supranationalen Organisationen, ihre Entscheidungen mit »technischen« Erfordernissen begründen, die der direkte Ausdruck von Anforderungen der Kapitalverwertung sind. Alle Staaten stehen miteinander in Konkurrenz, dem Kapital die besten Investitionsmöglichkeiten zu offerieren. Sie werden dazu getrieben, den Schutz für Arbeit

und Umwelt zu reduzieren. Und letztlich und vor allem ist die gesamte öffentliche Verwaltung durch die teilweise Transformation von Regierung (government) hin zu Governance modifiziert worden.

Es ist genau diese *Governance*, die die wichtigste Herausforderung für eine sozialistische Regierung darstellt. Kurz zusammengefasst ersetzt Governance teilweise *bindende Gesetze* (die vom Parlament erlassen werden) durch Verträge und *weiche Gesetze*, mit denen Normen nahegelegt werden, ohne auf die verbindliche Durchsetzung zurückzugreifen. Und sie ersetzt teilweise die *exekutive Tätigkeit* der Regierung durch laufende Aushandlungen und Abstimmungen zwischen verschiedenen institutionellen und gesellschaftlichen Akteuren. Alle wichtigen Entscheidungen werden heute durch fortdauernde Verhandlungen zwischen der Regierung, Institutionen, supranationalen Apparaten, Unternehmen, Lobbygruppen und Nichtregierungsorganisationen getroffen. Es handelt sich um einen Prozess, in dem die Entscheidungsfindung, die Entscheidungsumsetzung und die Nachprüfung ununterscheidbar sind, und in dem es sehr schwierig ist festzustellen, wer wirklich für die Entscheidungen verantwortlich ist (Ferrares 2010).

Es ist offensichtlich, dass dieser Prozess de facto *die Macht der Stärkeren*, d.h. der kapitalistischen Großkonzerne und großer Staatsapparate, *erhöht*. Und wenn es richtig ist, dass alle Entscheidungen aus Verhandlungen resultieren, dann trifft auch zu, dass die Verhandlungen über *strategische Entscheidungen* zwischen den Großkonzernen und den Staatsapparaten in verdeckter Form stattfinden, unzugänglich für demokratische Kritik, während die dezentrale Entscheidungsfindung, die durch die Apologeten der Governance so gepriesen wird, vor allem im Bereich *weniger wichtiger Entscheidungen* ihren Platz hat. Dadurch erzeugt dieser Prozess im Staat eine Transformation, die derjenigen gleicht, die in Firmen stattfindet: Auch hier sehen wir eine *Konzentration ohne Zentralisation*, d.h. eine Konzentration der »öffentlichen« Entscheidungs macht in Gestalt eines versteckten Pakts zwischen Großkonzernen und der Regierung neben den *Staatsfunktionen selbst*, wobei einige der staatlichen Verantwortlichkeiten privaten

Akteuren übertragen werden, die so zu Akteuren der Verwaltung wie auch zu Produzenten von Recht werden, was eine neue Art von Feudalismus hervorbringt (Supiot 2005).

Die Krise hat die *Governance*-Prozesse sicherlich geschwächt, da die Verringerung der Ressourcen den Abschluss von Vereinbarungen und die Herstellung von Konsens erschwert. Die verbindliche Intervention öffentlicher Autorität zur Konfliktlösung ist demgegenüber stärker gefordert. Trotzdem ist es nicht möglich, zu den traditionellen Formen von *Regierung* (*government*) zurückzukehren, denn der Aufstieg von *Governance* ist nicht nur durch die neoliberale Transformation des Staates bedingt, sondern resultiert auch aus den objektiven Grenzen von *Regierung* in komplexen Gesellschaften. Die Gesetze des Parlaments und das exekutive Handeln der Regierung waren immer weniger wirksam geworden, seitdem Parlament und Regierung vor dem Hintergrund wachsender Wohlfahrt Entscheidungen treffen mussten, die die tieferen Schichten der gesellschaftlichen Reproduktion (Familie, Erhalt der Gattung, Gesundheit, Bildung, Wohnungswesen und Umwelt sowie Wissenschaft) betrafen. In diesem Falle bekommen die Entscheidungen einen starken technischen Inhalt und können nur getroffen werden, wenn jene angehört werden, die direkt betroffen sind und ihre jeweiligen technischen Lösungen vorschlagen. Die Vorbereitung einer Regulierungsentscheidung und die Prüfung ihrer Umsetzung erfordern somit laufende Verhandlungen mit einer Vielzahl von Akteuren, ohne die die Regulierung ohne Wirkung bliebe.

Der wachsende Pluralismus einer komplexen Gesellschaft und die wachsende kognitive Autonomie diverser gesellschaftlicher Akteure führen zudem dazu, dass ein Top-Down-Stil von Regierung nicht nur ungerecht ist, sondern ineffizient. Formen direkter Demokratie oder der Verpflichtung zur Konsultation mit den Bürgerinnen und Bürgern werden daher zu einer Bedingung der »Produktivität« von Regierungshandeln. Der Umstand, dass *Governance* zu einer Form der Privatisierung der öffentlichen Verwaltung geworden ist, sollte uns nicht vergessen lassen, dass einige der dabei entwickelten Mechanismen für gesellschaftliche Selbstorganisation genutzt werden können. Sie können zu wert-

vollen Quellen der *Information* über die Bedürfnisse der Gesellschaft und über mögliche Formen ihrer Koordination und damit zu *einer entscheidenden Ressource* für zukünftige sozialistische Planungsaktivitäten werden. Der Aufbau von *sozialistischer Governance* wird wahrscheinlich dadurch geschehen, dass der Moment der Vorbereitung und Prüfung von Gesetzen vom Moment der Entscheidung über ihre Einführung getrennt wird. Die Vorbereitung und Prüfung eines Gesetzes muss in ständiger Beratung mit den gesellschaftlichen Akteuren erfolgen, während die formale Beschlussfassung – wie auch die praktische Umsetzung der Regulierung – bei den öffentlichen Akteuren liegen muss, um eine Delegation von öffentlichen Funktionen hin zu privaten Akteuren zu verhindern, die zu einer fortschreitenden »Feudalisierung« führt.

7. Staat und Kapital im internationalen Raum

Um das gegenwärtige Funktionieren des Staates (und des öffentlichen Geldes) besser zu verstehen, ist es notwendig, das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat und die wechselseitigen Beziehungen zwischen Staaten auf der *globalen* Ebene zu betrachten. Diese globale Ebene kann man aber nur begreifen, wenn man sich von den Theorien der Globalisierung distanziert, zumindest von Globalisierung als Konstruktion einer Welt mit nur einer Ebene, ohne Grenzen und Differenzen zwischen den Staaten, homogenisiert durch den ungestörten Fluss von Produktion, Waren und Kommunikation.

Die so genannte Globalisierung und ihre Grenzen

Der Terminus »Globalisierung« wird oft genutzt, um wichtige reale Erscheinungen zu beschreiben und zugleich eine *harmonisierende Interpretation* dieser Erscheinungen zu liefern. Diese realen Erscheinungen sind in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit: erstens das Wachstum von ausländischen Direktinvestitionen durch westliche Großkonzerne; zweitens die Ausweitung des Raums für die Kapitalzirkulation und damit die Schaffung eines Weltfi-

nanzmarktes; drittens die wachsende Macht des Industrie- und Finanzkapitalismus gegenüber schwächeren Staaten; viertens die Entwicklung eines internationalen Netzwerks der Zirkulation von Information auf der Basis einer einheitlichen Sprache. Die harmonisierende Interpretation geht davon aus, dass die Auflösung von Staatsgrenzen, die durch die volle Entwicklung der Zirkulation von Kapital und Information erreicht würde, zu einer konfliktfreien Entwicklung führt, in der Kriege nur eine Art »Polizeiaktion« gegen die sind, die den Fortschritt der Entwicklung stören, oder dass sie zu einem einzigen gigantischen Konflikt zwischen dem globalen Imperium und der globalen Multitude (Hardt und Negri 2003) hinführt.

Die harmonisierende Interpretation der Globalisierung hat im Zuge des Herannahens und der Explosion der großen Wirtschaftskrise zunehmend an Glaubwürdigkeit verloren und wurde zum Gegenstand zahlreicher Kritiken (Martell 2010). Solche Kritiken verdecken die realen Erscheinungen hinter dem Wort Globalisierung und verschweigen die Diskontinuität, die die neue Organisation von Produktion und Finanzen gegenüber vorhergehenden Phasen des Kapitalismus darstellt. Die Kritiken weisen darauf hin, dass Globalisierung erstens keine völlig neue und unumkehrbare Erscheinung darstellt, zweitens nicht wirklich »global« ist und drittens keinen endgültigen Bedeutungsverlust des Staatsterritoriums darstellt, sondern eine Reorganisation von Staat wie Territorium.

Die Phase, die dem Ausbruch des *Ersten Weltkriegs vorherging*, war geprägt durch eine Globalisierung des kommerziellen und Finanzaustauschs, die möglicherweise noch bedeutender ist als die heutige Globalisierung (sie hat folglich die Konflikte eher angeheizt als abgeschwächt). Diese Phase wurde durch Jahrzehnte der nationalen und internationalen *Regulierung* von Austausch abgelöst. Globalisierung ist deshalb keine irreversible Erscheinung: Sie ist möglich und »nützlich«, wenn die Kosten des Warentransports und der Dezentralisierung der Produktion schneller sinken als die Kosten der Produktion (Deaglio 2004). Wenn aber andere räumliche Lösungen wie zum Beispiel die Schaffung von *großen kontinentalen Produktionsräumen* analoge wirtschaftliche

Vorteile bieten und *gleichzeitig die Unsicherheit einer globalisierten Produktion reduzieren*, dann kann Globalisierung rückgängig gemacht werden – und dies sogar ohne die Effekte einer allgemeinen Krise zu betrachten.

Wie in analogen Fällen ist die heutige Globalisierung nicht wirklich global; sie erstreckt sich nicht in einer umfassenden und einheitlichen Weise über den Planeten. Das Wachstum der ausländischen Direktinvestitionen, der wichtigste Indikator des Agierens von Großkonzernen jenseits ihrer nationalen Räume, hat sich vor allem auf Nordamerika, Europa und Japan bezogen. Es erweist sich als eine Form des Wettbewerbs (und der Kooperation) innerhalb des westlichen Kapitalismus und nicht so sehr der globalen Expansion dieses Kapitalismus. Selbst die scheinbar uneingeschränkte Expansion des Finanzkapitals ist in Wirklichkeit nicht ohne Grenzen, da sie unfähig ist, vollständig die »regionalen« Währungsmärkte zu integrieren, wie sich dies am Fall von Lateinamerika und vor allem von China und mit China verbundenen Ländern zeigt. Globalisierung, die man an diesem Punkt eher »Westernisierung« nennen sollte, stößt also auf größere Hindernisse. Und selbst wenn wir eine zunehmende wechselseitige Verflechtung der Weltwirtschaft beobachten, so schließt diese Verflechtung nicht die Homogenität der Produktionsformen, der juristischen Normen oder des *Geldes* ein.

Wenn man sagt, dass die Globalisierung auf größere Hindernisse stößt, bedeutet dies, dass jene *komplette Entterritorialisierung* des wirtschaftlichen und politischen Raums, die manche vorschnell vorhergesagt haben, nicht eintritt. Territorien und Staaten bleiben weiterhin von Bedeutung. Vom empirischen Standpunkt können wir sehen, wie die verschiedenen Staaten auf *unterschiedliche* Weise auf die Globalisierung reagieren (Martell 2010; Roseau 1997). Einige der schwächeren Staaten verschwinden völlig; andere wie die europäischen Staaten geben freiwillig einen Teil ihrer eigenen Souveränität zugunsten einer neuen Form des supranationalen kapitalistischen Staates ab, dessen einzige politische Institution die Zentralbank ist. Andere wie Schweden, Finnland, Norwegen oder Großbritannien haben erfolgreich eine relativ autonome Fähigkeit des ökonomischen Managements aufrecht-

erhalten. Hinter den wichtigsten Erfolgsgeschichten der Wirtschaft des 21. Jahrhunderts, den BRICS-Staaten, steht die entscheidende Rolle des Nationalstaats, der zugleich eine mehr oder minder starke Überwachung der einheimischen Produktion und eine Form der politischen Kontrolle der Kapitalflüsse aus dem Ausland anstrebt. Und schließlich ist der Einfluss des wichtigsten Staates (der USA) nicht einfach der eines »äußerlichen« Wächters der Märkte: Er hat in der höchsten Form politischer Macht seinen Ausdruck gefunden, in der Stationierung *bewaffneter Kräfte* in globalen Dimensionen und in einem Umfang, den niemals zuvor eine Armee erreicht hat.

Die fortdauernde Funktion des Nationalstaats

Die verschiedenen Staaten *reagieren* folglich *unterschiedlich* auf die Globalisierung. Dies beweist, dass die Globalisierung die Staaten nicht beseitigt, sondern eine *Auslese* unter ihnen innerhalb einer neuen Hierarchie zwischen den Staaten befördert. Die Unverwüstlichkeit und Anpassungsfähigkeit der Staaten ist kein Zufall, kein Erbe der Vergangenheit, kein aktuelles Defizit der Globalisierung, sondern hat wesentliche strukturelle Gründe. Erstens kann der Kapitalismus niemals völlig deterritorialisiert werden, da er auf räumlich *fixierte* materielle und soziale Infrastrukturen angewiesen ist (Harvey 2001), deren Management und Schutz von öffentlichen Autoritäten abhängig ist. Diese Infrastrukturen stellen die Ausgangsplattform der transnationalen Expansion für das Kapital dar (Stopford/Strange/Henley 1991). Aus diesem Grund ist ein *staatenloses Unternehmen* schwer vorstellbar. Es kann – wenngleich selten – passieren, dass ein Unternehmen sein Ursprungsterritorium völlig aufgibt (wie dies FIAT in Italien tut), aber dies passiert nur, indem es ein *anderes* Territorium findet, wo es seine neue wichtigste Operationsbasis aufbaut (im Falle von FIAT ist dies Nordamerika).

Außerdem hat der Kapitalismus einen ständigen Drang, sich Ressourcen verschiedener Territorien anzueignen: Arbeit, Energie, Rohstoffe, Wirtschaftsräume und auch Forschung und Wissen (die, auch wenn sie immateriell sind, durch Institutionen geschaffen werden, die räumlich fest etabliert sind). Es ist un-

möglich, sich diese Ressourcen in einer relativ geordneten und sicheren Weise anzueignen, wenn es keine legitime Macht gibt, die in der Lage ist, ihre Nutzung zu regulieren und die sozialen Konsequenzen der Aneignung durch private Akteure (auch mit Gewalt) zu managen. Diese Macht kann nur die des Staates sein. So paradox es erscheint, zeigt gerade die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Güter und der Wettbewerb der Staaten um Kapital, auch wenn sie auf eine momentane Schwäche der Staaten gegenüber den Konzernen verweisen, dass die Staaten eine unverzichtbare Funktion haben – heute als Akteure der Privatisierung, morgen vielleicht als Akteure der kollektiven Wiederaneignung.

Und wie wir am Schluss des vorhergehenden Abschnitts gesehen haben, können nur die Staaten die Existenz von *Geld* als universell anerkannte und damit *sichere* Form der gesellschaftlichen und ökonomischen Vermittlung garantieren. Wenn es richtig ist, dass privates Geld in Zeiten der wirtschaftlichen Expansion eine sehr nützliche Rolle spielen kann, dann ist es auch richtig, dass nur der Staat Geld schaffen kann, das auch in *Zeiten der Krise* akzeptiert wird. Denn nur der Staat als legitimer Akteur der Aneignung fiskalischer Ressourcen und der Anwendung von *Gewalt* als letztem Mittel bei der Regulation der wichtigsten Wirtschaftssektoren kann die gesellschaftliche Solidität der Währung garantieren. Genau auf diesem Feld hat der Staat, und was noch wichtiger ist: der *Nationalstaat*, jüngst seine unverzichtbare Funktion bewiesen: Auf dem Höhepunkt der Krise hatte das private Geld keinen Wert mehr, die supranationalen Institutionen (IWF, Weltbank, Europäische Union) wurden sprachlos und nur die nationalen Staaten, sei es allein (die USA, Großbritannien) oder im Bündnis mit anderen (Frankreich und Deutschland), konnten zumindest für den Augenblick den Kapitalismus vor seiner eigenen Krise bewahren.

Das bedeutet aber nicht, dass wir in naher Zukunft Zeugen der Rückkehr der Nationalstaaten sein werden, in einer Form und mit Funktionen wie jenen, die sie im westlichen Kapitalismus in seinen »dreißig glorreichen Jahren« (1945 bis 1975) hatten. Die realen Prozesse, die wenig präzise mit »Globalisierung« beschrie-

ben wurden, haben die Bedingungen und den Raum, in dem staatliche Macht ausgeübt wird, grundlegend transformiert.

Eine Hegemoniekrise

Wie Giovanni Arrighi betont – der sich an diesem Punkt auf bestimmte Thesen von David Harvey bezieht und diese modifiziert (Arrighi 2007; Harvey 2001) –, sind die verschiedenen großen Epochen der Geschichte des Kapitalismus durch die Bildung von jeweils *spezifischen wirtschaftlich-politischen Räumen* und durch die Abfolge von jeweils *spezifischen Mächten* geprägt, die in der Lage sind, die Hegemonie über diese Räume auszuüben. Genua, Holland, England und heute die USA sind jene Mächte, die im Laufe der Zeit den Kapitalismus in immer größeren Räumen gemanagt haben. Die jüngste Phase der Expansion des Kapitals kann nicht nur als Folge der Reaktion von Unternehmen auf die Krise des Profits beschrieben werden, sondern auch als Auswirkung der Krise des *internationalen Wirtschaftsraums*, der diese Profite garantiert hatte. Sie ist auch eine Folge der Reaktion der USA auf Schwierigkeiten, ihre Hegemonie aufrechtzuerhalten und sich mit deren Schwächung auseinanderzusetzen. Von 1945 bis in die 1970er Jahre waren die USA die wichtigste Quelle der internationalen monetären Liquidität. Sie haben zu einem großen Teil die Entwicklung des westlichen Kapitalismus finanziert, die militärische Verteidigung gegen den Kommunismus und die nationalistischen Bestrebungen von Ländern des globalen Südens gemanagt. Sie haben die Rolle einer *Hegemonialmacht* ausgeübt, weil sie eine Herrschaft ausgeübt haben, die auch den Beherrschten wirtschaftliches Wachstum und soziale Entwicklung erlaubte.

An einem bestimmten Punkt geriet diese hegemoniale Rolle in eine Krise. Dabei kamen drei Faktoren zusammen: die wachsende ökonomische Konkurrenz mit deutschen und japanischen Unternehmen, die gestiegenen Kosten des Wohlfahrtsstaats in den USA und schließlich die Kosten des Krieges gegen Kommunismus und Nationalismus, besonders vor dem Hintergrund der Niederlage in Vietnam. Die strategische Antwort der USA unter Richard Nixon im Jahre 1971 bestand darin, das Ende der Konvertibilität des Dollars mit Gold zu verkünden. Dies erlaubte es nun, den Dollar

skrupellos als Waffe im ökonomischen Krieg im Ausland und als Regulator der Klassenbeziehungen im Inland zu benutzen. Dank der höheren Autonomie des Dollars, zwischen Inflation und Deflation, Expansion und Rezession wechselnd, haben die USA die Ausgaben für die Wohlfahrt im Inland reduziert, den oligopolistischen Wettbewerb verschärft und ihn durch ausländische Direktinvestitionen in die Länder der Wettbewerber hineingetragen sowie den Raum des Finanzmarkts ausgeweitet, um schließlich selbst zum wichtigsten Zentrum der internationalen Konzentration der auf diese Weise geschaffenen Finanzressourcen zu werden. Folgt man Arrighi und Harvey, so haben die USA versucht, einen globalen Raum für die Kapitalzirkulation zu schaffen, der der Masse des überakkumulierten Kapitals angemessen ist, das aus dem Fall der Profitrate und der Überproduktion entstanden ist, von denen Nordamerika und der westliche Kapitalismus in den letzten vierzig Jahren geplagt werden.

Die so genannte Globalisierung ist folglich, auch wenn ihre Schöpfer sich beträchtliche Erfolge zuschreiben können, vor allem eine Antwort auf die *Krise* einer spezifischen internationalen Konfiguration des Kapitalismus und kein Zeichen seiner stärkeren *Verbreitung*. Einer der wichtigsten Erfolge der Globalisierung war tatsächlich der Sieg über die Sowjetunion und ihr System von Satellitenstaaten. Und die wichtigste Ursache dieses Erfolges war die starke Erhöhung der US-Militärausgaben, die dadurch möglich wurde, dass der Reichtum der ganzen Welt in das »Zentrum« des Systems strömte. Auf diese Weise aber wurde die Finanzialisierung, die ursprünglich die wirtschaftliche Schwäche der USA maskierte, zu einem *Bumerang*. Denn indem die USA Finanzkapital aus der ganzen Welt anzogen, wurden sie zum wichtigsten internationalen *Schuldner*.

Das Projekt des »Neuen Amerikanischen Jahrhunderts«, das heißt die Schaffung der ersten echten Weltmacht und eines globalen Raumes, der vollständig auf die Bedürfnisse des westlichen Kapitalismus ausgerichtet wurde, ist nicht nur etwa deshalb gescheitert, weil der Irakkrieg in eine Niederlage führte, sondern weil die USA in eine wachsende Abhängigkeit zu Wirtschaftsräumen geraten sind, die sich relativ autonom entwickelt haben,

was Konflikte mit dem Westen hervorruft. So wie die Finanzialisierung Englands am Ende des 19. Jahrhunderts den Niedergang ihrer Hegemonie markierte, so verschärft die heutige Finanzialisierung der USA deren wirtschaftlichen Niedergang, auch wenn dieser noch nicht durch einen politisch-militärischen Niedergang begleitet ist. Und genauso wie England, bevor es seine eigene vorherrschende Position verlor, zum Schuldner gegenüber den USA wurde, sind die USA zum Schuldner gegenüber den Wirtschaften Ostasiens, vor allem Chinas, geworden. Die auf dem nuklearen Terror beruhende Balance des Kalten Krieges wurde durch die auf dem Finanzterror beruhende Balance zwischen den USA und China abgelöst.

Aber diese Balance kann nicht lange anhalten, zum Teil deshalb, weil die USA unweigerlich versuchen werden, ihre Vormacht einerseits durch die *militärische Kontrolle* der wichtigsten Energieressourcen und andererseits durch die *Abwertung des Dollars* zu erhalten, ein Weg, um die eigenen Exporte zu befördern und vor allem die eigenen Schulden zu reduzieren. In beiden Fällen wird die Ausübung von Hegemonie durch die Ausübung von Macht ersetzt, und dies führt unweigerlich zu verschärften Turbulenzen in der Welt.

Der neue Kontinentalstaat und die Aufgaben der sozialistischen Bewegung

Das wahrscheinlichste Ergebnis der Krise ist folglich die Eröffnung einer neuen Phase geopolitischer Konflikte. Es ist illusorisch zu glauben, dass diese Konflikte aufgrund der wachsenden wechselseitigen Abhängigkeit der Volkswirtschaften vermieden werden können. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs waren Europas Volkswirtschaften im hohen Maße voneinander abhängig. Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs war Großbritannien der wichtigste Außenhandelspartner Deutschlands (Grewal 2010). Wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit hilft nur dann, den Frieden aufrechtzuerhalten, wenn dieser durch politische Vereinbarungen der Mächte schon etabliert wurde. Aber wenn diese Vereinbarungen nicht existieren, dann *verschärft* gerade die wechselseitige Abhängigkeit die Tendenz zum Konflikt und Krieg, da

jede Macht versucht, das Risiko und die Unsicherheit genau deshalb zu reduzieren, weil sie voneinander abhängen (Jha 2006).

In der Situation multipolarer Turbulenzen, die das Projekt der USA, ein Weltimperium zu schaffen, unterbrochen und das Ende der Idee einer irreversiblen Globalisierung markiert hat, werden die Staaten wieder zu den entscheidenden Akteuren: Was auch immer das Ergebnis dieser Turbulenzen sein wird, die Staaten werden stets die Akteure von Krieg und Frieden sein, und die transnationalen kapitalistischen Gruppen müssen sich, auch wenn sie in einigen Fällen eine relative Unabhängigkeit von territorialen Bindungen erreicht haben, trotzdem mit Staaten *verbünden*, denn diese sind die Manager großer regionaler Wirtschaftsräume. Aber angesichts der schier Masse von Kapital, das durch den Prozess der Finanzialisierung freigesetzt wurde, kann kein Staat erfolgreich relativ autonomes Geld emittieren (und es ggf. als Mittel der Vergesellschaftung zu benutzen), der nicht über bestimmte Merkmale verfügt. Dazu gehören erstens eine Größe, die eine starke Konzentration der Produktion erlaubt (gleichermaßen im Sinne der Verknüpfung verschiedener Segmente »dezentralisierter« Firmen und der Schaffung einer neuen vertikalen Integration des Produktionszyklus), zweitens ein leichter Zugang zu Ressourcen, drittens ein großer Arbeitsmarkt mit hoher Differenzierung und – vor allem – viertens eine *wirkungsvolle Kontrolle über die Bewegung des internationalen Kapitals*. Die Zukunft gehört Nationalstaaten mit kontinentaler Dimension (wie den USA, China, Indien) oder Föderationen von Staaten und supranationalen Staaten, die eine optimale Größe erreichen können.

Über die Tatsache hinaus, dass sie kontinentale Dimensionen haben, werden die entscheidenden staatlichen Akteure zukünftiger Konflikte eine *präzise politische Führungsrolle in der Wirtschaft* einnehmen, auch wenn diese Rolle sehr unterschiedliche Formen annehmen wird. Im westlichen Kapitalismus ist der *kapitalistische Staat* die vorherrschende Form, ein Staat, der völlig in die großen Oligopole integriert ist und durch politische Akteure bestimmt wird, die direkt aus dem Big Business oder transnationalen Thinktanks kommen, der seine eigene Macht durch die Geldpolitik und durch öffentliche Investitionen und Forschung

ausübt, deren Resultate jedoch sofort privatisiert werden. In den neuen aufstrebenden Wirtschaftsmächten auf der anderen Seite wird eine Form des *Staatskapitalismus* vorherrschen, der einerseits das interne Wachstum vor dem Einfluss des westlichen Kapitalismus beschützt, und andererseits eine Arbeiterschaft hervorbringt, die in der Lage ist, sich einer Produktion mit immer höheren technologischen Parametern zu widmen. Hier haben die politischen Akteure eine höhere Autonomie gegenüber Wirtschaftsakteuren; strategische Unternehmen werden verstaatlicht sein, die Führung über die Wirtschaft wird durch die Steuerpolitik gesichert und nicht nur durch die Geldpolitik, und der Zustrom von ausländischem Kapital wird reguliert sein.

Die neue sozialistische Weltbewegung wird sich innerhalb der globalen Konfrontation zwischen dem kapitalistischen Staat und dem staatsmonopolistischen Kapitalismus entwickeln und sich wahrscheinlich taktisch mit Letzterem verbünden, auch wenn er sich strategisch von ihm unterscheidet. Denn Sozialismus ist nicht einfach die Kontrolle der Politik über die Wirtschaft, sondern auch die Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger und der Arbeiterinnen und Arbeiter über die Politik (Wright 2010).

Wir können die Frage eines neuen Kontinentalstaats nicht angehen, ohne anzumerken, dass Europa, obwohl es der Ursprung der sozialistischen Bewegung gewesen ist, sich in keiner Weise in Richtung auf einen kontinentalen Staat hin bewegt, der in der Lage wäre, effektiv das Kapital zu kontrollieren. Die Europäische Union ist nicht wirklich ein Staat, da sie auf jede Form politischer Souveränität verzichtet hat und die wichtigsten Entscheidungen an Gremien abgegeben hat, die scheinbar technisch sind wie die EZB, in Wirklichkeit aber als Ausführende der Ansprüche des Kapitals agieren, ohne dass die Möglichkeit besteht, es demokratisch zu kontrollieren. Indem die EU darüber hinaus die Unterschiede zwischen den südlichen und nördlichen Staaten des Kontinents verschärft, verstärkt sie die Spaltungen zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern und macht es sehr schwierig, eine einheitliche Bewegung der europäischen Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die neoliberale Politik hervorzubringen. Die Europäische Union erscheint deshalb als »Staat«, der besonders geeig-

net ist, eine transatlantische Freihandelszone zu schaffen, die es in wenigen Jahren dem angelsächsischen Kapitalismus erlauben wird, sein Modell gesellschaftlicher Verhältnisse auch auf den alten Kontinent auszudehnen. Die Schaffung eines kontinentalen europäischen Staates, der für eine erneuerte sozialistische Bewegung nützlich wäre, müsste wahrscheinlich aus der Zerstörung der gegenwärtigen Europäischen Union hervorgehen. Erst eine Konföderation von Staaten, die für den Moment ihre eigene Souveränität wiedererlangt haben, könnte diese dafür nutzen, um eine Koordination zwischen den Wirtschaften und Gesellschaften des Kontinents herzustellen, deren Formen und Zeitperioden durch die Politik beherrscht werden und nicht durch die scheinbar unpersönlichen und »natürlichen« Bedürfnisse der Kapitalakkumulation.

8. Die schwierige Vergesellschaftung der Arbeit

So wie die heutigen Oligopole nicht das Resultat des Verschwindens der großen kapitalistischen Konzerne, sondern ihrer Transformation sind, so ist die heutige Welt der Erwerbsarbeit nicht die Folge des Verschwindens der industriellen Arbeit, sondern ihrer *Transformation*: Auch heute geht es um einen Typ von Arbeit, der nach wie vor als *Funktion* der Großindustrie ausgeübt wird und immer noch zumeist durch Tendenzen der Dequalifizierung und ein *niedriges Niveau der Entscheidungsautonomie* geprägt ist. Ungeachtet dessen sind die Transformationen der Arbeitswelt gravierender als die Veränderungen in der Großindustrie. In Letzterer ist zwar der Produktionsprozess fragmentiert, aber einem homogenen Kommando unterworfen, ausgeübt durch die Eigentümer oder ein Finanzgremium. Die Fragmentierung der Arbeitswelt dagegen wird nicht durch eine Vereinigung juristischen oder »politischen« Charakters ausbalanciert. Im Gegenteil tendieren die juristischen Formen, die heute den Arbeitsmarkt regulieren, dazu, die Spaltungen unter den Lohnabhängigen zu verstärken und nicht, sie abzuschwächen.

Das Patchwork der Arbeitsorganisation

Die Untersuchung der Organisation der Arbeit in Großunternehmen zeigt vor allem, dass diese niemals völlig Abschied genommen haben von der fordistischen und tayloristischen Arbeitsteilung (Gallino 2007; Garibaldo 2009). Selbst wenn man nicht den starken Ausbau von Unternehmen des »klassischen« fordistischen Typs in den Schwellenländern einbezieht (eine Entwicklung, die die These vom Verschwinden der Erwerbsarbeit mit hohem »materiellen« Inhalt völlig haltlos macht), so existieren auch in den entwickelten westlichen Ländern viele Produktionsprozesse des traditionellen Typs fort. Und auch dann, wenn man die Aufmerksamkeit auf die modernen dezentralisierten, computerisierten und nach Netzwerkprinzipien aufgebauten Fabriken richtet, dann stellen wir dort ebenfalls kein Verschwinden der Hierarchien fest. Auf der einen Seite ist die Wiederkehr von fordistisch-tayloristischen Hierarchien zu beobachten (basierend auf Standardisierung, Vereinfachung und Dequalifizierung der Aufgaben im Gefolge der Anwendung von Informationstechnologien), und zum anderen sehen wir die Entstehung von Hierarchien eines neuen Typs, Hierarchien, die sich nicht länger in eine *lineare Entgegensetzung* zwischen der »Unternehmenszentrale« und dem »Kollektivarbeiter« übersetzen, sondern in eine *wachsende Differenzierung* zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern, die zu verschiedenen Produktionseinheiten gehören. Es kommt zu wachsender Prekarisierung und Dequalifizierung der Arbeit, die im gleichen Maße schrittweise aus den *Kernbereichen* des Großkonzerns aus- und zu untergeordneten Unternehmen hin verlagert wird.

Während in den Kernbereichen der Großkonzerne gewerkschaftliche Vereinbarungen und gesetzlicher Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter noch weitgehend in Kraft sind, basieren die abhängigen Unternehmen auf informeller und ungeschützter Arbeit und greifen auf Gelegenheitsarbeit, auf jüngere, weibliche oder migrantische Arbeitskräfte zurück. Wir sehen aber auch in den *Kernbereichen* der Großkonzerne eine analoge Spaltung. Auch diese sind getrennt in Sektoren, die durch hochqualifizierte und *Teamarbeit* geprägt sind, in denen die Einzelnen mit

unterschiedlichen Aufgaben entsprechend der Logik *funktionaler Flexibilität* zusammenarbeiten, und verschiedene periphere Sektoren, in denen Arbeit mittlerer oder niedriger Qualifikation geleistet wird, und die durch *Gruppenkooperation* gekennzeichnet sind. Hier arbeiten die Einzelnen, soweit sie gleiche Aufgaben haben, entsprechend der Logik *numerischer Flexibilität* zusammen.

Empirische Forschung, die auf europäischer Ebene ausgeführt wurde (Garibaldo/Telljohann 2007), weist zudem nach, dass in heutigen Unternehmen vermehrt physische Anforderungen gestellt werden und dass die Überwindung fordistischer Rigiditäten sich nicht in eine wirkliche Verbesserung der Qualität der Arbeit übersetzt. Man kann das Niveau von Kreativität, das mit verschiedenen Arbeiten verbunden ist, danach unterscheiden, ob es sich um die einfache Ausführung von Anweisungen handelt (*nicht problemorientierte Aktivitäten*), um Arbeiten, die die Fähigkeit verlangen, Probleme zu lösen, die mit bestimmten Arbeitsprozessen verbunden sind (*problemlösende Aktivitäten*), und um Arbeiten, die die Fähigkeit einschließen, neue Probleme zu stellen und vorhandene Prozeduren infrage zu stellen und zu verändern (*problemsetzende Aktivitäten*).

Die große Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter, deren Tätigkeit analysiert wurde, betrachten ihre eigenen Arbeiten als solche, die vor allem einen nicht problemorientierten oder einen problemlösenden Charakter tragen und deshalb in hohem Maße *fordistischen Arbeiten* ähnlich sind. Auch diese waren keinesfalls nur rein wiederholende Tätigkeiten, sondern stellten eine Mischung aus reiner Ausführung und der Lösung von partiellen und begrenzten Problemen dar. Wenn man zudem genauer die Aktivität der meisten qualifizierten *Teams* betrachtet, dann stellt man fest, dass die Entscheidungsautonomie, die ihnen zugestanden wird, vor allem darin besteht, die *Mittel* auszuwählen, die zur Erreichung der *Ziele* sinnvoll sind, *die durch das Management des Unternehmens vorgegeben werden*. Die auf diese Weise erreichte relative Autonomie ist in Wirklichkeit eine Methode, die Lohnabhängigen dazu zu bringen, auch unter den Bedingungen knapper Ressourcen effizient zu arbeiten.

Wenn das Management versucht, wie es oft unter den Bedingungen von Taylorismus-Fordismus geschieht, alle Einzelhandlungen der Arbeiterinnen und Arbeiter im Detail vorzugeben, dann ist es auch gezwungen, alle Ressourcen bereitzustellen, damit dies möglich ist. Wenn Du mich verpflichtest, zehn Räder in der Minute zusammenzubauen, dann musst Du mir dafür auch die notwendigen Teile zur Verfügung stellen. Wenn der oder die Arbeitende aber frei ist, wie sie oder er das Resultat erzielt, dann ist sie oder er auch verpflichtet, dafür die notwendigen Ressourcen zu bekommen, zum Beispiel dadurch, einen Zulieferer aus dem eigenen oder einem fremden Unternehmen zu finden, der die Teile bereitstellt. So wie es auch im Verhältnis zwischen dem Großkonzern und kleineren unabhängigen Unternehmen der Fall ist, so wird das Kommando des Unternehmens über die Arbeit genau dadurch ausgeübt, *dass eine partielle Autonomie zugestanden wird, der eine Reduktion der unmittelbaren Verantwortung des Unternehmens für das Ergebnis entspricht*. So wird eines der wesentlichen Merkmale von Arbeit in der Gegenwart erhöht, ihre Tendenz zur *Individualisierung*: Die Arbeiterinnen und Arbeiter und die Arbeitsgruppe sehen die gesamte Arbeit als etwas an, wofür sie direkt verantwortlich sind, und betrachten mögliche Mängel bei der *Leistung* vor allem als Resultat ihrer eigenen Inkompetenz und nur sekundär als Fehler des Managements des Unternehmens (Sennett 1999). Dies erzeugt einen Gruppendruck gegenüber einzelnen, »weniger produktiven« Arbeiterinnen und Arbeitern und einen Druck auf jede einzelne Gruppe, die anderen in der gewünschten Qualität und Quantität zu beliefern: Auf diese Weise substituiert der Wettbewerb zwischen den Einzelnen und den Arbeitsgruppen die direkte Kontrolle seitens des Managements des Unternehmens. Es wird ein Disziplinarregime erzeugt, das das Kapital nichts kostet und effizienter ist als der alte Autoritarismus (Fiocco 1997; Fiocco 1999).

Neben dem oligopolistischen Konzern entstehen viele kleinere Unternehmen, die hochqualifizierte Leistungen anbieten. Wie wir sahen, betrifft dies oft Firmen, an die die Großkonzerne wissenschaftlich-technologische Leistungen delegieren. Das Verhältnis zwischen Auftraggeber und Zulieferer ersetzt völlig das Verhält-

nis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Autonomie ist augenscheinlich sehr hoch. Aber die Abhängigkeit vom Arbeitgeber wurde in die Abhängigkeit vom Auftraggeber transformiert. Er definiert das Ziel und die Zeiten der Produktion, und es ist fast immer der Auftraggeber, der darüber entscheidet, ob die Beziehung zum Zulieferer fortgesetzt wird oder nicht. Die Kehrseite der Autonomie der einzelnen Arbeiterin, des einzelnen Arbeiters ist die verbreitete Unmöglichkeit, direkt an der Integration der Ergebnisse der eigenen Arbeit in den Produktionsprozess des Großkonzerns mitzuwirken. Es ist dies ein offensichtlicher Fall der *formellen* Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, in der das Kapital nicht direkt die Arbeitsweise transformiert, sich aber die Arbeiterinnen und Arbeiter unterordnet (siehe Marx 1988, 91ff.).

Die Unternehmen können zudem heute auf die Arbeit zahlreicher Nutzerinnen und Nutzer des Internet und Intranets zurückgreifen, die *unentgeltlich* oder zu geringen Kosten und ausgehend von dem einfachen Wunsch, ihrer Kreativität Ausdruck zu verleihen, Software entwickeln und sie Unternehmen aus dem Bereich der Informationstechnologien zur Verfügung stellen. Zudem agieren sie als Fokusgruppe für bestimmte Produkte und wählen Arbeitende mit größeren Fähigkeiten bzw. jene kulturellen Inhalte aus, die leichter durch die Kommunikationsindustrien vermarktet werden können. Sie produzieren und selektieren Nachrichten, die dann durch Internet-Hubs gemanagt werden können, und stellen unzählige Daten für die Marktforschung bereit. Es ist ein Phänomen, das Crowdsourcing genannt wird (Formenti 2011), und den Großkonzernen eine große Zahl von enthusiastischen und kreativen Gelegenheitsarbeiterinnen und -arbeitern zur Verfügung stellt und es erlaubt, traditionell qualifizierte Kräfte (Programmierer, Marktanalytiker und Journalisten) zu entlassen.

Außerhalb der Großkonzerne und ihrer Art und Weise, die eigenen und »externe« Arbeitskräfte zu nutzen, gibt es drei weitere wichtige Tendenzen: Die erste ist die *Transformation der Arbeitskraft im öffentlichen Sektor*, die durch die wachsenden Schwierigkeiten der Aufrechterhaltung dieses Sektors und durch die

Entwicklung von Governanceformen hervorgerufen wird. Diese Transformation besteht in der teilweisen Ersetzung einer »Weberianischen« Administration, basierend auf dem Respekt vor klar strukturierten und vorgegebenen Prozeduren, zugunsten einer »performativen« Verwaltung, die darauf gerichtet ist, bestimmte und auswechselbare Ziele zu erreichen. Auf diese Weise erinnert selbst die Arbeit im öffentlichen Sektor der Arbeit in privaten Unternehmen, und auch hier beobachten wir als Resultat kontinuierlicher Reduktion der Ressourcen eine wachsende Individualisierung und Wahrnehmung von Verantwortung durch den Einzelnen oder das Team. Diese wiederum beruht auf der Nutzung ethischer und solidarischer Anreize, die mit einer solchen Aktivität verbunden sind.

Die zweite Transformation betrifft die Herausbildung einer Unzahl von Dienstleistungsjobs, in denen unqualifizierte Arbeiterinnen und Arbeiter aller Art konzentriert sind, beginnend bei jenen, die persönliche Hilfe leisten, bis hin zu denen in den härtesten landwirtschaftlichen Jobs, von den SexarbeiterInnen hin zu denen, die Reinigungsaufgaben übernehmen. Sie alle sind prekär beschäftigt.

Eine dritte Transformation betrifft die Ausweitung von Formen *unbezahlter Arbeit*, die ihrerseits in drei Kategorien aufgeteilt werden kann: Die erste betrifft, auch wenn sie schwer zu messen ist, den Überschuss an Intelligenz und Kreativität, zu dessen Bereitstellung alle Arbeiterinnen und Arbeiter, auch die am wenigsten qualifizierten, unter den Bedingungen von knappen Ressourcen und sich ständig verändernden Zielstellungen gebracht werden, ohne dass dieser Überschuss durch die Arbeitgeber formalisiert, anerkannt und entgolten wird. Die zweite Kategorie bezieht sich auf die häusliche Arbeit der Fürsorge. Es ist die Reproduktionsarbeit, vor allem von Frauen geleistet, aber zunehmend auch von älteren Männern oder Arbeitslosen. Diese Arbeit war immer wichtig für die Gewährleistung der »produktiven« Arbeit, gewinnt aber vor dem Hintergrund des Abbaus des Sozialstaats an Bedeutung. Und eine dritte Kategorie von Arbeit wird als freiwillige Tätigkeit geleistet, in Vereinen, NGOs etc. Ihr Anstieg ist mit dem generellen Anstieg von freier Zeit vor dem Hin-

tergrund wachsender Arbeitslosigkeit und der Ausdehnung der Lebensjahre nach dem Ende der Erwerbstätigkeit verbunden. All diese unbezahlte Arbeit (die nicht mit der in Crowdsourcing erbrachten Arbeit zu verwechseln ist) erscheint unmittelbar als gesellschaftliche Arbeit, da sie das Ziel hat, solidarische gesellschaftliche Beziehungen herzustellen, und kein finanzielles Entgelt verlangt, sondern nur symbolische Anerkennung.

Die soziologische Auflösung des Gesamtarbeiters

Wenn diese summarische Beschreibung der Arbeitswelt des westlichen Kapitalismus realistisch ist, dann führt sie zu der Schlussfolgerung, dass die heutigen Formen der Kooperation in der Arbeit teilweise von denen abweichen, die Marx annahm. Für Marx tendierte die Entwicklung der Großindustrie zur Schaffung eines »Gesamtarbeiters«, der das reale Subjekt der Produktion und, potenziell, der Revolution ist. Die Kooperation zwischen den Kollektivarbeitern wird durch das Kapital vermittelt und zwar dann, wenn unter dessen Kommando die Arbeit in der hergebrachten Weise ausgeübt wird (formelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital), wie auch dann, wenn das Kapital durch die Einführung von Maschinerie die Arbeitsweise verändert (reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital). In beiden Fällen schafft es die Situation einer beständigen Zusammenarbeit »Seite an Seite«, und dies ermöglicht die Entstehung einer autonomen Kooperation zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern, die mit der Klassen-solidarität verbunden ist (Marx 1890). Wenn aber, wie wir heute beobachten, der Produktionszyklus fragmentiert ist, dann hängt die Kooperation der Arbeiterinnen und Arbeiter *mehr als früher* vom Kapital ab, da in der Regel nur dieses – oder die Finanzgremien moderner Unternehmen – jene Arbeitsprozesse zusammenbringen, die getrennt voneinander erbracht werden. Die Kooperation ist *indirekt* und hat mehr als zuvor einen *instrumentellen* Charakter: Die Solidarität, die sich zwischen den »autonomen« Gruppen herstellt, hat nur die Funktion, leichter die eigenen Produktionsvorgaben zu erreichen; jedes Team steht zu den Teams anderer Bereiche in Konkurrenz und alle konkurrieren mit den konkurrierenden Unternehmen. Die soziologische Konsistenz

des Gesamtarbeiters tendiert zur Auflösung oder wird zumindest geschwächt.

Die Gegentendenz, die durch das Wachstum unbezahlter und solidarischer Arbeit gebildet wird, ist nicht stark genug, um die Fragmentierung und den Konkurrenzcharakter in der Welt der subalternen Erwerbsarbeit zu kompensieren. Die freiwillige Arbeit nimmt zwar zu, weil die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit abnimmt, und es ist diese strukturelle Dynamik, die indirekt dazu beitragen kann, die Erwerbsarbeit aufzuheben. Aber diese Möglichkeit wird heute dadurch vereitelt, dass die Reduktion der Arbeitszeit nicht gleichmäßig alle Arbeiterinnen und Arbeiter betrifft. Während sich für einige die freie Zeit erhöht, nimmt sie für andere ab oder sie sind gezwungen, mehr Zeit aufzuwenden, um nach Arbeit zu suchen. Auf diese Weise repräsentiert die unbezahlte Arbeit eine gesellschaftliche Form, die die Zukunft antizipiert, ohne sie jedoch repräsentieren zu können. Die Überwindung der Erwerbsarbeit kann nicht das Resultat der schrittweisen Entwicklung von freiwilliger Arbeit sein.

Selbst dann, wenn die Anreize zu Kreativität und autonomer Kooperation heute die besten Wege darstellen würden, um die Produktion von Wissen auf hohem Niveau und mit der Anforderung ständiger Variation zu managen, reproduziert der Kapitalismus doch die Fragmentierung und Subsumtion der Arbeit, um seine beherrschende Position über den Produktionsprozess aufrechtzuerhalten. Und obwohl die Informationsrevolution in der Lage wäre, die Autonomie der Arbeiterinnen und Arbeiter zu erhöhen, wäre die Software in einem demokratischen Prozess der Redefinition der Arbeitsvorgänge entstanden, so herrscht in der Wirklichkeit doch zumeist eine Top-Down-Konstruktion von Software vor, die zumeist Subsumtion anstatt Autonomie befördert (Gallino 2007). Die industrielle Demokratie könnte die beste Form sein, die Möglichkeiten moderner Produktion auszuschöpfen, aber der Kapitalismus stellt nicht die optimale Form des Ressourcenmanagements dar. Aufgrund all dieser Tendenzen und auch, wenn wir für einen Moment die Schwächung der sozialistischen Ideologie außer Acht lassen, haben die Arbeiterinnen und Arbeiter Schwierigkeiten, sich selbst als eine Klasse zu den-

ken. Sie sind unfähig, sich ihre kollektive Macht als Akteur einer umfassenden gesellschaftlichen Kooperation vorzustellen, weil die gesellschaftliche Arbeit ihnen heute als fragmentierte Arbeit gegenübertritt. Und selbst dann, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter heute zur politisch herrschenden Klasse würden, dann wären sie nicht in der Lage, unmittelbar die Produktion als gesellschaftliche Produktion zu organisieren, sondern müssten ihre politische Hegemonie nutzen, um den Produktionszyklus zu vereinheitlichen und jene Fähigkeiten kooperativen Managements zu erwerben, die das Kapital der Arbeit ständig entzieht oder ihr nur zum Teil und entstellt übergibt.

Gegen den technologischen Determinismus

Es wäre jedoch völlig falsch, aus der soziologischen Beschreibung der gegenwärtigen Arbeitswelt definitive Schlüsse über das gewerkschaftliche und politische Verhalten der Arbeiterinnen und Arbeiter zu ziehen und zu behaupten, dass, auch wenn man die Fragmentierung des Produktionszyklus voraussetzt, keine Möglichkeit der Mobilisierung der Arbeiterinnen und Arbeiter möglich sei oder diese auf jeden Fall wirkungslos bliebe. Wie der geistige Vater des italienischen Operaismus, Raniero Panzieri, beobachtete, ist es unmöglich, das Verhalten der Arbeiterinnen und Arbeiter aus den technologischen Eigenschaften des Kapitals abzuleiten (Panzieri 1972). Und, wie Beverly Silver bemerkte, wurde selbst die Geburt des Taylorismus-Fordismus zunächst als *Ende des Klassenkampfes* angesehen, weil sie die gesellschaftliche Kraft zerstörte, die der Hauptakteur des vorhergehenden Zyklus der politischen Initiative der Arbeiterinnen und Arbeiter war – den spezialisierten Facharbeiter, der stolz auf seine eigene Arbeit und seiner gesellschaftlichen Rolle durchaus bewusst war (Silver 2003). Die Vollbeschäftigung, die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats und die Gegenwart starker Gewerkschaften und Arbeiterparteien brachten die »positive Seite« des Taylorismus-Fordismus hervor, die Existenz einer hohen Konzentration von Arbeitern, mit gleichen oder austauschbaren Aufgaben. Dies war die Basis eines langen Zyklus starker egalitärer Klassenkämpfe. Was vom technologischen Standpunkt als reines Instrument der Unterord-

nung der Arbeit angesehen wurde, wurde durch die Verdichtung von heterogenen gesellschaftlichen und politischen Faktoren in ein Instrument der Klassenmobilisierung verwandelt.

Das bedeutet, dass die »sozialistische« Kooperation der Arbeiterinnen und Arbeiter in allen historischen Phasen des Kapitalismus niemals als unmittelbares und direktes Resultat des Kapitalismus existiert, sondern durch gesellschaftliches und politisches Engagement geschaffen werden muss. Dieses Engagement kann durch die objektiven Bedingungen erleichtert oder erschwert werden, aber es ist immer das Resultat *einer besonderen und autonomen* Aktivität im Unterschied zu jener, die sich unter dem Kommando des Kapitals vollzieht. In diesem Zusammenhang sind die Beobachtungen von Charles Tilly nützlich. Seiner Ansicht nach hängt die Mobilisierung der Arbeiterinnen und Arbeiter mit der Überschneidung von zwei unterschiedlichen Formen der Vereinigung zusammen. Dies ist zum einen die *primäre* Vereinigung, die auf der kapitalistischen Organisation der Arbeit beruht. Er nennt diesen Typ *catness* (*category association*). Zum anderen ist dies eine Vereinigung, die das Resultat des freien Handelns der Arbeiterinnen und Arbeiter ist und die Netzwerke von autonomen Organisationen, Gewerkschaften, Betriebsräten, Genossenschaften und Parteien hervorbringt. Diesen Typ nennt Tilly *netness* (Tilly 1978). Benutzt man diese Unterscheidung, dann kann man sagen, dass in einigen Fällen wie dem Fordismus die *netness* darauf beschränkt ist, die Beziehungen der *catness* zu verstärken und so den Übergang von der Massenproduktion zu den Massengewerkschaften und der Massenpartei zu ermöglichen. In anderen Fällen, so auch gegenwärtig, muss die *netness* dagegen in einem fast völlig autonomen Prozess jene Beziehungen herstellen, die die heutige Organisation der Produktion zu zerstören sucht: Es kann tatsächlich passieren, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter nur durch ihre eigene autonome Vereinigung erfahren, dass sie Teil eines übergreifenden Produktionszyklus sind.

Die idealistische Rekonstruktion des Gesamtarbeiters: das Modell der Multitude

Die westliche radikale Linke hat bei dem Versuch, die Kooperation zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern zu rekonstruieren, zwei theoretische Modelle entwickelt. Das erste Modell – weiter ausgearbeitet und kohärenter – ist das der *Multitude*; das andere – noch unbestimmt und nur in embryonaler Form vorliegend – kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt als das Modell populärer Allianzen definiert werden.

Entsprechend dem Modell der Multitude (Hardt/Negri 2003; Hardt/Negri 2004) basiert der gegenwärtige Kapitalismus stärker auf der Ausbeutung der intellektuellen, emotionalen und gesellschaftlichen Fähigkeiten – d.h. den so genannten immateriellen Eigenschaften der Arbeit – als auf der Ausbeutung körperlicher Arbeitsenergie. Da die Produktion zunehmend auf Wissen basiert (d.h. auf der Produktion und dem Umgang mit Symbolen) und da die fortwährende Veränderung der Ziele und Methoden der Arbeit Fähigkeiten zur Anpassung und soziale Kompetenz verlangt, muss das Kapital vor allem immaterielle Arbeit ausbeuten, und auch die traditionelle Arbeit wird zum »Moment« von intellektueller und emotionaler Aktivität. Da aber die immaterielle Arbeit ihrem Wesen nach kommunikative Arbeit und die Fähigkeit der kommunikativen Kooperation eine Gattungseigenschaft des Menschen ist, wird die kommunikative Kooperation der Arbeit, so die These, *ohne Vermittlung durch das Kapital*, als Ergebnis des autonomen Handelns der Arbeiter hergestellt. Anders formuliert, ist nach Ansicht der Theoretiker der Multitude das Gehirn der Arbeiter heute das wichtigste Produktionsmittel, und da dieses nicht vom Arbeiter getrennt werden kann, ist die traditionelle Trennung zwischen Arbeiter und Produktionsmittel (auf der die Herrschaft des Kapitals immer beruhte) nicht länger gegeben. Der Produktionsprozess wird dem Wesen nach durch die Arbeiter selbst dominiert; das Kommando des Kapitals wird als *äußeres* Kommando ausgeübt und ist nicht länger durch irgendein produktives Erfordernis legitimiert. Dieses Konzept von Erwerbsarbeit schließt eine bewusste Ausweitung des Arbeitsbegriffs und des Begriffs vom Arbeiter ein: Wenn das Ka-

pital alle lebendigen Fähigkeiten der Arbeit ausbeutet, dann bedeutet dies, dass jeder Moment des Lebens dem Kapital unterworfen ist (*biopolitische* Herrschaft des Kapitals). Umgekehrt kann aber die ganze biologische Substanz des Lebens sich gegen das Kapital erheben und ein neues gesellschaftliches Verhältnis frei von kapitalistischer Herrschaft begründen. Die Multitude ist in diesem Konzept der »politische Name« dieses Aufstands des Lebens selbst.

Diesem Modell kommt das Verdienst zu, die Frage nach den ambivalenten Formen der Vergesellschaftung neu zu stellen und damit die kommunistische Perspektive nicht nur ethisch zu begründen. Es entbehrt jedoch jedes Realismus (Calzolari/Porcario 2005). Indem es davon ausgeht, dass die Kooperation der Arbeit sich direkt und unabhängig vom Kapital vollzieht, umgeht das Modell das Problem der realen Fragmentierung der Arbeit und erlaubt nicht, dieses effektiv anzugehen. Ungeachtet dessen, dass sie sich als radikal neuer Diskurs präsentiert, als Überwindung der alten politischen Konzeptionen der Arbeiterbewegung, ist die Idee der Multitude eine neoanarchistische Version der traditionellen Theorie der Produktivkräfte, von der ich am Anfang des Buches gesprochen habe: Wie schon im produktivistischen Ökonomismus der Zweiten und Dritten Internationale ist auch für die Theorie der Multitude die technologische Entwicklung, die vom Kapitalismus geschaffen wurde, die grundlegende Basis der kommunistischen Gesellschaft. Es scheint dem Kommunismus möglich, die Resultate dieser Entwicklung zu erben, ohne ihre innerste Natur ändern zu müssen.

Bei näherer Betrachtung sind alle logischen Schritte, auf denen das Modell der Multitude beruht, unbegründet. Erstens ist es in keiner Weise wahr, dass die Arbeit in der Gegenwart ihrem Wesen nach immateriell oder die traditionelle fordistische Arbeit einfach körperliche Arbeit ist. Die massive Ausweitung fordistischer Arbeit in den Schwellenländern und die Zunahme körperlicher Arbeit im Westen erlaubt es nicht zu behaupten, dass die immaterielle Arbeit zum allgemeinen Modell von Arbeit geworden ist. Zudem gab es auch im fordistischen Modell eine autonome Kommunikation der Arbeiter, da kein noch so mechani-

sierter Prozess der Arbeit wirklich wie eine »perfekte Maschine« funktioniert, bei der es nichts Unvorhergesehenes gibt, zudem waren auch in der Vergangenheit keineswegs alle Arbeitsprozesse rigide mechanisiert.

Aber selbst dann, wenn wir akzeptieren würden, dass die gesamte Arbeit heute immateriell und kommunikativ ist, dann kann nicht behauptet werden, dass dies die direkte, horizontale und demokratische Kooperation unter den Arbeiterinnen und Arbeitern einschließt. »Kommunikation« ist keineswegs synonym mit »Kommunismus«, und die Tatsache, dass Sprache eine allgemeine Eigenschaft von Menschen ist, bedeutet noch lange nicht, dass Arbeit, die auf Sprache gründet, notwendig eine Arbeit ist, die kooperativ organisiert ist. Die Mitteilung einer Kündigung ist ein kommunikativer Akt, aber das Gegenteil egalitärer Kooperation. Eine gemeinsame Sprache kann auch dazu dienen, Befehle zu übermitteln und Unterordnung zu akzeptieren. Zudem können kommunikative Handlungen und der Aufbau sozialer Beziehungen *konkrete Situationen* schaffen, die *neue Ebenen von Realität* definieren, oder neue materielle Bedingungen hervorbringen, die nicht zwangsläufig elastischer sind als die, die durch die fordistische Disziplin bestimmt wurden: Es kann einfacher sein, sich gegen den exzessiven Arbeitsrhythmus zur Wehr zu setzen, der durch eine Maschine aufgezwungen wird, als sich von dem Gefühl persönlicher Verantwortung zu befreien, das der neue Kapitalismus den Arbeiterinnen und Arbeitern eingeimpft hat. Und schließlich ist es auch nicht wahr, dass jegliche Lebenserfahrung Erwerbsarbeit geworden ist: Nur die formalisierte und geregelte Arbeit ist »Erwerbsarbeit«. Tätigkeiten, bei denen ein Verlag unbewusst mit Informationen über die eigenen literarischen Vorlieben versorgt wird, indem man im Internet surft, sind keine Tätigkeit, für die der Begriff der *Erwerbsarbeit* wirklich zutrifft (Formenti 2011). Zudem ist das »Leben«, der »Bios«, von dem die Theoretiker der Multitude sprechen, keinesfalls die Grundlage einer Aktivität sozialer Transformation im strengen Sinn. Wenn es wahr ist, dass es die biologischen Eigenschaften eines Menschen sind, die sie und ihn mit Notwendigkeit zu einem »gesellschaftlichen Wesen« machen, dann kann

diese *Abhängigkeit* von der Gesellschaft eine *konservative* oder sogar *reaktionäre* Funktion erfüllen, denn die oder der Einzelne kann dazu gebracht werden, die gegenwärtige Gesellschaft einer besseren zukünftigen, aber *unsicheren*, vorzuziehen, wenn die gegenwärtige Gesellschaft ihr und ihm die elementaren Bedingungen des Überlebens sichert.

Aber selbst wenn wir akzeptieren, dass Arbeit immateriell ist und Kommunikation die Eintrittshalle zum Kommunismus, ist es in keiner Weise wahr, dass wir mit all dem die Trennung der Arbeiterinnen und Arbeiter von den Produktionsmitteln überwunden hätten. Das »Gehirn« ist in Wirklichkeit kein Produktionsmittel, sondern »Arbeit«: Die Fähigkeit zu intellektueller Arbeit kann nur dann in effektive intellektuelle Arbeit überführt werden, wenn sie mit den Produktionsmitteln und einer entsprechenden Organisation der Produktion kombiniert wird. Beides ist und bleibt Eigentum des Kapitals. Auf diese Weise wird hochqualifizierte intellektuelle Arbeit erst dann wirklich aktiv, wenn sie dem Kapital ihre eigenen Resultate verkauft, die diese dann im gesamten Produktionsprozess anwendet (formelle Subsumtion). Weniger qualifizierte intellektuelle Arbeit dagegen ist direkt der Software untergeordnet, die sie zu vereinfachten geistigen Operationen zwingt (reelle Subsumtion). Deshalb ist auch heute Erwerbsarbeit durch das Kapital vermittelt und wird durch das Kapital kommandiert. Und die Aufgabe der Arbeiterinnen und Arbeiter sollte nicht einfach darin bestehen, ihre gegebenen kooperativen Fähigkeiten auszudehnen, sondern sich jene Fähigkeiten wieder anzueignen, die das Kapital absorbiert hat, und sie völlig neu, *ex novo*, zur rekonstruieren.

Die Theorie der Multitude stellt folglich, auch wenn sie einige wichtige Ideen enthält und es heute auch einige ausgefeiltere Versionen gibt, ein Hindernis bei der Durchsetzung der Kooperation der Arbeit dar, denn sie geht davon aus, dass diese Kooperation schon vorhanden ist und in den normalen Handlungen der Arbeit realisiert wird. Die Arbeiterinnen und Arbeiter müssten deshalb nicht nur keinen neuen Staat schaffen, sondern *sie bräuchten nicht einmal autonome Strukturen der eigenen Vereinigung zu schaffen*, die sich von denen der Produktion, d.h. von den all-

täglichen Bedingungen des Lebens, unterscheiden. Die Grenzen des Modells der Multitude liegen darin begründet, dass es einige Merkmale von Erwerbsarbeit von anderen isoliert und behauptet, dass jede Erwerbsarbeit über diese Eigenschaften verfügt. Merkmale, die nur auf hochqualifizierte *Wissensarbeiterinnen und Wissensarbeiter* zutreffen, werden auf die gesamte Erwerbsarbeit ausgeweitet, was die Erkenntnis der *Differenzen innerhalb* der Welt der Erwerbsarbeit unmöglich macht, vor allem auch jener Differenzen, die gerade für die Welt der Wissensarbeiterinnen und Wissensarbeiter charakteristisch sind. Vom Standpunkt eines politischen Programms steht die Theorie der Multitude im Kern dem Problem einer neuen Produktionsweise, einer neuen Eigentumsform und der neuartigen Koordination der produktiven Aktivität und eines neuen Staats gleichgültig gegenüber, denn sie geht davon aus, dass all diese Probleme durch die heutige Weise der Kooperation *schon gelöst* sind, zumindest potenziell. Die Multitude kann sich demnach darauf beschränken, ein *garantiertes Bürgerinnen- und Bürgereinkommen* zu fordern, um sich auf dieser Basis unabhängig vom Kapital und vom Staat frei entwickeln zu können, eine Aktivität, die selbst auch jetzt schon unmittelbar gesellschaftlich sei, so die Annahme.

Gegen diese Kritik der Theorie der Multitude könnte man einwenden, dass das Konzept der immateriellen Arbeit, auch wenn es keinesfalls eine Beschreibung jeglicher Arbeit ist, Erwerbsarbeit in ihrer fortgeschrittensten Form beschreibt, in jener Gestalt, wie sie für die »höchste« Stufe kapitalistischer Ausbeutung charakteristisch ist. Dies sei auch der Fokus, um den herum sich die wichtigste »revolutionäre Avantgarde« formieren könnte. Aber dies ruft zwei Einwände hervor: Zum einen gibt es kein soziologisches Gesetz, nach dem der politisch kämpferischste Teil der Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter notwendigerweise bei jenen zu finden ist, die in den technologisch fortgeschrittensten technologischen Feldern tätig sind. Dies klingt nach einem technologischen Determinismus, der das politische Verhalten der Arbeiterinnen und Arbeiter aus den technischen Merkmalen ableitet, und impliziert eine *Geschichtsphilosophie*, nach der jede Epoche in der Weltgeschichte *immer* ein Subjekt hervorbringt, das

in der Lage ist, diese Epoche zu verstehen und in bestmöglicher Weise zu interpretieren. Zum anderen verlassen wir in dem Augenblick, in dem wir von einer Avantgarde sprechen, die Theorie der Multitude, da diese Theorie von einem homogenen gesellschaftlichen Subjekt ausgeht, während die Idee der Avantgarde ein Problem aufwirft, das mit dem Konzept der Multitude nicht kompatibel ist, das Problem des *Bündnisses* zwischen verschiedenen popularen Sektoren und einer Politik, die dieses Bündnis anleiten kann.

Die politische Rekonstruktion des Gesamtarbeiters:

Das Modell des popularen Bündnisses

Dem Modell eines popularen Bündnisses fehlt bisher noch eine präzise theoretische Definition, aber es wurde indirekt in einer Reihe verschiedener Arbeiten beschrieben (Brecher/Costello 1994; Brie/Hildebrandt/Meuche-Mäker 2007; Urban 2009; Harvey 2010; Bosteels 2014). Dieses Modell wird durch zwei grundlegende Merkmale des gegenwärtigen Kapitalismus angeregt – die Fragmentierung des Produktionsprozesses und die Vielfalt der Formen der Ausbeutung und Unterdrückung. Es erkennt an, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter *tatsächlich gespalten* sind und dass die erste Aufgabe sozialistischer Politik darin besteht, eine wirksame Einheit der Arbeit herzustellen.

Dazu müssen gleichzeitig zwei Wege gegangen werden. Zum einen geht es um die Förderung von Vereinigungen an der Basis, gegründet auf Wechselseitigkeit, ähnlich denen, mit denen in der ersten Phase der Arbeiterbewegung experimentiert wurde. Zum anderen geht es um eine einheitliche Strategie der Transformation der Eigentumsverhältnisse und des Staates. Zudem erkennt dieses Modell an, dass der Kapitalismus heute auf alle nur möglichen Formen der Ausbeutung von Arbeit zurückgreift (Steigerung des relativen wie des absoluten Mehrwerts, formelle und reelle Subsumtion der Arbeit) und zu dieser Ausbeutung der Arbeit die Ausplünderung der natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen hinzufügt. Auf diese Weise wird die Zahl jener, die durch die kapitalistische Entwicklung geschädigt werden, immer weiter erhöht.

Diese Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter, die durch den Kapitalismus in verschiedenen Formen ausgebeutet werden, und jene Individuen und Klassen, die durch den Kapitalismus auf unterschiedliche Weise geschädigt werden, bilden keine Multitude, da sie kein homogenes Subjekt darstellen. Sie sind solange unfähig, wirklich zu kooperieren, wie sich die wichtigsten Produktionsmittel in den Händen des Kapitals befinden. Nur kraft dessen, dass sie einen gemeinsamen Feind haben und dass sie eine neue Produktionsweise und deshalb einen neuen Staat entwerfen müssen, können sie vereinigt werden. Diese Masse ist nicht einfach als Masse von Arbeiterinnen und Arbeitern definiert, sondern als Kombination von *Bürgerinnen und Bürgern* in einem Sinn, den ich weiter unten näher bestimmen werde. Und diese Masse kann als »Volk« definiert werden, wenn wir unter Volk nicht das verstehen, was damit der Populismus meint, sondern die Gesamtheit jener, die gegen die herrschenden Klassen und nicht gegen die Schwächsten in der Gesellschaft kämpfen.

Die kulturelle, organisatorische und politische Autonomie dieses Volkes kann nicht auf der Basis der vorhandenen Institutionen (oder auf der Basis der Konzerne, Staatsapparate oder jener gesellschaftlichen Organisationen, die die kapitalistischen Verhältnisse der Unterordnung reproduzieren) hergestellt werden, sondern nur auf der Grundlage populärer Vereinigungen, die sich von existierenden Institutionen *unterscheiden*. Die Totalität dieser neuen Institutionen muss die Art und Weise kapitalistischer Kooperation transformieren und Kooperation dort ganz neu herstellen, wo es sie bisher nicht gibt. Auf diese Weise kann das Netzwerk populärer Institutionen, auch wenn es die Organe der kapitalistischen Produktion nicht unmittelbar ersetzen kann, als Basis für die Ermächtigung der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Bürgerinnen und Bürger dienen, als Schule der Bildung einer zukünftigen herrschenden Klasse und damit als Moment der *Konstitution eines Subjekts* der Transformation. Um nicht die Erfahrungen des Staatssozialismus zu wiederholen und um sich an die Komplexität der gegenwärtigen Gesellschaft anzupassen, dürfen die populären Institutionen, auch wenn sie dazu beitragen, die Führungsgruppen von Parteien und des Staates zu bil-

den, weder mit den Parteien und dem Staat identifiziert werden. Sie müssen dauerhaft eine *kritische Distanz* zu beiden bewahren. Das politische Subjekt des popularen Bündnisses stellt sich auf diese Weise dar als ein multiples Subjekt in der horizontalen Dimension (da es aus verschiedenen Klassen besteht und auf unterschiedliche Widersprüche reagiert) und zugleich in der vertikalen Dimension (da es aus verschiedenen Formen politischer Vereinigung besteht, die sich bei der Aufgabe der generellen Führung der Bewegung abwechseln). Beispiele dafür gibt es in einigen lateinamerikanischen Ländern und teilweise auch in der globalisierungskritischen Bewegung.

Wird das populare Bündnis auf diese Weise definiert, dann ist es weder eine »reine« Klassenfront noch ein populistisches Bündnis. Im Unterschied zu Letzterem verteidigt es nicht einen Teil des Volkes gegen einen anderen, es verherrlicht nicht die spontanen Qualitäten des Volkes, sondern regt es zur Selbsttransformation und Selbstbildung an. Es vertraut sich nicht einem Führer an, sondern entwickelt autonome Institutionen und strukturierte Parteien. Und es kämpft nicht nur gegen einige Sektoren des Kapitalismus (die »Spekulanten«, die »Parasiten«), sondern gegen das Ganze der kapitalistischen Ordnung.

9. Schlussfolgerungen: Polanyi versus Marx?

1.

Unsere kurze Analyse hat gezeigt, dass sich die verschiedenen Widersprüche des Kapitalismus nicht im gleichen Rhythmus entwickeln und auch nicht dieselbe Wirkung haben. Einige wirken auf einer tieferen Ebene, manche sind versteckt. Andere sind sichtbarer, aber die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sieht sie als unveränderbar an. Andere dagegen können unmittelbar erkannt und zum Gegenstand der direkten politischen Konfrontation werden.

Ein tief liegender Widerspruch, der sehr wichtig, aber für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger fast völlig unsichtbar ist, ist der Widerspruch zwischen kapitalistischen Konzernen und wissenschaftlicher Forschung: Die Großkonzerne delegieren die Grundlagenforschung *an den Staat* und einen Teil der angewandten Forschung *an kleinere Firmen*. In der gleichen Zeit reduzieren sie ihre Steuern und beuten die Flexibilität der kleineren Firmen zu ihrem Vorteil aus. Folglich wird eine Aktivität, die für die menschliche Gattung von entscheidender Bedeutung ist, auf eine eingeschränkte und entstellte Weise realisiert, obwohl von dieser Aktivität die rationale Nutzung der Ressourcen des Planeten, die Ernährung und Gesundheit seiner Bewohnerinnen und Bewohner abhängt. Die wachsende Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung transformiert langsam den Kapitalismus, macht ihn in wachsendem Maße von öffentlichen Leistungen abhängig und legt als beste technische Lösung nahe, eine horizontale Kooperation der Arbeiterinnen und Arbeiter und auf Gleichheit beruhende Beziehungen zwischen großen und kleinen Unternehmen herzustellen. Aber der neoliberale Kapitalismus widersetzt sich dieser Tendenz, privatisiert die Sphäre des Öffentlichen und erhöht die Konzentration des Kapitals und die Unterordnung der Arbeit. Eine sozialistische Perspektive könnte die Wissenschaft von den Fesseln des Kapitalismus befreien und es der Menschheit erlauben, ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Aber es ist sehr schwer, eine *Massenbewegung* zu formieren, die auf der Forderung nach sozialem Gebrauch der Wissenschaft basiert.

Sichtbarer als der Widerspruch zwischen Wissenschaft und kapitalistischen Unternehmen ist der Widerspruch zwischen der wechselseitigen Abhängigkeit der verschiedenen Elemente des Produktionszyklus einerseits und der Fragmentierung der Produktion andererseits. Viele sind sich mittlerweile bewusst, dass diese Fragmentierung vor allem dazu dient, die Arbeit gegenüber dem Kapital zu schwächen. Aber dieses Bewusstsein kann genau deshalb nicht in eine wirksame politische Bewegung verwandelt werden, weil es die Spaltung zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern gibt, die durch die Fragmentierung hervorgerufen wird, und wegen des internationalen (oder semi-internationalen) Charakters, den die Fragmentierung annimmt. Da die Koordination der verstreuten Unternehmen und damit die Realisierung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit ausschließlich dank des Kapitals erfolgt, erscheint der gesellschaftliche Charakter der Arbeit ausschließlich als Resultat des Kapitals. Deshalb erreichen die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter nur selten jenen Punkt, an dem sie die Vergesellschaftung der Unternehmen verlangen. So lange wie Unternehmen nicht wieder im nationalen Raum konzentriert werden, wird es sehr schwer sein, wieder zu direkten Auseinandersetzungen mit der kapitalistischen Organisation der Arbeit zu kommen wie jenen, die in den 1960er und 1970er Jahren auftraten. Gerade dann, wenn die Transformation der Organisation der Arbeit besonders dringend wird, erscheinen die Subjekte dieser Transformation am schwächsten.

Während die kapitalistische Produktion zumindest gegenwärtig als ein unveränderbares Schicksal angesehen wird, das durch die Technologie diktiert wird, oder aber als eine Sphäre, die aufgrund der Kräfteverhältnisse nicht verändert werden kann, sieht die Sache anders aus, wenn es um jene Widersprüche geht, die sich um *Geld* und *öffentliche Schulden* drehen. In diesem Fall kann jede und jeder einsehen, dass sich privater Reichtum durch die Plünderung des öffentlichen Reichtums bildet, und dies erscheint als offensichtlichste Manifestation des Widerspruchs zwischen der gesellschaftlichen Form der Produktion und der privaten Form der Aneignung. Zudem können alle Menschen als Bürgerinnen und Bürger des Staates sich dieser Frage der öffent-

lichen Schulden *annehmen in der Hoffnung, die Entscheidungen der herrschenden Klassen verändern zu können*. Es scheint also, dass einige Widersprüche des Kapitalismus deutlicher in Erscheinung treten und eher zum Gegenstand des politischen Kampfes in der Arena des Staates und der Verwaltung öffentlicher Gelder werden als andere. Dies sind Bereiche, wo die Individuen nicht einfach als Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern als Bürgerinnen und Bürger intervenieren. Und in diesem Falle heißt die Tatsache, dass die Einzelnen als Bürgerinnen und Bürger agieren, nicht, dass sie dem Klassenkampf entsagen, sondern dass sie sich allgemeinen Zielen der Transformation zuwenden, die in der direkten Konfrontation zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern einerseits und Kapitalisten andererseits in den einzelnen Unternehmen nicht ausgefochten werden können.

Vom Standpunkt sozialistischer *Politik* in den Ländern des kapitalistischen Westens scheinen also die Widersprüche (und Möglichkeiten), die sich in der Sphäre des öffentlichen und staatlichen Handelns entwickeln, *in dieser konkreten historischen Situation* wichtiger zu sein als jene, die sich auf der Ebene der Industrie entwickeln. Der dominante Prozess einer Gesellschaft ist immer die Produktion. Aber der Raum, in dem es *heute* möglich ist, eine Passage in Richtung Sozialismus zu öffnen, ist nicht die Produktion, sondern die Sphäre des Öffentlichen und des Staates. Wenn die sozialistische Bewegung in vorhergehenden Perioden ihre Kraft auf dem industriellen Terrain gesammelt hat, um es dann auf dem politischen anzuwenden, so könnte heute das Umgekehrte passieren. Der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter könnte, um in Zeiten der Krise sichtbare Ergebnisse zu erreichen, gezwungen sein, sich direkt gegen die Industriepolitik des Staates anstatt gegen die Entscheidungen einzelner Unternehmer zu richten. Diese Umkehr würde wahrscheinlich eine gewisse Schwächung der sozialistischen Perspektive darstellen, die gezwungen wäre, auf politischem Wege (von oben und von unten) ihre eigenen *materiellen Voraussetzungen* zu rekonstruieren, Verbindungen in der Produktion, die das Finanzkapital zu zerstören bestrebt ist. Es gibt eben kein historisches Gesetz, das vorschreiben würde, dass die Bruchstelle des Kapitalismus immer die wichtigste Stelle, die

der Produktion, sein muss und dass die gesellschaftliche Transformation immer von hier, von den unmittelbaren Produktionsverhältnissen, ausgehen kann und muss.

2.

Die gegenwärtige Form der Widersprüche des Kapitalismus kann uns auch etwas über die Wirtschaftsplanung einer zukünftigen sozialistischen Regierung lehren. Diese Planung muss vor allem die *Einheit* des Produktionszyklus wiederherstellen, insoweit ihr Aufbrechen nicht funktional bedingt ist, sondern aus dem Streben des Kapitals erwächst, sich die Arbeit zu unterwerfen. Sie muss aber auch die Vielfalt der produktiven Subjekte befördern, wo dies durch die Entwicklungsbedürfnisse angewandter wissenschaftlicher Forschung bedingt ist. Die Rekonstruktion der Einheit des Produktionszyklus kann nicht ohne die direkte Partizipation der Arbeiterinnen und Arbeiter und ohne die Demokratisierung der Arbeitswelt stattfinden. Aber zugleich ist ein entschiedener Gebrauch von staatlicher Kommandomacht notwendig, denn der Widerstand ist sehr stark. Es werden sehr große Finanzmittel gebraucht, und die Auflösung von oligopolistischen Gruppen, deren Größe nicht durch technische Bedürfnisse bedingt ist, muss planmäßig vollzogen werden. Beim Management der Vielfalt von produktiven Akteuren mit hoher Wissensintensität wird eine höhere Autonomie der Unternehmen durchgesetzt werden müssen. Die sozialistische Regierung wird die *netzartige Kooperation* zwischen den unabhängigen Subjekten befördern und nicht so sehr auf politisches Kommando und preislichen Wettbewerb setzen. Der Preis wird in diesem Fall das Ergebnis eines bewussten gesellschaftlichen Verhältnisses sein und nicht dessen Vorbedingung. Der Produktionsmittelmarkt und der Markt für Zwischenprodukte kann durch die Festlegung von »internen« Preisen (in Bezug auf einen Sektor oder ein Unternehmen) geregelt werden, die wie auch heute schon teilweise nicht das Resultat sachlicher Schwankungen von Angebot und Nachfrage, sondern von vorhergehender Konsultation und »politischen« Absprachen zwischen unterschiedlichen Unternehmen und verschiedenen Bereichen ein und desselben Unternehmens sein werden. Dagegen

kann der preisliche Wettbewerb dort gefördert und reguliert werden, wo es um die Produktion von normalen Gütern der Massenkonsumtion geht, da in diesen Feldern die Schwankungen von Angebot und Nachfrage tatsächlich den sozialen Bedarf effizienter ausdrücken als ein zentralisierter Plan.

Im Sozialismus wird es aber nicht nur traditionelle marktorientierte Unternehmen geben, sondern er muss vor allem die Entwicklung von genossenschaftlichen und sozialistischen Firmen fördern. Letztere werden durch Individuen oder Gruppen gebildet, die beabsichtigen, sich einer innovativen Produktion zu widmen, oder die auf speziellen Märkten wirken, denen der Staat die Nutzung öffentlicher Ressourcen einräumt. Im Erfolgsfall werden sie eine höhere Vergütung bekommen, aber keine, die die private Akkumulation von Reichtum erlaubt.

Vom heutigen Standpunkt erscheint die sozialistische Planung als eine Kombination von a) zentralisierter Planung der Aktivität großer Produktionskomplexe, b) Schaffung interner oder Pseudomärkte für Beziehungen zwischen Großunternehmen ein und desselben Sektors oder zusammenhängender Sektoren, c) Entwicklung von unabhängigen Produzenten und Netzwerken von Unternehmen in Bereichen von Gütern mit hohem Wissensanteil, d) Entwicklung genossenschaftlicher und sozialistischer Unternehmen sowie e) traditionellen Märkten im Bereich der Massenkonsumtion. Es geht weder um die vollständige Planung oder die Schaffung eines »reinen Marktes« noch um eine *Zwischenform* zwischen Staat und Markt. Vielmehr geht es um ein System, in dem die sozialistische Produktion dominiert, und das *auf öffentlichem Eigentum und kollektivistischem Management der großen Industrie- und Finanzgruppen basiert*. Deren Aktivitäten müssen vom Markt ferngehalten werden, um zu verhindern, dass die Gesamtwirtschaft auf das Kriterium der maximalen Kapitalverwertung orientiert wird. Auf dieser Grundlage werden Formen nichtstaatlicher und nichtwarenförmiger Verbindung (Netzwerke und Pseudomärkte) sowie Formen traditioneller Märkte entwickelt.

3.

Eine solche Kombination verschiedener gesellschaftlicher Regulationsweisen kann nur durch einen Staat mit kontinentalen Ausmaßen realisiert werden, einen Staat, der in der Lage ist, das Finanzsystem hinreichend autonom zu managen und große Fragmente produktiver Aktivität zu absorbieren. Es muss ein Staat sein, der seine politische Führungsrolle durch die Dialektik eines ökonomischen und gesellschaftlichen Pluralismus und die sozialistische Nutzung von Governance ausübt. In einer Epoche, in der der Neoliberalismus versucht hat, den Staat zu zerstören, kann der Sozialismus seine Ziele paradoxerweise durch die *Rekonstruktion eines erneuerten Staates* realisieren. Diese Rekonstruktion und Erneuerung muss das Gewicht der vertikalen Apparate von Kommando und Unterdrückung reduzieren und den horizontalen Apparat gesellschaftlicher Vermittlung stärken. Sie muss die Autonomie der Selbstorganisation garantieren – gleichermaßen in den Formen der direkten Demokratie und als Selbstregierung (nicht zuletzt in der Produktion) wie auch als Ort für die Formierung politischer Subjekte, die dem Staat gegenüber autonom und deshalb in der Lage sind, dessen Degeneration zu bekämpfen und ihn zu ständiger Entwicklung anzutreiben.

Auf jeden Fall sollte weder von der Abschaffung des Staates noch von dessen Stärkung die Rede sein, sondern eher von dessen *Aufteilung*: Auf der einen Seite bedarf es formaler Apparate, die durch eine Mischung von repräsentativer und direkter und partizipatorischer Demokratie legitimiert sind. Auf der anderen Seite bedarf es informeller Apparate (freier Assoziationen der Bürgerinnen und Bürger und Arbeiterinnen und Arbeiter), die den Staat von außen kontrollieren und seine Entwicklung stimulieren. Diese Rolle muss durch die Verfassung garantiert und indirekt durch den Staat gefördert werden, aber sie *darf nicht als Grundlage des Staates formalisiert werden*, um eine Vereinnahmung der Assoziationen durch den Staat zu vermeiden.

4.

Unsere Analyse konnte wahrscheinlich zeigen, dass viele der Marxschen Konzepte weiterhin nützlich sind. Sie müssen aber von einigen Missverständnissen befreit werden (etwa von der Idee der »Neutralität« der Produktivkräfte) und sie dürfen vor allem nicht als Szenarien von bestimmten Phasen der linearen kapitalistischen Entwicklung in festgelegter Richtung verstanden werden. Die Warenzirkulation ist nur vom logischen Standpunkt die Voraussetzung der kapitalistischen Produktion; historisch entfaltet erscheint sie aber erst auf der Basis einer voll entwickelten kapitalistischen Produktion. Die Konzentration des Kapitals geht nicht immer mit Zentralisation einher. Die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital löst die formelle Subsumtion nicht endgültig ab, da auf jeder Stufe technologischer Innovation Formen formeller Subsumtion entstehen können, auch wenn diese auf einer späteren Stufe in reelle Subsumtion verwandelt werden kann. Der Mechanismus der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals (durch Plünderung und Gewalt) ist historisch immer wieder aufgetreten und nicht nur am Beginn der kapitalistischen Entwicklung zu beobachten. Der Gesamtarbeiter, der für Marx das Endprodukt des Kapitalismus und der Akteur seiner Überwindung ist, ist kein unumkehrbares Resultat, sondern kann in einigen Phasen durch andere Formen der Verbindung von Arbeiterinnen und Arbeitern ersetzt werden.

5.

Die Bedeutung der letztgenannten Modifikation eines Marxschen Konzepts wird klar, wenn es um das politische Modell eines popularen Bündnisses geht. Dieses Modell kann in der Tat als eine Bewegung weg vom traditionellen marxistischen Modell angesehen werden, da es nicht den Kampf der Arbeiterklasse ins Zentrum rückt. Und tatsächlich bezieht sich das populare Bündnis nicht exklusiv auf Arbeiterinnen und Arbeiter; und selbst wenn es diese organisiert, dann nicht notwendigerweise auf der Basis ihrer Eigenschaften als Arbeiterinnen und Arbeiter und deren unmittelbaren »Klasseninteressen«. Es mobilisiert sie auch als Bürgerinnen und Bürger, die für die Verteidigung des Sozi-

alstaats kämpfen, als Mitglieder von Gemeinden, die sich gegen Umweltzerstörung wehren, als Individuen, die die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern einfordern. Diese Verschiebung ist notwendig geworden, weil die gegenwärtige Fragmentierung der Kooperation der Arbeit dazu führt, dass der Ort der *politischen Vergesellschaftung* der Individuen sich von ihren Arbeitsplätzen ablöst. Aus diesem Grund können viele Arbeiterinnen und Arbeiter nicht direkt als Arbeiterinnen und Arbeiter zu radikalen politischen Subjekten werden, sondern als Trägerinnen und Träger von anderen Interessen, die durch den Kapitalismus verletzt werden. Erst zu einem *späteren Zeitpunkt* erkennen sie, dass die Ursache dafür in den Arbeitsverhältnissen liegt (Porcaro 2008). Das populäre Bündnis erscheint so nicht unmittelbar als Transformation der kapitalistischen Verhältnisse *von innen heraus*, sondern als *Einkreisung des Kapitalismus von außen*, als Forderung, die Macht der Kapitalisten zu beschränken und das Privateigentum an den Produktionsmitteln zurückzudrängen, nicht aber direkt als Forderung danach, die Subsumtion der Arbeit unter das Kapital im »Herzen« des Produktionsprozesses zu überwinden. Dieses Modell scheint weniger auf Marx als auf Karl Polanyi und seine Idee einer Bewegung des *Selbstschutzes der Gesellschaft* gegen die destruktiven Wirkungen von »selbstregulierten Märkten« zu verweisen (Polanyi 1978). Man könnte also annehmen, dass das populäre Bündnis nicht notwendigerweise ein sozialistisches Bündnis ist. Diese Beobachtung ist nur partiell richtig und muss durch eine Reihe weiterer Betrachtungen korrigiert werden.

Auf jeden Fall hat das »Polanyische Modell« die Front eines potenziellen sozialistischen Bündnisses bereichert, indem es zeigte, dass Sozialismus nicht nur im Interesse einer Klasse sein kann, sondern der ganzen Gesellschaft. Polanyi hat immer wieder betont, dass der Sozialismus nur dann gewinnen kann, wenn er nicht nur als Resultat des Klassenkampfes präsentiert wird, sondern als eine Bewegung zum Schutz der elementaren Formen des Lebens überhaupt. Bei Polanyi ist diese Frage mit der Idee verbunden, dass Sozialismus nicht einfach als Wirtschaftssystem definiert werden kann, das *produktiver* ist als das des Kapitalismus, sondern vielmehr als ein System, das die Wirtschaft wieder

unter die Kontrolle der Gesellschaft bringt, dabei aber nicht zu vorindustriellen Produktionsweisen zurückkehrt, sondern gesellschaftliche Formen findet, die den Resultaten der technologischen Revolution angemessen sind. Ungeachtet der Vagheit der Ideen von Sozialismus und Kapitalismus bei Polanyi kann uns die Idee des Sozialismus als gesellschaftliche Kontrolle über die Wirtschaft im Gegensatz zur Idee des Sozialismus als Entwicklung der Produktivkräfte helfen, uns vom Ökonomismus zu befreien, der im Marxismus präsent ist. Man kann dann einen Sozialismus wiederentdecken, der – anderen Hinweisen von Marx selbst folgend – nicht auf der Optimierung der Produktivkräfte (und damit auf der ständigen Steigerung der Produktion) basiert, sondern auf der Durchsetzung gesellschaftlicher Verhältnisse, die den »Produktivkräften adäquat« sind, weil sie in der Lage sind, diese Kräfte in einer für die Gesellschaft nützlichen Weise zu regulieren (Godelier 1973).

Die historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung lehren uns, dass der Klassenaktivismus nicht immer die politisch fortgeschrittenste Form des Handelns der Arbeiterinnen und Arbeiter ist. Sich als Klasse zu definieren, bedeutet nicht, sich auch als Subjekt gesellschaftlicher Transformation zu bestimmen, sondern zunächst einmal einfach als Subjekt einer Marktbeziehung zur kapitalistischen Klasse. Dieses Verhältnis kann durch Konflikte und Bündnisse geprägt sein. Das normale gewerkschaftliche Handeln ist zweifelsohne Klassenhandeln, neigt aber oft dazu, die Subsumtion der Arbeit unter das Kapital anzuerkennen (wenn auch zu versuchen, die Bedingungen zu verbessern), nicht aber, diese Subsumtion zu überwinden. Es kann also soziale Handlungsformen geben, die die Form von Klassenhandeln haben, aber keinen wirklichen Klasseninhalt, da sie die Macht- und Eigentumsverhältnisse nicht infrage stellen. Auf der anderen Seite kann es Handlungen geben, die der Form nach keinen Klassencharakter tragen, aber dafür einen Klasseninhalt. Dies gilt zum Beispiel dann, wenn Kämpfe eines *defensiven* nationalen Typs (im Gegensatz zum *aggressiven* Nationalismus) das Kapitaleigentum der Kontrolle einer spezifischen territorialen Gemeinschaft unterstellen. Es ist sicherlich richtig, dass der Höhepunkt sozialis-

tischer Politik dann erreicht ist, wenn die Kämpfe zugleich dem *Inhalt* wie der *Form* nach Klassencharakter tragen. Aber nichts hindert eine radikale politische Koalition von Arbeiterinnen und Arbeitern, Bewegungen zur Verteidigung der Commons, Umweltbewegungen und demokratischen Kräften daran, unter bestimmten Bedingungen deutlich effektiver zu sein bei der Erreichung sozialistischer Ziele als eine politische Formation, die einen reinen Klassencharakter trägt und ideologisch gemäßigt ist.

Wir müssen abschließend anerkennen, dass Marx' eigene Perspektive nicht einfach die einer Klasse ist. Marx war sich bewusst, dass die Arbeiter, indem sie die Klassenverhältnisse des Kapitalismus zerstören, auch sich selbst als Klasse »zerstören«. Sie überwinden dabei ihr eigenes beschränktes Klassenwesen (das mit der Unterordnung unter das Kapital identisch ist) und bringen sich als *gesellschaftliche Individuen*, d.h. als *frei assoziierte Individuen* hervor: Die autonomen Institutionen der Arbeiterinnen und Arbeiter sind, insofern sie die begrenzte Kooperation überwinden, die ihnen durch das Kapital aufgezwungen wurde, und sie durch eine frei gewählte Kooperation der Arbeiterinnen und Arbeiter ersetzen, Teil des Prozesses der Aufhebung der Arbeiterinnen und Arbeiter als Klasse. Während das Revolutionsmodell des »Kapital« vom »Gesamtarbeiter« ausgeht, der *innerhalb* der kapitalistischen Produktion geformt wird und sie *von innen heraus* überwindet (Marx 1890), geht das Revolutionsmodell der »Grundrisse« (Marx 1983) vom gesellschaftlichen Individuum aus, das neben der unmittelbaren Produktion geformt wird und ihre oder seine *freie Zeit* (d.h. jene Zeit, in der es nicht unter die Verwertungsinteressen des Kapitals subsumiert ist) dafür nutzt, *freie gesellschaftliche Verhältnisse* zu schaffen. Folgt man diesen Auffassungen, dann muss das Subjekt sozialistischer Transformation sich nicht zwangsläufig in der Produktion konstituieren: Es muss sicherlich auf die Produktion einwirken, sie verändern, aber die Ressourcen dafür kann es auch *außerhalb* der Produktion erwerben. Selbst wenn das Modell der »Grundrisse« nur eine Skizze ist, und auch wenn die Theoretiker der Multitude diese Skizze falsch interpretiert haben, als sie behaupteten, dass das Individuum auch innerhalb des Kapitalismus *unmittelbar* ein ge-

sellschaftliches Individuum ist, so ist klar, dass es bei Marx nicht nur das Modell des »Gesamtarbeiters« gibt. Es geht also nicht darum, Marx durch Polanyi zu ersetzen, sondern darum, Marx' Intuitionen zu einer Theorie der *freien Assoziation* als Modus der Schaffung sozialistischer Kooperation weiterzuentwickeln.

6.

Der erste Schritt der Schaffung einer solchen Theorie könnte darin bestehen, die folgende Hypothese zu testen: Die gegenwärtigen Formen kapitalistischer Kooperation sind weder eine reine und einfache Fragmentierung noch die direkte Realisierung der Kooperation der Multitude. Und Arbeit ist weder das einfache Anhängsel kapitalistischer Organisation noch eine freie immaterielle Aktivität. Die wichtigste Eigenschaft der gegenwärtigen Form von Arbeit ist nicht durch ihre Fähigkeit gegeben, Wissen zu produzieren, sondern durch ihre Fähigkeit, *gesellschaftliche Verhältnisse zu produzieren*. Aufgrund der Fragmentierung der Produktionseinheiten und der ständigen Transformation der Rolle der Arbeit in Reaktion auf die Variabilität des Marktes können die Kontinuität und der reguläre Charakter der Produktion nur aufrechterhalten werden, wenn die Arbeit immer wieder jene gesellschaftlichen Verhältnisse rekonstruiert, die durch die Mobilität des Kapitals zerstört wurden. Und während die gesellschaftlichen Verhältnisse des Fordismus *von oben* geschaffen, d.h. genauer: bestätigt wurden, so verlangt die anhaltende Volatilität der heutigen Produktion eine transformatorische Aktivität *von unten*, die wesentlich flexibler und effektiver ist. Diese Aktivität wird durch alle Arbeiterinnen und Arbeiter ausgeübt und nicht nur durch die hochqualifizierten. Sie ist, auch wenn sie partiell autonom ist, nicht immateriell, wenn wir unter immaterieller Arbeit jene verstehen, die von den Restriktionen befreit ist, die durch die kapitalistische Maschine gesetzt werden. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die durchgesetzt werden, haben zum einen immer das Ziel, die Verhältnisse zu diesen Maschinen zu organisieren, und sind deshalb durch die Natur und die Operationszeiten der Maschinen konditioniert. Zum anderen handelt es sich bei den gesellschaftlichen Verhältnissen auch dann, wenn sie nicht durch

traditionelle Maschinen vermittelt sind, um Verhältnisse, die in einem Sprachkode ausgedrückt werden, der in *Software* übersetzt werden kann, die ihrerseits ein bestimmtes Verhalten und damit das Kommando des Kapitals durchsetzt.

Wenn diese Hypothese empirisch verifiziert werden könnte, dann könnte man behaupten, dass ein großer Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter (einschließlich der weniger qualifizierten) nicht nur rein ausführende Arbeiten verrichtet. Und obwohl die Arbeiterinnen und Arbeiter über ein unterschiedliches Niveau an *formalisiertem Wissen* verfügen, was sie voneinander trennt, so werden sie durch die gemeinsame Partizipation an der Konstruktion gesellschaftlicher Verhältnisse vereinigt. Wir müssen hinzufügen, dass diese Konstruktion innerhalb eines kapitalistischen Unternehmens in jedem Falle immer vermittelt ist durch das Kapital und durch dieses kontrolliert wird. Die Fähigkeit, gesellschaftliche Verhältnisse zu konstruieren, die die Arbeiterinnen und Arbeiter innerhalb des Unternehmens ausüben, kann nur dann zur Grundlage freier gesellschaftlicher Verhältnisse werden, wenn sie sich *außerhalb* der Unternehmen, in autonomen popularen Institutionen, niederschlägt. In diesen Institutionen kann man zugleich Fähigkeiten finden, die durch das kapitalistische Unternehmen stimuliert wurden, und soziale Fähigkeiten, die außerhalb desselben gereift sind, in ehrenamtlicher Arbeit, in der Reproduktionsarbeit, in der buchstäblich sozialen Arbeit der Angestellten des Sozialsystems und in den Prozessen politischer Mobilisierung. Auf diese Weise erfinden die Arbeiterinnen und Arbeiter und Bürgerinnen und Bürger in den autonomen Institutionen jene gesellschaftlichen Verhältnisse und experimentieren mit ihnen, die in der Zukunft genutzt werden können, um einerseits die Arbeit in den Unternehmen zu transformieren und andererseits die freiwillige und freie Arbeit gesellschaftlich effektiv zu machen, die durch eine allgemeine Reduktion der Zeit der Erwerbsarbeit gefördert wird.

Durch eine solche Zeit der Lehre vorbereitet, kann nach den notwendigen grundlegenden Veränderungen der Eigentumsformen und der Formen politischer Macht Arbeit auf sozialistische Weise kooperativ geleistet werden – als wirklich koope-

native Arbeit in den Unternehmen und als freiwillige und freie gesellschaftliche Arbeit. Dann wird sie im Austausch gegen den entgeltfreien Zugang zu den wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und den Gütern notwendiger Konsumtion geleistet werden.

Literatur

- Althusser, Louis (1977): *Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie*. Hamburg: VSA (Neuaufgabe: Ideologie und ideologische Staatsapparate. 1. Halbband. Aus dem Französischen von Peter Schöttler und Frieder Otto Wolf. Hamburg: VSA 2010).
- Arrighi, Giovanni (2007): *Adam Smith in Beijing. Lineages of the twenty-first century*. London/New York: Verso (deutsch: Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts. Aus dem Amerikanischen von Britta Dutke. Hamburg: VSA 2008).
- Barabási, Albert-László (2002): *Linked. The New Science of Networks*. New York: Basic Books.
- Bauwens, Michael (2003): »Peer to Peer and Human Evolution«, www.networkcultures.org.
- Bauwens, Michael (2005): »The Political Economy of Peer to Peer«, www.ctheory.net.
- Bellofiore, Riccardo/Francesco Garibaldi/Joseph Halevi (2011): »The Global Crisis and the Crisis of European Mercantilism«, in: Leo Panitch/Gregory Albo/Vivek Chibber (Hrsg.), *Socialist Register 2011: The Crisis This Time*, Pontypool: The Merlin Press, S. 120-146.
- Berle, Adolf Augustus/Coit Means Gardiner (1932): *The Modern Corporation and Private Property*. New York: Macmillan.
- Bernstein, Eduard (1991): *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie [1899]*. Berlin: Dietz.
- Bischoff, Joachim (2014): »Das neue Gesicht des Kapitalismus. Der Aufstieg des finanzgetriebenen Kapitalismus und die Große Krise 2007ff.«, in: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung* 100 (Dezember), S. 35-46.
- Bischoff, Joachim/Hasko Hüning/Christoph Lieber (2005): »Von der neoliberalen zur sozialistischen Gouvernamentalität. Anforderungen an eine Rifondazione der Linken«, in: *PROKLA* 141 (4), S. 521-540.
- Boffito, Carlo (1979): *Efficienza e rapporti sociali di produzione. Contributo alla critica della concezione tradizionale dell'economia comunista*. Torino: Einaudi.
- Boltanski, Luc/Ève Chiapello (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Bosteels, Bruno (2014): *Die Aktualität des Kommunismus*. Hamburg: LAIKA.

- Brecher, Jeremy/Tim Costello (1994): *Global Village or Global Pillage: Economic Reconstruction from the Bottom Up*. Boston, MA: South End Press.
- Brie, Michael (2015): »Für ein Bündnis des liberalen Sozialismus und libertären Commonismus«, in: Ders. (Hrsg.): *Polanyi neu entdecken: Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi*. Hamburg: VSA, S. 13-99.
- Brie, Michael/Cornelia Hildebrandt/Meinhard Meuche-Mäker (Hrsg.) (2007): *DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?* Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 40. Berlin: Dietz.
- Burawoy, Michael (2015): »Marxismus nach Polanyi«, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?* Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2, Hamburg: VSA, S. 33-58.
- Callieri, Carlo (Hrsg.) (1998): *Lavoro ed economia della conoscenza*. Milano: Angeli.
- Calzolari, Stefano/Mimmo Porcaro (2005): *L'invenzione della politica. Movimenti e potere*. Milano: Punto Rosso.
- Cassidy, John (2009): *How Markets Fail. The Logic of Economic Calamities*. New York: Farrar, Straus & Giroux.
- Chesnais, François (1994): *La mondialisation du capital*. Paris: Syros.
- Chorus, Silke (2012): *Ökonomie und Geschlecht? Regulationstheorie und Geschlechterverhältnisse im Fordismus und Postfordismus*. Saarbrücken: AV Akademikerverlag.
- Deaglio, Mario (2004): *Postglobal*. Roma-Bari: Laterza.
- Dellheim, Judith (2014): »Kapitaloligarchien und Transformation. Zur Entwicklung der Europäischen Union«, in: Michael Brie (Hrsg.), *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 332-367.
- Engels, Friedrich (1884): »Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)«, in: *MEW, Bd. 20*, Berlin: Dietz, S. 1-303.
- Engels, Friedrich (1891): »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft«, in: *MEW, Bd. 19*, Berlin: Dietz, S. 177-228.
- Ferrares, Maria Rosaria (2010): *La governance tra politica e diritto*. Bologna: Il Mulino.
- Fiocco, Laura (1997): »L'effetto kanban nell'organizzazione del lavoro alla Fiat di Melfi«, www.intermarx.com.
- Fiocco, Laura (1999): »La cellularizzazione della forza lavoro e le forme di resistenza alla Fiat di Melfi«, www.intermarx.com.
- Formenti, Carlo (2011): *Felici e sfruttati. Capitalismo digitale ed eclissi del lavoro*. Milano: Egea.
- Gallino, Luciano (2005): *L'impresa irresponsabile*. Torino: Einaudi.

- Gallino, Luciano (2007): *Tecnologia e democrazia. Conoscenze tecniche e scientifiche come beni pubblici*. Torino: Einaudi.
- Gallino, Luciano (2009): *Con i soldi degli altri. Il capitalismo per procura contro l'economia*. Torino: Einaudi.
- Gallino, Luciano (2011): *Finanzcapitalismo. La civiltà del denaro in crisi*. Torino: Einaudi.
- Garibaldi, Francesco (2009): »Il lavoro che cambia«, www.portalecnel.it/Portale.
- Garibaldi, Francesco/Volker Telljohann (2007): *New Forms of Work Organisation and Industrial Relations in Southern Europe*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Godelier, Maurice (1973): *Rationalität und Irrationalität in der Ökonomie*. Gießen: Prolit-Buchvertrieb.
- Gramsci, Antonio (1991): *Gefängnishefte*. Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Kritische Gesamtausgabe. Hamburg: Argument.
- Grandinetti, Roberto/Enzo Rullani (1996): *Impresa transnazionale ed economia globale*. Roma: Nuova Italia Scientifica.
- Grazzini, Enrico (2008): *L'economia della conoscenza oltre il capitalismo. Crisi dei ceti medi e rivoluzione lunga*. Torino: Codice Edizioni.
- Grewal, David (2010): »The Return of the State.« <http://hir.harvard.edu/big-ideas>.
- Grossman, Sanford/Joseph E. Stiglitz (1980): »On the Impossibility of Informationally Efficient Markets«, in: *The American Economic Review* 70 (3), S. 393-408.
- Hann, Chris/Keith Hart (2011): *Economic Anthropology*. Cambridge: Polity.
- Hardt, Michael/Antonio Negri (2003): *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Hardt, Michael/Antonio Negri (2004): *Multitude. Krieg und Demokratie in Empire*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Harrison, Bennett (1994): *Lean and Mean: The Changing Landscape of Corporate Power in the Age of Flexibility*. New York: Basic Books.
- Harvey, David (2001): *Spaces of Capital. Towards a Critical Geography*. New York: Routledge.
- Harvey, David (2010): »Organizing for the Anti-Capitalist Transition.« *Reading Marx's Capital with David Harvey*, <http://davidharvey.org/2009/12/organizing-for-the-anti-capitalist-transition/>.
- Harvey, David (2011): *Enigma of Capital and the Crises of Capitalism*. London: Profile Books (deutsch: Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln. Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden. Aus dem Amerikanischen von Christian Frings. Hamburg: VSA 2014).

- Hayek, Friedrich A. von (1948): *Individualism and economic order*. Chicago: Univ. of Chicago Press (deutsch: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung. Graz: Wolfgang Neugebauer 1976).
- Holloway, John (2010): *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Jha, Prem Shankar (2006): *The Twilight of the Nation State. Globalisation, Chaos and War. Foreword by Eric Hobsbawm*. London/Ann Arbor, MI: Pluto Press.
- Jochimsen, Maren (2003): *Careful Economics. Integrating Caring Activities and Economic Science*. Boston: Kluwer Academic Publishers.
- Klein, Dieter (2013): *Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*. Hamburg: VSA.
- Kumar, Krishan (1995): *From Post-Industrial to Post-Modern Society. New Theories of the Contemporary World*. Oxford: Blackwell.
- Lange, Oskar/Fred M. Tyler (1964): *On the Economic Theory of Socialism*. New York: McGraw-Hill.
- Madörin, Mascha (2006): »Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie«, in: Torsten Niechoj/Marco Tullney (Hrsg.), *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie*, Marburg: Metropolis, S. 277-297.
- Martell, Luke (2010): *The Sociology of Globalization*. Cambridge: John Wiley & Sons.
- Marx, Karl (1890): »Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band«, in: *MEW, Bd. 23*. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl (1973): »Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band«, in: *MEW, Bd. 25*. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl (1983): »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie [1857-1859]«, in: *MEW, Bd. 42*. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl (1988): *Ökonomische Manuskripte 1863-1867. Teil 1*, in: *MEGA, Zweite Abteilung, Bd. 4*. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl/Friedrich Engels (1974): »Die deutsche Ideologie [1845/46]«, in: *MEW, Bd. 3*, Berlin: Dietz, S. 9-530.
- Mazzucato, Mariana (2013): *The entrepreneurial state: debunking public vs. private sector myths*. London: Anthem Press (deutsch: Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. Aus dem Englischen von Ursel Schäfer. München: Kunstmann 2014).
- Musacchio, Aldo/Sérgio G. Lazzarini (2012): »The rise of state capitalism«, in: *The Economist*, 21. Januar.
- Orléan, André (2003): »Réflexion sur les fondements institutionnels de l'objectivité marchande«, in: *Cahiers d'économie politique* 44, S. 181-196.
- Palermo, Giulio (2011): »Equilibrio economico generale e fallimenti del

- mercato.« <http://www.eco.unibs.it>.
- Panzieri, Raniero (1972): »Uso socialista dell'inchiesta operaia«, in: *La ripresa del marxismo leninismo in Italia*, Raniero Panzieri. Milano: Sapere Edizioni.
- Pareto, Vilfredo (1909): *Manuale di economia politica*. Milano: Società Editrice Libreria.
- Perazza, Filippo (2001): »Ad esempio, la Benetton«, www.intermarx.com.
- Piore, Michael/Charles Sabel (1986): *The Second Industrial Divide: Possibilities For Prosperity*. New York: Basic Books.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen [1944]*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Polanyi, Karl (1979): *Ökonomie und Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Porcaro, Mimmo (2003): »Die Partei der kommunistischen Neugründung. Traditionen, Innovationen, Perspektiven«, in: Michael Brie (Hrsg.), *Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien. Internationaler Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, 41: S. 9-44. Manuskripte. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/manuskripte_41.pdf.
- Porcaro, Mimmo (2005): »Die radikale Linke und das Problem des Pluralismus: der Fall Italien. Beitrag zum Parteienworkshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Akteure im Umbruch – Transformationsprozesse linker Parteien«, Berlin, 16.-18.12.2005, Berlin«. Rosa Luxemburg Stiftung, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Porcaro_Pluralismus.pdf.
- Porcaro, Mimmo (2008): »Labor and Life. Memorandum for a Future Investigation of (Class?) Consciousness«, in: *Transform Europe*, Nr. 2, www.transform-network.net/en/yearbook/journal-022008/news/detail/Journal/labour-and-life-memorandum-for-a-future-investigation-of-class-consciousness.html.
- Porcaro, Mimmo (2013): »Occupy Lenin«, in: *Luxemburg*, Nr. 1: S. 132-139.
- Poulantzas, Nikos (1978): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie*. Hamburg: VSA.
- Ricardo, David (1979): *Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung*. Berlin: Akademie.
- Romano, Roberto/Stefano Lucarelli (2012): »Politiche per lo sviluppo e il lavoro. Analisi, vincoli, proposte«, www.syloslabini.info/online/wp-content/uploads/2012/06/report-sviluppo-lavoro-per-cgil-nazionale-24-maggio-2012.pdf.

- Roseneau, James N. (1997): *Along the Domestic-Foreign Frontier. Exploring Governance in a Turbulent World*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rossi, Guido (2008): *Il mercato d'azzardo*. Milano: Adelphi.
- Ruffolo, Giorgio (2008): *Il capitalismo ha i secoli contati*. Torino: Einaudi.
- Sennett, Richard (1999): *The Corrosion of Character. The Personal Consequences of Work in the New Capitalism*. New York: Norton (deutsch: *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Aus dem Amerikanischen von Martin Richter. Berlin: Berliner Taschenbuchverlag 1998).
- Silver, Beverly J. (2003): *Forces of labor. Workers' movements and globalization since 1870*. Cambridge studies in comparative politics. Cambridge/New York: Cambridge University Press (deutsch: *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*. Aus dem Amerikanischen von wildcat & friends. Berlin/Hamburg: Assoziation A 2005).
- Steinitz, Klaus/Dieter Walter (2014): *Plan – Markt – Demokratie. Prognose und langfristige Planung in der DDR – Schlussfolgerungen für morgen*. Hamburg: VSA.
- Stopford, John M./Susan Strange/John S. Henley (1991): *Rival States, Rival Firms: Competition for World Market Shares*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Supiot, Alain (2005): *Homo juridicus. Essai sur la fonction anthropologique du droit*. Paris: Seuil.
- Théret, Bruno (2007): »La monnaie au prisme de ses crises d'hier et d'aujourd'hui«, in: *La monnaie dévoilée par ses crises. Vol. 1: Crises monétaires d'hier et d'aujourd'hui*, hrsg. von Bruno Théret. Paris: EHESS.
- Tilly, Charles (1978): *From Mobilization to Revolution*. New York: McGraw Hill Higher Education.
- Urban, Hans-Jürgen (2009): »Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 5: S. 71-77.
- Walras, Léon (1874): *Eléments d'économie politique pure*. Paris: L. Corbaz & cie.
- Windolf, Paul (2005): »Was ist Finanzmarktkapitalismus?«, in: *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, hrsg. von Paul Windolf, S. 20-57. Opladen/Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, www.uni-trier.de/fileadmin/fb4/prof/SOZ/APO/19-019_01.pdf.
- Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution. Schritte in eine solidarische*

- Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Wright, Erik Olin (2010): *Envisioning real utopias*. London/New York: Verso.
- Zeuske, Michael (2013): *Handbuch Geschichte der Sklaverei. Eine Globalgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart*. Berlin: de Gruyter.

VSA: Von Utopien zu Realutopien



Michael Brie (Hrsg.)
Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?
Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
256 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-648-0
Menschen machen ihre Geschichte immer noch selbst und sie experimentieren ständig mit neuen Möglichkeiten – auch wenn die Bedingungen vorgefunden sind. Die Krise des Neoliberalismus öffnet Möglichkeiten.



Michael Brie (Hrsg.)
Lasst uns über Alternativen reden
Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 3
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
240 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-677-0
Debatten zu Postwachstum, Care-Arbeit und Commons/Gemeingütern sind von transformatorischem Denken getragen, das den Status quo unserer Gesellschaft hinterfragt. Das Buch sammelt diese innovativen Ansätze und versteht sich als Beitrag zur »Transformationsforschung«.

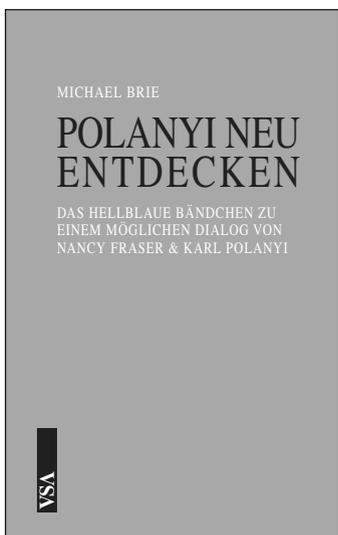
Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

VSA

VSA: Transformationen & Gespenster



Michael Brie

Polanyi neu entdecken

Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi | Band 1 der Reihe »Beiträge zur kritischen Transformationsforschung« des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung
176 Seiten | € 10.00

ISBN 978-3-89965-642-8

Eine Einführung, ergänzt durch einen möglichen Dialog mit der bekanntesten US-amerikanischen Feministin.



Lutz Brangsch/Michael Brie

Das Kommunistische

Oder: Ein Gespenst kommt nicht zur Ruhe
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
240 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-627-5

Warum geht das kommunistische Gespenst immer noch um? Der Band liefert Antworten aus Geschichte und Gegenwart.

Aus dem Inhalt:

1. Wie tot ist der Kommunismus?
2. Kommunismus – ein historischer Rückblick
3. Das Kommunistische als Idee der Gesellschaftsveränderung
4. Das Kommunistische nach dem Ende des Staatssozialismus
5. Hat das Kommunistische Platz im Morgen, das bereits im Heute tanzt?

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA

www.vsa-verlag.de